



Abonnieren Sie den
GZ-Newsletter unter
[www.gemeindezeitung.de/
newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)
oder scannen Sie diesen
QR-Code.



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

9. Bayerisches BreitbandForum:
Schnelles Internet für Bayern
ACC Amberger Congress Center, 13.10.2022

Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb den Standort Bayern allgemein stärken. Kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger finden hierfür die besten Lösungen auf dem Bayerischen BreitbandForum. Kommen Sie mit den relevanten Ansprechpartnerinnen und -partnern in Kontakt. Informationen unter www.bayerisches-breitbandforum.de

Schafkopfturnier nach dem BBF in Amberg:
A Herz hat a jeder!
Profispielerinnen und Anfänger sind willkommen

Unmittelbar im Anschluss an das 9. Bayerische BreitbandForum am 13.10.2022 im ACC Amberger Congress Center lädt die Bayerische GemeindeZeitung kommunale bayerische Mandatsträgerinnen und -träger sowie die Breitbandverantwortlichen in den Kommunen zum Schafkopfturnier ein. Auf die drei Erstplatzierten warten Sachpreise. Egal ob Profispielerin oder interessierter Anfänger, Sie sind uns alle herzlich willkommen! <https://www.bayerisches-breitbandforum.de/schafkopfturnier>



Wichtiger Austausch: Justizminister Georg Eisenreich und Innenminister Joachim Herrmann begrüßten ihre Amtskollegen zu einer gemeinsamen Sitzung von Justizministerkonferenz und Innenministerkonferenz auf Schloss Nymphenburg. Die Ministerinnen und Minister der Bundesländer diskutierten ein breitgefächertes Themenspektrum vom Kampf gegen Kindesmissbrauch über den Hass im Internet bis hin zu Cybercrime.

Bild: Georg Eisenreich

Gemeinsame Sitzung der Innen- und Justizminister in München:

Mehr Sicherheit im digitalen Raum

Die Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch und Kinderpornografie, die Sicherheit im digitalen Raum sowie die Konsequenzen der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts für die Arbeit des Verfassungsschutzes standen im Zentrum einer gemeinsamen Sitzung der Innen- und Justizminister der Länder im Schloss Nymphenburg.

Nach den Ausführungen des Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, sollen im Kampf gegen Kinderpornografie die Melde- und Löschprozesse effektiver gestaltet werden. Strafbare Inhalte sollen nur so lange im Netz verbleiben, wie es zwingend für die Ermittlungen und strafrechtliche Verfahren notwendig sei.

Vorratsdatenspeicherung ist vom Tisch

Ein wichtiger Aspekt sei dabei das Urteil des Europäischen Gerichtshofs: „Es ist klar, dass das Thema Vorratsdatenspei-

cherung vom Tisch ist. Es bleibt auf der Tagesordnung die Frage der Speicherung von IP-Adressen durch die Provider. Dies ist vom Europäischen Gerichtshof ausdrücklich als zulässig erklärt worden“, betonte Herrmann. Die Innen- und Justizminister müssten sich jetzt intensiv damit beschäftigen, wie damit umzugehen sei. Im Kreise der Innenminister gebe es hierbei bereits breiten Konsens, IP-Adressen für die Fahndung im Bereich Kindesmissbrauch zu verwenden.

Laut Herrmann hat sich die IMK zudem mit dem Bericht einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe anlässlich des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum

Bayerischen Verfassungsschutzgesetz befasst. Der Bericht zeige deutlich die besonderen Herausforderungen, vor die das Urteil die Gesetzgeber in Bund und Ländern nun stellt. Das höchste deutsche Gericht hatte am 26. April 2022 die gegen das Bayerische Verfassungsschutzgesetz erhobene Verfassungsbeschwerde zum Anlass genommen, ein Grundsatzurteil zu den Befugnissen des Verfassungsschutzes zu treffen. Die Innenministerkonferenz hat nun in ihrem aktuellen Beschluss einstimmig festgestellt, dass der Bericht für die Verfassungsschutzgesetze in Bund und Ländern „angemessene Lösungen“ aufzeige.

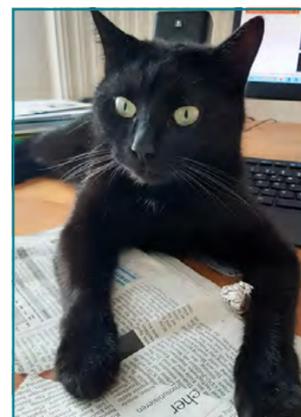
Verfassungsschutz ist wesentlicher Baustein einer wehrhaften Demokratie

Wie der Minister unterstrich, werde Bayern sein Verfassungsschutzgesetz auf dieser Grundlage ändern. Ein entsprechender Vorschlag befinde sich gerade in der Abstimmung und solle in Kürze in den Landtag eingebracht werden. Dabei betonte Herrmann, dass das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich klargestellt habe, dass der Verfassungsschutz einen wesentlichen Baustein in der wehrhaften Demokratie bildet, zu der sich das Grundgesetz ganz bewusst entschieden hat. „Wir brauchen deshalb ei-

nen starken Verfassungsschutz, um dem von Corona und Ukraine-Krieg profitierenden Extremismus ebenso wie den hybriden Bedrohungen aus dem Ausland entschieden entgegenzutreten zu können.“

Restriktionen aus Karlsruhe

Mit Blick auf den gesetzlichen Änderungsbedarf verwies der Innenminister zum Beispiel auf die einschränkenden Vorgaben (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister freut sich auf das Schafkopfturnier der Bayerischen GemeindeZeitung und Rathauskater Pinoräsoniert über die wenig pragmatische bundesdeutsche Energiepolitik. Seite 15

Erstmalige Preisvergabe:

Heimatspflege – Ausgezeichnet!

Unter dem Titel „Heimatspflege – Ausgezeichnet!“ hat Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Nürnberger Heimatministerium erstmals Preise für gelebte Heimatspflege und den Erhalt örtlicher Baukultur an Vereine, Initiativen und Einrichtungen in den bayerischen Regierungsbezirken verliehen. „Heimatspflege hat viele unterschiedliche Ausdrucksformen – aber sie lebt nur durch Menschen, die oft ehrenamtlich ihren Lebensraum gestalten und ihre Traditionen erhalten“, betonte Füracker. Der Preis ist mit jeweils 1.000 Euro dotiert.

Für Oberfranken wurden die „Altstadtfreunde Gräfenberg e. V.“ ausgezeichnet. Auf eigene Initiative haben sie mehrere historische Gebäude im Stadtkern von Gräfenberg wie das historische wertvolle Kräuselhaus aus dem 17. Jahrhundert sowie das Hiltpoltsteiner und das Gesteiger Tor saniert. Heute ist Gräfenberg für seinen gut erhaltenen Stadtkern bekannt. Dies ist das Ergebnis des ehrenamtlichen Engagements des Vereins, dessen Mitglieder viele Sanierungsarbeiten in Eigenleistung erbracht haben. Zudem setzen

sich die Altstadtfreunde für den Erhalt der jahrhundertalten Brautradition der Stadt ein. Sie restaurierten das Kommunbrauhaus und bieten darin Braukurse und Bierführungen an.

Einen weiteren Preis nahm der mittelfränkische Verein „Nürnberg“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Familienministerin Ulrike Scharf:

Kinderrechte sichtbar machen!

Der Schutz unserer Kinder muss an erster Stelle stehen!

Aktuelle, globale Krisen und deren Folgen, z.B. die Corona-Pandemie, wirken sich besonders auf Kinder, Jugendliche und deren Familien aus. Anlässlich des Weltkindertages am 20. September 2022 ist es Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf besonders wichtig zu betonen: „Kinderrechte müssen sichtbar gemacht werden. Wir befürworten es, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Mir ist es außerdem ein Herzensanliegen, das Wohl unserer Kinder im Rahmen des Bayerischen Gesamtkonzepts zum Kinderschutz durch ein Unterstützungsangebot in ganz Bayern sicherzustellen und zu stärken.“

Die Familienministerin erklärt weiter: „Mit unserem Förderprogramm ‚Köki-Netzwerk frühe Kindheit‘ und unseren Erziehungsberatungsstellen unterstützen wir Eltern und Kommunen gezielt, um Kindeswohlgefährdungen in Folge starker Belastungen frühzeitig zu vermeiden.“

Die Beratungs- und Unterstützungsangebote stehen allen jungen Menschen und ihren Familien in ganz Bayern kostenlos zur Verfügung. Vor dem Hintergrund der weiter steigenden

Unterstützungsbedarfe hat die Staatsregierung deshalb schon am 23. März 2021 entschieden, dass die 120 Hauptstandorte der Erziehungsberatungsstellen um jeweils eine weitere geförderte Stelle verstärkt werden können. Die Beratungsstrukturen können dadurch verfestigt werden. Außerdem soll insbesondere die möglichst niedrigschwellige Erreichbarkeit für Familien weiter verbessert und möglichst ganzheitliche Hilfen sichergestellt werden.

Scharf erklärt abschließend: „Auch die Ampel-Koalition ist hier gefordert! Seit der im Jahr 2011 festgelegten Bundesförderung ‚Frühe Hilfen‘, mit der Familien in der psychosozialen Unterstützung unterstützt werden, hat sich die Lebenswirklichkeit der Kinder und Familien fundamental verändert. Die im Koalitionsvertrag aufgeführte Dynamisierung der Fördermittel muss jetzt zügig umgesetzt werden! Der Schutz unserer Kinder muss an erster Stelle stehen – hier darf nicht gespart werden!“

Nähere Informationen zum Bayerischen Gesamtkonzept zum Kinderschutz unter <https://www.stmas.bayern.de/kinderschutz/>

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz	2
Forderungen für den Flüchtlingsgipfel des Bundes	2
GZ-Akademie: Aktuelle Termine	2
Holetschek: Lauterbach muss GKV-Gesetz rasch korrigieren	3
Pandemiemanagement – Strategiewechsel überfällig	3
Prognos-Zukunftsatlas: Beste Aussichten für Bayern	4
Kommunaler Bau	5-9
Kommunale Krankenhäuser	8
Abfall • Umwelt	10-11
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau • Wald	12-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz:

Bayern zukunftsstark

Coronabedingt erstmals seit 2019 traf sich die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag wieder zu ihrer traditionellen Herbstklausur im oberfränkischen Kloster Banz. Unter dem Motto „Bayern zukunftsstark“ widmeten sich die Abgeordneten u. a. den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit, Arbeit und Soziales, Digitalisierung, sowie Energie und Landwirtschaft. Vor dem Hintergrund einer drohenden Energie- und Wirtschaftskrise unterstrich der Parteivorsitzende, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, die Aufgabe der CSU, als „Stabilitätsanker Nummer 1“ der „Chaosampel“ etwas entgegenzusetzen.

In seiner Grundsatzrede forderte Söder von der Bundes-Ampel „vernünftige Rettungsschirme“. Bayern wolle zudem eigene Hilfspakete und einen Härtefall-Fonds auflegen – insbesondere, um mittelständischen Unternehmen, Vereinen und sozialen Einrichtungen unter die Arme zu greifen. „Wir wollen nicht nur warme Worte senden, sondern auch Hilfe leisten“, machte der Parteichef deutlich.

Längere Laufzeiten bei Atom- und Kohlekraftwerken

Um der Gefahr eines Energieengpasses im Winter vorzubeugen, bekräftigte er seine Forderung nach längeren Laufzeiten bei Atom- und Kohlekraftwerken. Auch eigene Initiativen bei Wasserkraft und Pipelines seien denkbar. Zudem prüfe Bayern eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich. Bayern sei derzeit „der barmherzige Samariter von Deutschland“. Er zahle 60 Prozent aller Mittel, insgesamt knapp neun Milliarden Euro. Dies sei nicht akzeptabel. Es brauche eine Deckelung auf einen Höchstbetrag und Verwendungsnachweise für bayrisches Geld. Im Durchschnitt zahle der bayerische Steuerzahler ca. 1200 Euro pro Jahr für einen Bremer Bürger.

„Ein Jahr vor der Landtagswahl steht Bayern gut da“, konstatierte Söder. Die zentralen

Vorgaben des Koalitionsvertrages seien trotz fundamentaler Krisen zuverlässig umgesetzt worden. Bei erneuerbaren Energien sei der Freistaat bundesweit auf Platz zwei, bei Zubau, installierter Leistung und bei der Grundlastfähigkeit sogar auf dem ersten Platz. Dabei setze Bayern anders als die Links-Ampel im Bund auf eine „bayerische Koalition“ mit Landräten, Bürgermeistern und den Bürgern. Zudem verwies Söder auf die Hightech-Agenda, die die Zukunftsfähigkeit Bayerns sichert. „Sie ist die mit Abstand wichtigste Förderung und die Einladung an die Welt, bei uns zu investieren“, so der Ministerpräsident. „Apple, Microsoft, Google, all die Großen kommen zu uns, weil bei uns das technische Know-how ist.“ Bayern wolle weiter daran arbeiten, die Hightech-Agenda über das ganze Land auszurollen.

Wirtschaftsvertreter

Das derzeit alles überragende Thema der explodierenden Energiepreise stand insbesondere beim Austausch mit Wirtschaftsvertretern wie dem Vorstandsvorsitzenden des Münchner Agrarkonzerns BayWa AG, Prof. Klaus Josef Lutz, dem Vorstandsvorsitzenden der Bayernwerk AG, Dr. Egon Leo Westphal, sowie dem Handwerkskammerpräsidenten Hans-Peter Wollseifer im Fokus. In der einstimmig beschlossenen Resolution „Energiekrise: Bürger und Betriebe entlasten, Versorgung sicherstellen“ verlangten die Abgeordneten von der Bundesregierung umgehend entsprechende ordnungspolitische Maßnahmen, um die Energiepreisspirale zu stoppen.

Rettungsschirm für kommunale Versorger

Konkret wird vom Bund ein Rettungsschirm für die kommunalen und kleinen Energieversorger gefordert. Gleichzeitig müssten Anreize für Energieeffizienzsteigerungen, Energieeinsparungen und die Substitution von Erdgas erhalten bleiben. Die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß sei sofort umzusetzen. Zudem seien die Einführung eines Industriestrompreises, eine Absenkung der Energiesteuern auf Heizöl, Kraftstoffe und Erdgas auf das europäische Mindestmaß sowie die Sicherstellung eines umfangreichen und unbürokratischen Carbon-Leakage-Schutzes erforderlich.

Gegen ideologische Verweigerungshaltung

„Die ideologische Verweigerungshaltung der Grünen und Bundesminister Habeck betrifft nicht nur die Atomkraft. Die Wiederinbetriebnahme von Kohle- und Ölkraftwerken als kurzfristige Alternative zur Stromerzeugung aus Gas wurde vom Bund bisher nicht nennenswert vorangebracht“, heißt es weiter. Dieser müsse jetzt sicherstellen, dass die für die Stromversorgung notwendigen Kohle- und Mineralölkraftwerke zügig in den Markt zurückkehren. Auch müsse das Biogaspotenzial vollständig genutzt werden.

Darüber hinaus gelte es jetzt,

unter Berücksichtigung der Umweltauswirkungen zu prüfen, ob und wie Gasvorkommen in Deutschland stärker erschlossen werden können. Gaskraftwerke hätten im August 2022 sogar über 10 Prozent mehr Strom erzeugt als im Vorjahresmonat. „Der Bund muss hier endlich die Rahmenbedingungen für eine deutlich stärkere Nutzung der Gasalternativen setzen, anstatt eine Mangellage in Kauf zu nehmen und die Energieerzeugung und die Absicherung des deutschen Stromnetzes bei kritischen Wetterlagen auf das Ausland abzuwälzen“, fordert die CSU-Fraktion. Außerdem müsse der Bund endlich einen konsistenten und ambitionierten Plan zum Aufbau eines deutschen und europäischen Wasserstoffnetzes vorlegen. Dabei dürfe Bayern von der Ampel-Koalition nicht benachteiligt werden.

Fachkräftesicherung

Über die Fachkräftesicherung, die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sowie die Arbeitswelt der Zukunft sprach die Fraktion mit der neuen Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles. In der einstimmig beschlossenen Resolution zum Thema „Gemeinsam dem Fachkräftemangel begegnen, neue Chancen nutzen“ unterstrichen die Abgeordneten die Brisanz des Themas.

Fachkräftebedarf

„Der Fachkräftebedarf der bayerischen Wirtschaft lässt sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der digitalen Transformation nicht allein mit heimischen Fachkräften decken“, betont die CSU-Fraktion. Bayern habe auf die Herausforderungen bereits mit einem Bündel von Maßnahmen reagiert. Ein zentraler Faktor sei, das Fachkräftepotenzial von Personen aus dem EU-Ausland oder Drittstaaten auszunutzen, die in Deutschland und Bayern arbeiten wollen. Damit dies gelingt, seien zügige und effiziente Verfahren für die Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen von Bedeutung. Die Koordinierungs- und Beratungsstelle Berufsberatung (KuBB) in Nürnberg leiste hierzu mit ihrem Beratungsangebot einen enorm wichtigen Beitrag.

Schnelle Entscheidungen

Mit der Schaffung der Zentralen Stelle für die Einwanderung von Fachkräften sowie der personellen Stärkung der örtlichen Ausländerbehörden seien zu dem die Voraussetzungen für schnelle Entscheidungen im Aufenthaltsrecht geschaffen worden. Mit Blick auf den Ablauf von Visaverfahren sei der Bund gefordert, diese noch schneller auszugestalten, Wartezeiten für Fachkräfte zu vermeiden und die Auslandsvertretungen ausreichend personell zu besetzen. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz aus dem Jahr 2020 wurden für das Einwanderungs- und Ausländerrecht Regelungen erlassen, die es gelte, zielgenau weiterzuentwickeln, vorrangig durch die Optimierung von Verfahrensabläufen und darüber hinaus bedarfsgerecht durch die gezielte Nachjustierung einzelner Regelungen. Im Zentrum müssten dabei die gezielte An- und Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften (z.B. im IT-Bereich) stehen.

In einem Expertenpanel mit Ursula Egger, Rewe Markt Gm-

bH, Stefan Soiné, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Ernährungswirtschaft sowie Anna-Maria Stürzer, Junglandwirtin und Agrar-Influencerin, informierten sich die Abgeordneten über die „Lebensmittelversorgung: Aus Bayern – für Bayern“. Dazu verabschiedete die CSU-Fraktion die Landwirtschafts-Resolution „Kein Bayern ohne Bauern“. Die Krise in der Ukraine mache deutlich, dass die Versorgung mit Lebensmitteln nicht selbstverständlich ist. Die Auswirkungen auf die Produktionsmittel seien fatal und belasteten insbesondere die tierhaltenden Betriebe, heißt es darin. „Unsere Landwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag für die heimische, aber auch für die weltweite Ernährungssicherung. Wir wollen alles daransetzen die regionale Produktion und Wertschöpfung in der Landwirtschaft zu unterstützen.“

Expertenpanel

Im Rahmen des Diskussionspanels „Stadt, Land, Chance“ zeigten Michael Abraham, Erster Bürgermeister der Stadt Rehau, Sebastian Kuhn, Baurconsult Architekten und Ingenieure aus Haßfurt, sowie Ulrich Zuber, Hausarztverein Coburg Stadt und Land e. V., dass der ländliche Raum vor allem ein Innovationsraum mit vielfältigen Chancen ist. In einer Ausstellung präsentierten sich Angebote wie „Rosi-Mobil“ aus Rosenheim und „KEXl Mobil“ aus Kelheim, die für Mobilität im ländlichen Raum sorgen.

Angesichts der enormen Fluchtbewegungen stand mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Dr. Hans-Eckhard Sommer, das Thema Migration auf der Agenda. Wie CSU-Landtagsfraktionschef Thomas Kreuzer berichtete, verzeichne Bayern aktuell eine Belegung der Aufnahmezentren von 100 Prozent und mehr. Dies habe es seit der Flüchtlingskrise 2015/2016 nicht mehr gegeben.

Zu teures Bürgergeld

Alle anerkannten Flüchtlinge erhielten von der Bundesregierung sofort Bürgergeld – eine europaweit einmalige Leistung, konstatierte Kreuzer. In Griechenland etwa gebe es keinerlei Unterstützung für anerkannte Asylbewerber. Zum Teil kämen sie nach Deutschland. Diejenigen Regierungen, die sie als Flüchtlinge anerkannt hätten, nähmen sie dann nicht mehr zurück. Im Fall der Ukraine-Flüchtlinge werde dies schon rein rechtlich gar nicht verlangt. Kreuzers Prognose: „Auf Dauer wird Deutschland das nicht aushalten.“

In Bayern ersetze die Staatsregierung den Landkreisen und kreisfreien Städten den Aufwand für die Unterbringung, fuhr der Fraktionschef fort. Dafür sei im aktuellen Haushalt eine Milliarde Euro eingeplant, Geld, das möglicherweise nicht ausreicht. Der Bund, so kritisierte Kreuzer, mache keinerlei Anstalten, sich finanziell zu beteiligen.

Schulturnhallen als Notunterkünfte

Ändere sich nichts an der Situation, müssten in wenigen Wochen wieder Schulturnhallen als Notunterkünfte ertüchtigt werden, unterstrich der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Fürstfeldbrucks Landrat Thomas Karmasin, mit Blick auf die seit einigen Wochen wieder steigenden Flüchtlingszugänge vor allem aus Syrien und Afghanistan. Solche Maßnahmen wären der Bevölkerung wohl nur schwer vermittelbar. Deshalb müsse der Zustrom begrenzt oder eine andere Form der Verteilung ins Visier genommen werden. **DK**

GZ

Akademie

GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Schwierigkeiten mit Personal meistern

11. Oktober 2022, 9:30 - 12:00 Uhr

Überall, wo Menschen aufeinandertreffen, kann es knirschen. Kaum eine Bürgermeisterin, kaum ein Bürgermeister hat Erfahrungen in der Personalführung in einer Verwaltung. Viele Anreize, die man aus der freien Wirtschaft einsetzen kann, fehlen im öffentlichen Dienst. Umso mehr kommt es darauf an, die Mitarbeiter*innen bei Laune zu halten. Wie geht das und was kann man tun, wenn Dinge aus dem Ruder laufen?

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Rechtssicheres Gemeinde- oder Stadtblatt

19. Oktober 2022, 14:00 - 15:30 Uhr

Gemeindeblätter sind nach dem Urteil zum Stadtblatt in Crailsheim inhaltlich und im Layout eingeschränkt. Vieles darf nicht mehr mitgeteilt werden – vieles, was gerade das Zwischenmenschliche in einer Kommune ausmacht. Das hat seine Berechtigung. Aber was bleibt dann noch für die Gemeindeblätter übrig? Wie realisiert man ein attraktives Blatt mit eingeschränkten Inhalten? Der Vortrag zeigt Wege für ein qualitativvolles Blatt, das nicht in Konkurrenz zur freien Presse tritt.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 95,- € zzgl. MwSt.

Bildrechte und die DSGVO

Teil 1: 18. November 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Teil 2: 9. Dezember 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht in die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 290,- € zzgl. MwSt.

Bayerisches FachkräfteForum in Neu-Ulm

Zum Thema „Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund in der Region Neu-Ulm“ findet die nächste Präsenz-Veranstaltung am 24. Oktober 2022, von 16⁴⁵ Uhr bis 20⁰⁰ Uhr im Edwin Scharff-Haus in Neu-Ulm statt.

Informationen: <https://t1p.de/93x4y>

Anmeldung: interkulturellesNU@neu-uhl.de.

Bayern und Baden-Württemberg:

Gemeinsame Forderungen für den Flüchtlingsgipfel des Bundes

Bayerns Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann und Baden-Württembergs Ministerin der Justiz und für Migration, Marion Gentges, haben in München gemeinsam klare Erwartungen zur aktuellen Flüchtlingssituation formuliert, den Bundesinnenministerin Nancy Faeser für den 11. Oktober angesetzt hat.

„In der aktuell zugespitzten Flüchtlingssituation kann die Debatte nicht über die Köpfe der Länder hinweg geführt werden“, so Gentges. Herrmann fordert: „Die Bundesregierung darf durch ihre Politik keine zusätzlichen Anreize für Migration setzen.“

„Wir brauchen einen breiten und grundsätzlichen Austausch dazu, wie es weitergehen soll. Wenn die Bundesinnenministerin im Rahmen des Gipfels lediglich über die Verteilung von Geflüchteten in Deutschland sprechen will, greift das viel zu kurz und zeigt, dass der Ernst der Lage im Bundesinnenministerium noch nicht angekommen ist, sagte Gentges. Diese Herkulesaufgabe lasse sich nicht durch einfache Verteilung lösen. Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Bayern spitze sich die Lage bedrohlich zu. Obgleich die Kapazitäten für Flüchtlingsaufnahme seit Monaten massiv ausgeweitet wurden, kommen die Aufnahmesysteme an ihre Leistungs- und Belastbarkeitsgrenzen. Sowohl Gentges als auch Herrmann bekräftigten, dass alle Anstrengungen unternommen würden, um diejenigen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, angemessen zu versorgen. Aufnahmekapazitäten ließen sich jedoch nicht beliebig hochfahren; vielmehr handle es sich sowohl bei Wohnraum als auch bei Personal um endliche Ressourcen.

Innenminister Herrmann kri-

tisierte in diesem Zusammenhang, dass die Bundesregierung angesichts der ohnehin bereits hohen Zugangszahlen völlig falsche Signale setze, wenn sie weiter zusätzliche Aufnahmeprogramme starte oder weitere Fehlanreize setze, wie bei der Reform des Bürgergeldes oder der Einführung des Chancen-Aufenthaltsrechts. „Am Ende führt das zu einer Überlastung der Kommunen und zu einer Überforderung unserer Sozialsysteme. Im Übrigen warten wir immer noch darauf, dass der Bund endlich seiner Finanzierungsverantwortung im Bereich Asyl und Integration gerecht wird. Das betrifft sowohl die ungedeckten Kosten im Ukraine-Kontext wie auch die bislang fehlenden inhaltlichen Aussagen zu einer künftigen Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbezogenen Kosten sowie den Aufwendungen für Integration. Im Übrigen“, so Herrmann, „warten wir immer noch auf die von der Bundesregierung schon vor Monaten angekündigte Rückführungsoffensive.“

Entsprechend dem Königsteiner Schlüssel muss Baden-Württemberg ca. 13 Prozent und Bayern 15 Prozent der nach Deutschland kommenden Geflüchteten aus der Ukraine aufnehmen. Allein in Bayern wurden mehr als 148.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und fast 22.000 Asylbewerber aufgenommen.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Horst Herber
97509 Koltitzheim
am 12.10.

Bürgermeister Horst Rehder
91093 Heßdorf
am 15.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Ranftl
84085 Langquaid
am 17.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudolf Schopper
92715 Püchersreuth
am 7.10.

Bürgermeister Johannes Menth
97253 Gaukönigshofen
am 10.10.

Bürgermeister Reinhard Gürtner
86438 Kissing
am 19.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Sandra Winkelspecht
91448 Emskirchen
am 11.10.

Bürgermeister Josef Gundner
84539 Ampfing
am 12.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Schenk
97246 Eibelstadt
am 9.10.

Bürgermeister Thomas Söder
96103 Hallstadt
am 16.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage per Mail an info@gemeindezeitung.de.

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek:

Lauterbach muss GKV-Gesetz rasch korrigieren

Gipfeltreffen des bayerischen Gesundheitsministers mit hochrangigen Vertretern des deutschen Gesundheitswesens in München

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek pocht gemeinsam mit hochrangigen Vertretern des deutschen Gesundheitswesens auf Korrekturen am geplanten GKV-Finanzstabilisierungsgesetz der Bundesregierung.

Der Minister traf sich in München mit dem Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Andreas Gassen, dem Präsidenten der Bundesärztekammer, Dr. Klaus Reinhardt, dem Präsidenten der Bayerischen Landesärztekammer und Vorstand der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns, Christian Berger, dem Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Roland Engehausen, dem Vorsitzenden des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie, Dr. Hans-Georg Feldmeier, dem Vorsitzenden des Bayerischen Apothekerverbands, Dr. Hans-Peter Hubmann, dem Vorstandsvorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns, Dr. Wolfgang Krombholz, sowie der Vizepräsidentin der Bayerischen Landesapothekerkammer und des Verbands Freier Berufe Bayern, Franziska Scharpf.

Untragbarer Entwurf

Holetschek betonte nach dem Treffen im bayerischen Gesundheitsministerium: „Wir sind uns einig: Der bisherige Entwurf von Karl Lauterbach ist nicht tragbar. Der Bundesgesundheitsminister muss die Kritik und Vorschläge aus den Reihen der Verbände und der Länder ernst nehmen.“ Gemeinsam müsse man eine langfristige Lösung finden. Die Pandemie habe deutlich gezeigt, wie wichtig ein stabiles Gesundheitssystem für eine funktionierende Gesellschaft ist. Dabei sei die gesetzliche Krankenversicherung die Basis unseres Gesundheitssystems. „Eine stabile Finanzierung ist das A und O! Das Gebot der Stunde muss Stabilisierung sein – nicht Destabilisierung.“

Holetschek erinnerte daran, dass Lauterbach versprochen hat, dass die Versicherten keine Leistungskürzungen befürchten müssten. Deshalb sei an der Neupatientenregelung festzuhalten, bei der Ärzte die Behandlung neuer Patienten außerhalb der Gesamtvergütung – also ohne Budgetierung – abrechnen können. „Die geplante Streichung der Neupatientenregelung wird die Wartezeiten in den Arztpraxen eher noch erhöhen“, prognostiziert der Minister. Im zahnärztlichen Bereich müssten die geplanten Regelungen zur Rationierung der gerade erst aufgenommenen Parodontistherapie gestrichen werden.

Der Minister kritisierte zudem dass der Gesetzentwurf vorsieht, dass nur noch bestimmte Berufsgruppen in der Pflege in Krankenhäusern durch die Kostenträger vollständig refinanziert werden. Dies werde aber die große Belastung der Pflegekräfte nicht lindern, sondern sogar weiter verschärfen.

Dr. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, ist froh, dass dieses breite Bündnis zustande gekommen ist. Auch er sprach sich für den Erhalt der Neupatientenregelung aus. Sogar Lauterbach selbst habe sich 2019 für diese Regelung eingesetzt. Würde sie jetzt gestrichen, wäre die Folge ein enormer Vertrauensverlust bei den niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen. „Wir brauchen sichere und verlässliche

politische Rahmenbedingungen, keine willkürlich anmutenden Schnellschüsse“, so Gassen.

Dr. Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer, fürchtet, dass durch die jetzt geplante Rücknahme der Neupatientenregelung der Patientenversorgung rund 400 Millionen Euro fehlen werden. „Diese Ho-



Klaus Holetschek. Bild: stmgp

leten für Ärztinnen und Ärzte sind nichts anderes als Leistungskürzungen für Patientinnen und Patienten durch die Hintertür. Statt undurchdachter Rotstiftpolitik zur kurzfristigen Stabilisierung der Kassenfinanzen brauchen wir nachhaltige, strukturelle Reformen bei der Krankenkassenfinanzierung. Dazu gehört eine dauerhafte Anhebung und Dynamisierung des Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds zum Ausgleich der versicherungsfremden Leistungen.“ Für denkbar hält Reinhardt, dass Teile der Einnahmen aus der Alkohol- und Tabaksteuer als zweckgebundene Abgabe für die GKV-Finanzierung herangezogen werden. „Zur Entlastung der Kassen muss der Bund endlich seiner Verantwortung gerecht werden und die Gesundheitsversorgung von ALG-II-Empfängerinnen und -Empfängern kostendeckend refinanzieren.“ Wenn der Gesetzgeber den Mehrwertsteuersatz auf Arzneimittel von jetzt 19 Prozent auf sieben Prozent reduzieren würde – so wie schon jetzt bei Grundnahrungsmitteln und Tierarzneimitteln – wären die Krankenkassen um rund sechs Milliarden Euro pro Jahr entlastet und das gesamte System nachhaltig stabilisiert.

Christian Berger, Vorsitzender des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns, wertet das geplante GKV-Finanzstabilisierungsgesetz als „Frontalangriff auf die zahnärztliche Patientenversorgung“.

Der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Roland Engehausen, sorgt sich um die Finanzen der Krankenhäuser: „Der wirtschaftliche Druck im Gesundheitswesen ist jetzt schon enorm. Die vom Bundesgesundheitsminister geplante Kürzung von 20.000 Stellen im Krankenhaus für unterstützende Tätigkeiten für die Pflege am Patientenbett würde ausgerechnet dort den Fachkräftemangel nochmals dramatisch verschärfen. Auch die geplante, massive Kürzung der GKV-Rücklagen würde die Pro-

bleme weiter zuspitzen, weil die Krankenkassen den Druck an das Gesundheitswesen weitergegeben würden. Dies muss verhindert werden.“

Dass explodierende Energie- und Rohstoffpreise sowie fragile Lieferketten die deutsche Pharmaindustrie außerordentlich stark belasten, berichtete Dr. Hans-Georg Feldmeier, Vorsitzender des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie. „Wir sind der einzige Industriezweig, der Kostensteigerungen nicht an anderer Stelle refinanzieren kann. Dazu kommen weitere Sparpläne aus dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz. Damit gefährdet der Bundesgesundheitsminister den Pharmastandort Deutschland und ein sichere Arzneimittelversorgung. Das Gesetz muss daher dringend angepasst werden!“

Planungssicherheit und angemessene Vergütungsanpassung

Dr. Hans-Peter Hubmann, 1. Vorsitzender des Bayerischen Apothekerverbands e. V., ergänzte: „Wir weisen die neuen Sparpläne der Bundesregierung an der lokalen Arzneimittelversorgung scharf zurück und fordern stattdessen Planungssicherheit und eine angemessene Vergütungsanpassung aufgrund drastisch gestiegener Kosten. Die Apotheken vor Ort haben bewiesen, dass sie für ein krisenfestes Gesundheitswesen unverzichtbar sind. Das muss politisch jetzt endlich honoriert werden.“

Wortbruch der Berliner Politik

Dr. Wolfgang Krombholz, Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns, ergänzte: „Die angedrohte Rücknahme der Neupatientenregelung hat das Fass für die bayerischen Praxen zum Überlaufen gebracht. Nicht nur dieser Wortbruch der Berliner Politik sorgt für Frust: Auch das unangemessen niedrige Honorarplus, das weder die Inflation noch die explodierenden Energie- und Personalkosten in den Praxen ausgleichen wird, ein EBM, der zur Zwangsjacke der vertragsärztlichen Versorgung geworden ist, sowie eine fehleranfällige Telematikinfrastruktur, die wertvolle Zeit für die Patientinnen und Patienten kostet, sind Motiva-

tionskiller für die Praxen und alle ihre Mitarbeitenden, denen weiterhin ein staatlicher Coronabonus vorenthalten wird. Dies gefährdet nachhaltig die ambulanten Versorgungsstrukturen in Bayern.“

Unprofessionelles Spargesetz

Dr. Gerald Qitterer, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, unterstrich: „Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz ist ein unprofessionell gestricktes Spargesetz. Die Streichung der Neupatientenregelung muss rückgängig gemacht werden. Wir brauchen Gesetze, die nachhaltig die GKV stabilisieren und von versicherungsfremden Leistungen befreien.“

Franziska Scharpf, Vizepräsidentin der Bayerischen Landesapothekerkammer, kritisierte: „Durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz werden die Anstrengungen der Apotheken, die seit Jahren einen enormen Beitrag in der Solidargemeinschaft und im Gesundheitswesen leisten, zunichtegemacht. Es verschärft die angespannte persönliche und wirtschaftliche Situa-

tion der Apotheken, nachdem auch seit Jahren keinerlei Honoraranpassungen von Seiten der Politik erfolgten. Höhere Tariflöhne, steigende Energiekosten und die allgemeine Inflation bedeuten enorme finanzielle Belastungen für die Apotheken, die nicht einfach an Patientinnen und Patienten weitergegeben werden können. Dadurch werden voraussichtlich weitere Apotheken schließen müssen, wodurch sich die wohnortnahe Arzneimittelversorgung verschlechtern würde.“

Gesundheitssystem muss zuverlässig funktionieren

Holetschek warnte dringend: „Die Menschen müssen sich in diesen turbulenten Zeiten zumindest auf ein funktionierendes Gesundheitssystem verlassen können. Es kann nicht sein, dass sie in unserem Land noch weiter finanziell belastet werden und sich gleichzeitig ihre medizinische Versorgung in vielen Bereichen verschlechtert.“

Holetschek forderte zugleich mehr Tempo bei den von Lauterbach angekündigten neuen Vor-

schlägen. „Nicht nur die GKV-Finanzien sind kritisch. Wir brauchen auch einen Schutzschirm gegen die steigenden Energiekosten. Klar ist auch: Die Unterstützung muss schnell und unbürokratisch kommen“, so Bayerns Gesundheitsminister.

Versorgungs-Blackout droht

Holetschek fügte hinzu: „Bayern setzt sich bereits seit Wochen dafür ein, dass die Bundesregierung die immer stärkere finanzielle Belastung der Krankenhäuser, Reha- und ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen auffängt. Deswegen haben wir auch eine entsprechende Bundesratsinitiative wegen der außerordentlichen Steigerungen bei Energie- und Sachkosten gemeinsam mit Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein eingebracht. Ich fordere Bundeskanzler Olaf Scholz dazu auf, bei der Ministerpräsidentenkonferenz endlich ein Entlastungspaket für diese Einrichtungen vorzulegen – sonst sehe ich einen Blackout der Versorgung auf uns zukommen.“ □

Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene e.V.:

Pandemiemanagement – Strategiewechsel notwendig und überfällig

Natürliche Infektion und Impfung haben zu einer breiten Immunität in der Bevölkerung geführt. Künftig sind Identifikation der tatsächlich vulnerablen und Priorisierung auf deren Schutz essentiell

Von Peter Walger, Gerd Antes, Martin Exner, Klaus Stöhr, Walter Popp, Christof Alefelder, Matthias Schrappe, Ursel Heudorf, Günter Kampf, Johannes Hübner, Tobias Tenenbaum, Andrea Knipp-Selke, Andreas Radbruch

Deutschland befindet sich wie das übrige Europa und die restliche Welt derzeit im Übergang in die endemisch-epidemische Phase der SARS-CoV-2-Pandemie. Die derzeit dominierenden Virusvarianten (Omikron BA4 und BA5) zeichnen sich durch eine sehr hohe Ansteckungsfähigkeit bei gleichzeitig sehr geringer Krankheitslast aus. Selbst bei den als besonders vulnerabel geltenden hochbetagten Bewohnern von Altenpflegeheimen haben unter der Omikron-Variante und nach der Impfkampagne Krankheitschwere und Hospitalisierungsrate deutlich abgenommen; die Sterblichkeit im Vergleich zu 2020 sogar um mehr als 90%.

Die derzeit dominierenden Varianten haben bei den Geimpften und Genesenen zu einer deutlichen Zunahme der Infektionen geführt mit z.T. klinischen Zeichen eines grippalen Infektes, ohne dass dies mit einer spürbaren Überlastung des Gesundheitswesens und der kritischen Infrastruktur verbunden gewesen wäre. Die wenigen Fälle berichteter Überlastungen waren keine Folge erhöhter Inanspruchnahme intensivmedizinischer Ressourcen, sondern die Konsequenz von Isolierungsmaßnahmen für das Personal, die unabhängig von einer etwaigen Symptomatik angeordnet wurden.

De facto hat die Zunahme der Omikron-Infektionen insbesondere durch BA-5 zu einer Verbesserung des Schutzes vor

schweren Infektionen oder Tod durch SARS-CoV-2 in der Bevölkerung geführt. Die Antikörperprävalenz durch Impfung und natürliche Infektion (Genesenstatus) liegt bei etwa 95%.

Das zeigen internationale Seroprävalenzstudien und nationale Stichproben gleichermaßen und gilt für alle Altersgruppen, Kinder eingeschlossen.

Die Grundprinzipien des Pandemiemanagements

Ein erfolgreiches Pandemiemanagement bei SARS-CoV-2 muss nach dem ECDC1 folgende Aspekte berücksichtigen:

1. **Eigenschaften des SARS-CoV-2:** Evolution, Wachstumsrate, Krankheitschwere (intrinsic), Saisonabhängigkeit.

2. **Immunologie:** Immunschutz vor schweren Verläufen, Dauer des Schutzes.

3. **Gesellschaftliche Faktoren:** Gesellschaftliche Toleranz für nicht-pharmazeutische Interventionen (NPI) und Maßnahmen zur Infektionsprävention und -kontrolle (IPC) wie z.B. Hygienemaßnahmen, gesellschaftliche Toleranz gegenüber den Restrisiken von COVID-19, Akzeptanz der Impfung, Kapazitäten des Gesundheitssystems.

4. **Medizinisch-immunologische und therapeutische Eingriffe:** Impfstoffe, Antivirale Medikamente, Diagnostik.

Demzufolge müssen das Pandemiemanagement und der notwendige Strategiewechsel bei der konkreten Vorbereitung auf die zu erwartende Herbst/Winterwelle durch vermehrte SARS-CoV-2-Infektionen folgende Grundvoraussetzungen berücksichtigen:

1. **Eine SARS-CoV-2-Impfung mit einem parenteralen Impfstoff schützt nicht zuverlässig vor Infektionen und Infektiosität.** Auch wiederholte Booster-Impfungen erhöhen den (Fortsetzung auf Seite 4)

Ich lese die **GZ**

» ... weil ich dort alle kommunalpolitischen Informationen auf einen Blick habe und sie in meine Arbeit im Bayerischen Landtag einfließen lassen kann. «

Kerstin Schreyer

Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung
Staatsministerin a.D.
Landtagsabgeordnete



Pandemiemanagement ...

(Fortsetzung von Seite 3)

Schutz vor Infektion nur marginal und temporär – und das zunehmend immer weniger. Geimpfte und Geboosterte können das Virus auch weiterhin übertragen.

2. Eine vollständige SARS-CoV-2-Impfung schützt in den allermeisten Fällen vor schwerem COVID-19 Verlauf (Intensivaufenthalt, Beatmung) und Tod und dann auch über Zeiträume von mehr als einem Jahr, wahrscheinlich sogar Jahrzehnte.

3. Der Schutz vor Infektion und Infektiosität ist am wirkungsvollsten bei Hybridimmunsierung durch Infektion und Impfung. Dieser Schutz währt deutlich länger (12 Monate oder länger) und ist auch immunologisch breiter, wirkt also effektiver gegen Varianten als dies nur durch eine Impfung der Fall wäre. Da es kurzfristig keine Impfstoffe geben wird, die einen ähnlich effektiven Schutz der Schleimhäute vor Infektion induzieren, wird die Pandemie eher durch das Virus selbst beendet werden. Mit den gegenwärtig verfügbaren Impfstoffen lassen sich allerdings die Krankheitslast durch Erstinfektionen und schwere Krankheitsverläufe deutlich reduzieren.

4. Der Immunstatus der Bevölkerung wird nur durch die gleichzeitige Erfassung und Berücksichtigung von Impfstatus und Genesenstatus korrekt wiedergegeben. Der Genesenstatus, d.h. die Immunität nach einer durchgemachten Infektion, ist eine zentrale Kom-

ponente des generellen Immunschutzes der Bevölkerung. Ungeimpfte oder Teilgeimpfte per se als vulnerable Bevölkerungsgruppe einzuordnen, vernachlässigt die unterschiedlichen Erkrankungsrisiken in den jeweiligen Altersgruppen und ist ohne Berücksichtigung des Genesenstatus nicht sinnvoll. Dabei sind die neutralisierenden IgG Antikörper im Blut weder ein Korrelat für „Schutz vor schwerer Krankheit“ (das wären alle Antikörper gegen das Virus) noch für „Schutz vor Infektion“ (das wären neutralisierende Antikörper auf den Schleimhäuten der Atemwege). Erfasst werden müssten alle Antikörper gegen das Spikeprotein als Korrelat einer Impfung oder Infektion sowie alle Antikörper gegen das Nukleokapsidprotein des Virus als Korrelat einer Virusinfektion.

5. Die Menge der Antikörper im Blut (Antikörpertiter) korreliert nicht direkt mit dem Grad der Immunität. Von entscheidender Bedeutung ist auch die Qualität der Antikörper, z.B. ihre Avidität für das Antigen (Stärke der Antigen-Antikörper-Bindung), ihre Klasse (Funktion) und in Bezug auf mögliche schwere Erkrankungen auch der durch die zelluläre Immunität vermittelte Schutz. Impfpfehlungen für Einzelpersonen sollten deshalb nicht nur aus der Menge der Antikörper abgeleitet werden.

6. Vulnerabel im Sinne eines erhöhten Erkrankungs- oder Sterberisikos sind Personen,

a. die weder genesen noch geimpft sind und gleichzeitig be-

stimmte Risikofaktoren haben, z.B. eine erworbene Immundefizienz durch Autoantikörper gegen Interferone, letzteres mit einer Prävalenz von etwa 4% bei über 70-Jährigen.

b. die zwar geimpft sind, aber wegen einer Immundefizienz oder therapeutischen Immunsuppression (etwa Transplantatempfänger sowie Patienten mit Autoimmunerkrankungen oder Tumoren) keine ausreichende Immunantwort entwickeln

c. oder die aufgrund hohen Alters (> 80 Jahre) immunologisch langsamer reagieren.

7. Diagnostische Verfahren zur Prognose eines schweren Krankheitsverlaufes, z.B. Messung der Autoantikörper gegen Interferone, sollten in die Routinediagnostik einbezogen werden.

8. Für vulnerable Personen sollten schnellstens spezielle Impfpfehlungen angepasst, weiterentwickelt und wissenschaftlich begründet werden, da sich die Risikosituation mit dem Übergang zur Endemie grundlegend verändert hat. Es ist die Aufgabe der STIKO, die Konsequenzen aus der sich dynamisch ändernden Definition von Vulnerabilität und der damit verbundenen Impfindikationen zu analysieren, um daraus konkrete Impfpfehlungen für konkrete Risikogruppen zu formulieren.

Auch zukünftige antivirale Therapien, die im Sinne der Prävention eines schweren Verlaufs

oder des Todes durch COVID-19 einzusetzen sind, müssen sich an den Kriterien für Vulnerabilität orientieren.

9. Zukünftige Impfstoffe sollten auch die Verhinderung einer Infektion und die Verringerung des Übertragungsrisikos zum Ziel haben. Die immunologische Barriere der respiratorischen Schleimhäute wird durch die aktuellen Impfstoffe nicht ausreichend beeinflusst.

10. Schutz der Vulnerablen durch fokussierte, gezielte Impf- und Boosterkampagnen (nach STIKO-Empfehlung) sowie Hygienemaßnahmen in Krankenhäusern und Pflegebereichen, die sich einer veränderten Infektionssituation anpassen. Auf eine Balance zwischen Infektionsschutz auf der einen sowie Selbstbestimmung und Lebensqualität auf der anderen Seite muss geachtet werden.

11. Die Impfpflicht für Bedienstete im Gesundheitswesen sollte aufgehoben werden, sie bietet keinen Schutz vor Infektiosität.

12. Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Kritischen Infrastruktur (KRITIS) und des Gesundheitswesens durch Wegfall nicht verhältnismäßiger und nicht begründbarer d. h. nicht mehr zeitgemäßer Isolierungsanordnungen gesunder Infizierter. Unter den derzeitigen Gegebenheiten sollten strikte behördliche Isolierungsanordnungen für gesunde Infizierte kritisch hinterfragt und durch ei-

ne vor Ort zu erfolgende Risiko- beurteilung durch Hygienefachpersonal ersetzt werden. Dazu gehört auch eine eigenverantwortliche Symptomkontrolle.

13. Priorisierung und Ressourcenschonung auch bei der Teststrategie: PCR-Tests dürfen nur zielgerichtet im Bereich der medizinischen Versorgungsstrukturen und zur Diagnostik von Erkrankungen eingesetzt werden, wenn sich daraus ein therapeutischer Vorteil ergibt. Es gibt aktuell keine generelle Indikation mehr für anlassloses Screening.

14. Kinder und Jugendliche sind keine vulnerable Personengruppe. Mutmaßlich ansteigende Infektionszahlen treffen hier im Herbst auf eine in hohem Maße immunisierte Altersgruppe, deren Immunität zudem noch ein Vielfaches robuster ist als die der erwachsenen Bevölkerung. Gleichzeitig zeigen die vorliegenden Daten, dass in der Vergangenheit die Fokussierung zahlreicher pandemischer Maßnahmen auf Kinder und Jugendliche (anlasslose Routine-Testungen, Maskenpflicht im Unterricht, Einschränkung von Sport- und Freizeitangeboten) deren überwiegend natürliche Immunisierung nicht verhindern konnte, gleichzeitig, aber zahlreiche Kollateralschäden hervorrief, deren langfristige Konsequenzen für diese Altersgruppe zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbar sind bzw. nur eingeschränkt beurteilt werden können. Da diese Altersgruppe darüber hinaus nur ein sehr geringes Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf trägt, sind anlasslose Routine-Testungen und eine Maskenpflicht in Schulen ohne Indikation abzulehnen. Neue restriktive Schul- oder Kita-Regeln dürfen nur mit einer absehbaren, signifikanten Belastung des Gesundheitswesens begründet werden. Infektionsschutz in Schulen und Kitas darf nicht mit Fremdschutz gerechtfertigt werden.

15. Es muss eine repräsentative Bevölkerungs-Kohorte etabliert werden, die regelmäßig und zeitnah untersucht und befragt wird.

16. Hygienestrategien (NPI) müssen angepasst werden. Die Bedeutung der Luftverdriftung muss besser abgeklärt und in großen Versammlungsräumen berücksichtigt werden. Dies ist auch eine Forderung der EU.

Die Kommunikation des Pandemie-Strategiewechsels ist überfällig.

17. Die Politik muss die o.g. Erkenntnisse transparent kommunizieren und einen klaren Strategiewechsel mit Fokussierung auf den Schutz vulnerabler Gruppen einleiten und dabei gleichzeitig die Funktionsfähigkeit der Kritischen Infrastruktur und des Gesundheitswesens sicherstellen. Das schließt das definitive Ende der Kontaktpersonennachverfolgung ein.

18. Der Strategiewechsel ist bereits im Pandemieplan 2020 vorgesehen, die Kriterien sind definiert. Nach der initialen Phase des Containments mit dem Ziel der Vermeidung jeder Infektion folgen die Phasen der Protection, d.h. Schutz vor schweren Erkrankungen und Tod, und der Mitigation, d.h. die Verhinderung von schweren Krankheitsverläufen (nicht vor Infektion auf Dauer!) bei zusätzlicher Vermeidung von Krankheitsspitzen, die zur Überlastung der Versorgungsstrukturen führen. Der Wechsel hin zu einer Folgenminderungs-Strategie ist weiterhin überfällig.

Andere Länder praktizieren das bereits erfolgreich. So haben etwa Großbritannien, Dänemark, die Niederlande und die Schweiz angesichts der Immunitätslage der Bevölkerung und der stattgehabten mas-

Prognos-Zukunftsatlas 2022:

Beste Aussichten

Bayerns Städte und Kreise bleiben wirtschaftlich in Deutschland das Maß der Dinge. Sie belegen die bundesweit ersten vier Plätze im vom Forschungsunternehmen Prognos erstellten „Zukunftsatlas 2022“. Ganz vorne liegt der Landkreis München, gefolgt von Erlangen, der Stadt München und Ingolstadt. Mit Starnberg auf Rang 9 ist die Hälfte der Top 10 in dem für das „Handelsblatt“ erstellten Ranking bayerisch.

Insgesamt liegen die bayerischen Landkreise und Städte gut. 44 von insgesamt 96 finden sich unter den Top 100. Unter den 100 schwächsten sind es fünf. Bayerische Schlusslichter sind Hof auf Rang 355 von 400, Wunsiedel auf 336 und Kronach auf 328. Sie haben aber „leichte Risiken“. Regionen mit „hohen“ oder „sehr hohen Risiken“ gibt es im Freistaat nicht. Langfristige Wachstumsmuster seien auch durch die Corona-Krise nicht zerstört worden; „ökonomisch leistungsfähige Regionen wachsen auch nach der Krise wieder stärker.“ Schwierigkeiten hätten hingegen Kreise, in denen sich die Corona-Krise und strukturelle Probleme überlagern: alte Branchen, geringes Einkommen, sowie eine alternde und schrumpfende Bevölkerung.

Grundsätzlich gut gewappnet seien Regionen mit einer Spezialisierung auf Zukunftsbranchen. Davon fänden sich viele in Süddeutschland. Ein Erfolgsrezept sei auch die Verflechtung von Großstädten und ihrem Umland. Als bayerische Beispiele nennt die Studie Nürnberg-Erlangen und München. Potenzial bescheinigt sie zudem einigen Regionen im Mittelfeld wie Mainfranken und der Region Donau-Iller. Diese seien „auf dem Sprung zu Zukunftschancen“. **DK**

senhaften natürlichen Infektionen durch die hochinfektiosen aber nur wenig schwere Erkrankungen verursachenden Omikron-Varianten das Ende der Pandemie erklärt.

In Deutschland hingegen dominieren in den zentralen Stellungnahmen immer noch die Konzepte und Einschätzungen der ersten Phase des Containments. Zwar ist vielerorts in der Praxis bereits ein Strategiewechsel erfolgt. Dieser aber wird weder transparent begründet noch offen kommuniziert. Die Debatte um die zukünftige Strategie des Pandemiemanagements bedarf der Einbeziehung von Experten aus Infektologie, Hygiene, praktischem Infektionsschutz, Epidemiologie, Datenwissenschaft und Immunologie.

Die derzeitige Art der nicht-motivierenden und Angst erzeugenden Kommunikation führt nicht nur dazu, dass irrationale Infektionsängste, Depressionen und inadäquate soziale Rückzugstendenzen fortbestehen, sondern verstärkt auch eine oppositionelle Grundstimmung in Teilen der Bevölkerung mit zum Teil aggressiver Ablehnung jeglichen staatlichen Infektionsschutzes und einer Zunahme von Impfgegnerschaft.

Die aktuelle ministerielle Kommunikation zum Pandemiemanagement ist nicht nur erratisch, sprunghaft und Angst erzeugend, sondern überbetont noch nicht ausreichend erforschte Konsequenzen einer COVID 19 Infektion wie Demenz, Hirnschäden und Long Covid als Langzeitschäden. Sie bedarf einer kritischen Überprüfung mit hoher methodischer Kompetenz unter Berücksichtigung etablierter Aspekte der Risikokommunikation.

Quelle und Literaturverzeichnis: <https://www.krankenhaushygiene.de/informationen/911> **□**

Heimatspflege ...

(Fortsetzung von Seite 1)

berger Bauernhausfreunde“ entgegen. Der Verein setzt sich für den Erhalt gefährdeter Bauernhäuser in Nürnberg ein, wobei besonders die Sanierung des Schwedenhauses aus dem 16. Jahrhundert – eines der ältesten Bauernhäuser Nürnbergs – zu erwähnen ist. Ziel des Vereins ist es, das Haus als Museum der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Darüber hinaus wird intensiv die ländliche Baukultur in Nürnberg erforscht, indem u.a. regelmäßig Führungen durch historische Dorfkern und Gebäude veranstaltet werden.

Der Förderkreis „Alte Synagoge Arnstein“ (Unterfranken) zeigt vorbildliches Engagement für die Pflege des jüdischen Erbes von Arnstein, insbesondere der umfangreichen Renovierung der in klassizistischen Baustil errichteten Synagoge. An der Mittelbeschaffung war der Förderkreis maßgeblich beteiligt. Durch den unermüdlchen Einsatz des Vereins prägt die Synagoge wieder das Stadtbild und ist als Veranstaltungsort für Konzerte und Ausstellungen zu einem wichtigen Ort der Zusammenkunft für die Gesellschaft geworden.

Ehrenamtliches Engagement

Der Förderverein Schloss Burgtresswitz e. V., Oberpfalz, setzt sich mit großem ehrenamtlichem Engagement für den Erhalt und die Restaurierung des Schlosses in Moosbach ein. Einschließlich seiner Eigenleistung hat der Förderverein mit insgesamt rund 700.000 Euro zur Restaurierung des Schlosses beigetragen. Dabei hat er es ermöglicht, dass Schloss Burgtresswitz im Eigentum der Marktgemeinde Moosbach bleibt.

Für Niederbayern nahm das Ehepaar Sandra Schütz und Johannes Maria Haslinger, die das sogenannte Rote Schulhaus in Rinnach instandgesetzt und wiederbelebt haben, den Heimatpreis entgegen. Während

sich das im Sommer 2022 eröffnete Museum „Rotes Schulhaus“ im Erdgeschoss befindet, dient das ehemalige Schulhaus gleichzeitig auch als Wohnhaus der Eigentümer.

Die Schutzgemeinschaft Tegernseer Tal e. V. (Oberbayern) ist heute eine Institution des Tegernseer Tals, hat sie sich doch seit ihrer Gründung vor 50 Jahren dem Erhalt der einzigartigen Landschaft verschrieben. Dabei hat sie eine beeindruckende Entwicklung von einer kleinen Gruppe hin zu einer breit verwurzelten Gemeinschaft engagierter Bürger vollzogen.

Für ihren großen Einsatz für die Instandsetzung und Belebung von zwei historischen Gebäuden im schwäbischen Fellheim erhielten Dr. Veronika Heilmannsedler und Albrecht Schwedass die Auszeichnung. Während die Historikerin und PR-Beraterin die Sanierung des barocken Fruchtspeichers aus dem späten 18. Jahrhundert initiierte, der künftig als Coworking-Space und Ort für Veranstaltungen und Ausstellungen dienen soll, erwarb Schwedass das Bahnhofsgebäude und errichtete eine Gedenkskulptur für Menschen jüdischen Glaubens, die dort im Nationalsozialismus deportiert wurden.

Geehrt wurde überdies der Heimatkreis Braunau/Sudetenland e. V. in Kooperation mit dem tschechischen Verein Omnium. Beide veranstalten seit 2018 Denkmalpflege-Workshops und halten Friedhöfe und Kapellen in der Region um Braunau durch Freiwillige aller Altersgruppen instand. Ziel der Vereine ist der Erhalt des kulturellen Erbes und des kulturellen Gedächtnisses durch die Pflege der Gräber der früheren deutschen Bewohnerinnen und Bewohner der Region. Gleichzeitig dient die Instandhaltungsarbeit als Anregung für Pfarrer und Bürgermeister vor Ort, sich dauerhaft für die regelmäßige Pflege der Friedhöfe einzusetzen. **DK**

Mehr Sicherheit im ...

(Fortsetzung von Seite 1)

aus Karlsruhe für die Weitergabe von Erkenntnissen des Verfassungsschutzes an Strafverfolgungsbehörden. Nachdem das Bundesverfassungsgericht diese Informationsweitergabe nur bei konkretem Verdacht für eine besonders schwere Straftat zugelassen hat, komme der Bericht zu dem Schluss, dass die vergleichsweise knappen Urteilsausführungen viele Fragen offenlassen. Würde man als „besonders schwere Straftat“ nur die in der Strafprozessordnung so bezeichneten Delikte verstehen, führe dies „zu massiver irritierenden Ergebnissen“, die womöglich das Vertrauen der Bevölkerung in wirksamen staatlichen Rechtsgüterschutz beeinträchtigen könnten. „Wie unter anderem die Untersuchungsausschüsse zum NSU und zu Anis Amri eindeutig gezeigt haben, brauchen wir mehr, nicht weniger Informationsaustausch. Ich verstehe nicht, warum der Verfassungsschutz einen Neoziti, der einen Juden oder einen Moslem verprügelt, nicht anzeigen darf. So etwas gibt es in keinem anderen Rechtsstaat“, machte Herrmann deutlich.

Schutzauftrag für Kinder

Wie der Vorsitzende der Justizministerkonferenz und bayerische Justizminister Georg Eisenreich mitteilte, haben Deutschlands Jugendämter laut einer Mitteilung des Statistischen Bundesamts im Juli 2021 seit Beginn der Pandemie einen Höchststand bei Kindeswohlgefährdungen festgestellt. Jedes dritte gefährdete Kind sei jünger als fünf Jahre alt gewesen. Betroffen waren fast 60.600 Kinder und Jugendliche, etwa 5.000 mehr als im Vorjahr. Eisenreich zufolge nimmt die bayerische Justiz den im Grundgesetz verankerten Schutzauftrag für Kinder sehr ernst. Das Kindeswohl stehe an oberster Stelle. Deshalb sei in allen drei Oberlandesgerichtsbezirken das Schutzkonzept „Kompetenzpartner Kinderschutz“ (KPK) der bayerischen Justiz eingeführt worden.

Gemeinsam mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichts München, Dr. Hans-Joa-

chim Heßler, und der Präsidentin des Amtsgerichts München, Beate Ehrh, stellte der Minister die Kompetenzpartnerin Kinderschutz für den Oberlandesgerichtsbezirk München vor. Familienrichterin Ulrike Sachenbacher, weitere aufsichtführende Richterin am Amtsgericht München, ist seit Jahresbeginn zentrale Ansprechpartnerin für alle Fragen des Kinderschutzes.

Laut Eisenreich müssen Familienrichter schwere und tiefgreifende Entscheidungen und geeignete Maßnahmen zum Schutz von Kindern treffen. Dies könne auch bedeuten, ein Kind zu seinem Schutz aus seiner Familie zu nehmen. Aufgabe des KPK sei es, die Familienrichter als zentrale Ansprechpartner zu unterstützen und den fachlichen wie persönlichen Austausch zu fördern. Zudem solle der Kompetenzpartner als Bindeglied zu Stellen außerhalb der Justiz fungieren.

Justizinternen bieten die „Kompetenzpartner Kinderschutz“ bei Bedarf ihren Richterkollegen im jeweiligen Bezirk bei konkreten Einzelfragen in Kinderschutzverfahren Unterstützung an. Sie organisieren regelmäßige Fachgespräche und bauen einen Wissenspool auf. Über den Austausch mit den anderen KPK soll so ein bayernweites Netzwerk für die Familiengerichte im Bereich Kinderschutz entstehen. Eisenreich zufolge liegt das Augenmerk auf Spezialisierung und Vernetzung.

Zudem ist es den KPK ein besonderes Anliegen, auch als Ansprechpartner für Jugendämter, Polizei, Kliniken, Sachverständige und sonstige mit dem Kinderschutz befasste Fachstellen zur Verfügung zu stehen und den interdisziplinären Austausch zu fördern. Eine reibungslose und vertrauensvolle Kooperation der verschiedenen Verfahrensbeteiligten ist aus Eisenreichs Sicht unerlässlich, um Kinder bestmöglich zu schützen: „Neben der Spezialisierung und Vernetzung der KPK ist der interdisziplinäre Austausch von zentraler Bedeutung. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Entscheidungsträger wird durch das Schutzkonzept noch weiter verstärkt.“ **DK**

Bayerischer Staatspreis Land.Dorf.Zukunft:

Freiräume zum Leben

Bürger und Gemeinden gestalten ihre Dörfer und Landschaften mit Unterstützung der Ländlichen Entwicklung. Alle zwei Jahre würdigt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten besonders erfolgreiche Leistungen mit dem Staatspreis „Land.Dorf.Zukunft“. Ministerin Michaela Kaniber hat nun die zehn Gewinner der Staats- und Innovationspreise 2022 bekanntgegeben. Die prämierten Beispiele machen laut Kaniber Bürgern und Gemeinden Mut, eröffnen Ideen und verdeutlichen den ganzheitlichen Planungsansatz der Ländlichen Entwicklung in den rund 2.500 laufenden Projekten.

Mit dem Staatspreis in der Kategorie „Umfassende Leistungen zur Stärkung des ländlichen Raums“ geehrt werden die Dorferneuerung Gutenstetten, die Integrierte Ländliche Entwicklung Holzwinkel-Altenmünster, und die Dorferneuerung Perasdorf. Gutenstetten im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim realisierte komplexe Projekte und überzeugte damit auch kritische Bürger. Das Baudenkmal „Kolb“ wurde nach der Sanierung zum Kultur- und Gemeindezentrum und ist ein regionales Leuchtturmprojekt der Innenentwicklung. Behörden, Gemeinde und Grundeigentümer kooperierten beim Hochwasserschutz an der Steinach. Weitere Maßnahmen der Dorferneuerung schaffen mit guter Gestaltung und viel Grün ein angenehmes Umfeld für Mensch und bieten Lebensräume für Flora und Fauna. In Verbindung mit zukunftsorientierten Infrastrukturmaßnahmen gewann Gutenstetten hohe Lebensqualität.

Gemeindeübergreifende Projekte im „Holzwinkel“

„Freiraum zum Leben“: Mit diesem Motto führt der „Holzwinkel“ seine sechs Kommunen Adelsried, Altenmünster, Bonstetten, Emersacker, Heretsried und Welden im Landkreis Augsburg in die Zukunft. Ein Verein schafft die Basis für die erfolgreiche langjährige Zusammenarbeit. Der „Holzwinkel“ ist stolz auf attraktive gemeindeübergreifende Projekte wie die interkommunale Musikschule oder die Immobilien- und Freiflächenbörse. Zahlreiche Gemeinschaftseinrichtungen schaffen Raum für aktives Leben in den Dörfern.

Perasdorf im Landkreis Straubing-Bogen fing vor 20 Jahren an, sich auf seine Stärken zu besinnen und entwickelte auf der Basis eines langfristigen und ganzheitlichen Leitbildes schrittweise ein Zukunftsmodell. Mit seiner Lage auf der Sonnenseite des Bayerischen Waldes machen zukunftsfähige Energie- und Erwerbskonzepte, am Bedarf orientierte Infrastrukturen, viele Gemeinschaftsaktivitäten und zahlreiche weitere Komponenten das Dorf wieder lebendig und zukunftsfähig.

In der Kategorie „Herausragende Leistungen zur Stär-

kung des ländlichen Raums im Bereich „Stärkung der biologischen Vielfalt“ gingen die Flurneuordnung Dattenhausen, die Flurneuordnungen Niederleierndorf, Langquaid, Laaberberg und Unteres Labertal sowie die Flurneuordnungen im Oberfränkischen Jura - Fesselsdorf, Modschiedel, Seubersdorf, Weiden, Zultenberg als Sieger hervor.

Renaturierung Dattenhauser Ried

Einste Weiher für die Karpfenzucht, dann systematische Trockenlegung und jetzt Paradies für Brut- und Rastvögel und seltene Pflanzen: Die Wiedervernässung im Dattenhauser Ried (Landkreis Dillingen a. d. Donau) hat sich gelohnt. Die Flurneuordnung ebnete den Weg für das größte Moor- und Feuchtgebiet im Naturraum Schwäbische Alb. Der Zweckverband „Renaturierung Dattenhauser Ried“ führt die Wiedervernässung, Pflege und Weiterentwicklung des Moores fort. Dies erhält die Artenvielfalt und den wiedergewonnenen naturnahen Zustand.

Das Tal der Großen Laber gilt als eine landesweit bedeutsame Feuchtgebietsachse von sehr hohem ökologischem Wert, die jedoch zunehmend unter der Nutzungsintensivierung litt. Mit dem Bodenmanagement der Ländlichen Entwicklung gelang es, auf über 1.100 Hektar ein Entwicklungskonzept umzusetzen, das langfristige Zielvorstellungen der Wasserwirtschaft, des Arten- und Biotopschutzes, des Klimaschutzes, der Landwirtschaft und der Erholung vereint. Eine Besonderheit ist die integrative projektbegleitende Planung, in die die Vertreter aller Nutzungsinteressen einbezogen sind.

Die Landschaft um Zultenberg bietet sehr gute Lebensbedingungen für die Feldlerche. Um nach der Zusammenlegung der Felder den Bestand der Feldlerche zu erhalten, entwickelten Landwirte und Biologen ein Konzept, das die Ansprüche der modernen Landwirtschaft und des Naturschutzes verbindet. Zählungen bestätigen den Erfolg. Die Erkenntnisse konnten auf angrenzende Verfahren erfolgreich übertragen werden.

Gewinner der Kategorie „Herausragende Leistungen zur Stärkung des ländlichen Raums

im Bereich „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel“ sind die Dorferneuerung und Flurneuordnung Oberlauterbach, die Flurneuordnung Schönthal, und die Flurneuordnung Üchtelhausen.

In Zusammenarbeit mit den Bürgern, Landwirten und Fachbehörden wurden beispielhafte Maßnahmen zu Wasserrückhaltung und Bodenschutz entwickelt und umgesetzt. Durch dezentrale Rückhaltmaßnahmen und umfassendes Flächenmanagement wappnet sich der Ortsteil Oberlauterbach des Marktes Wolnzach (Landkreis Pfaffenhofen) für den Klimawandel. Rückhalte- und Absetzbecken schützen den Ort vor Überflutung und dienen als Erdfang für die unvermeidbare Bodenerosion im Hopfenanbau. Neben dem Hochwasserschutz wird mit der Initiative bodenständig auch die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und der Reinhaltung des Lauterbaches unterstützt.

Die Renaturierung des Tannenbaches und des angrenzenden Auenbiotopes bei Schönthal (Landkreis Cham) ist ein hervorragendes Beispiel für praktizierten Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Durch den mäandrierenden Verlauf wurde die natürliche Entwicklung des Baches gefördert und die Transportfähigkeit von Erosionsträgern in vorbildlicher Weise reduziert. Die artenreiche Auenlandschaft dient bei Starkregen als natürliche Retentionsfläche. Als Feuchtgebiet speichert sie u.a. Kohlenstoff und trägt zur Verringerung von Treibhausgasemissionen bei.

Waldneuordnung Üchtelhausen

Wie ein kleinstteiliger Forst für die Zukunft klimaresistent umgebaut wurde, zeigt die Waldneuordnung in Üchtelhausen (Landkreis Schweinfurt). Das im Gelände nicht sichtbare Durcheinander der Eigentumsverhältnisse musste entwirrt werden, um den nachfolgenden Generationen die Bewirtschaftung zu ermöglichen. Jetzt herrschen enkelgerechte Voraussetzungen. Von Kindheit an sollen die Menschen um die Bedeutung des Waldes wissen. Deshalb verwirklichte die Teilnehmergemeinschaft zusammen mit der örtlichen Grundschule und der Unterstützung von Fachbehörden einen Waldlehrpfad. Deutschlandweit einzigartig sind die drei Wald-Megafone, die in Zusammenarbeit mit der Kunsthochschule Tallin entstanden sind.

Mit dem Innovationspreis für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel 2022 ausgezeichnet wird die Integrierte Ländliche Entwicklung Aurachzenn, Markt Emskirchen und Gemeinde Hagenbüchach (Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim) für ihren Solarbiotopverbund. Dabei handelt es sich um einen innovativen Ansatz zur Erzeugung erneuerbarer Energien bei gleichzeitiger Vernetzung von Biotopen. Zugleich wird das Grundwasser geschützt, das Landschaftsbild berücksichtigt und die Beteiligung der Grundstückseigentümer ermöglicht. Ein grünes Band könnte die Landschaft durchziehen, worin Photovoltaik-Freiflächenanlagen und Biotop eine Symbiose bilden. So könnte die gesellschaftliche Akzeptanz für diese Art der Stromerzeugung erhöht werden. Mehr als der gesamte derzeitige Strombedarf Bayerns ließe sich mit 2000 Quadratkilometer Photovoltaik im Solarbiotopverbund erzeugen. **DK**

Denkmalschutz-Preis für Thüngersheim

Die unterfränkische Gemeinde Thüngersheim erhält den Deutschen Preis für Denkmalschutz 2022. Die Gemeinde und der Verein WeinKultur-Gaden werden für ihr „vorbildliches Engagement“ um leerstehende und verfallende landwirtschaftliche Nebengebäude geehrt. Diese können im Anschluss als Location für Konzerte, Ausstellungen, Lesungen und andere Veranstaltungen genutzt werden, teilte das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz mit.

Die WeinKulturGaden stellen die Reste einer ehemaligen Kirchenburg dar. Teile der erhaltenen Wehrmauer lassen sich auf Mitte des 11. Jahrhunderts datieren. Die Reste der Anlage wurden von 2010 bis 2015 saniert und bilden heute das kulturelle Zentrum Thüngersheims. Die EU und der Freistaat haben die Sanierung im Rahmen der Städtebauförderung mit 570.000 Euro unterstützt. Die Preisverleihung soll am 7. November in Hamburg stattfinden.

Bayerns Bauminister Christian Bernreiter gratulierte der Gemeinde Thüngersheim und dem Verein WeinKulturGaden herzlich zu der Würdigung. „Mit Finanzhilfen von bislang rund 6,8 Mio. Euro unterstützen wir die Gemeinde im Rahmen der Städtebauförderung bereits seit 1999 und sehen das Engagement vor Ort als beispielhaft für gelungenen Städtebau“, betonte der Minister. **DK**




!
Beantragungsfrist für Förderhilfen endet am 31.12.2022.

UVC-Luftreiniger – diese Lösung macht Schule.



Inaktiviert Bakterien und Viren, inkl. SARS-CoV-2



Förderfähig gemäß Bayerischer Förderrichtlinie



Flüsterleise und kompakt für einen störungsfreien Unterricht



Sichere, chemiefreie Technologie ohne Filter



Wartungsarm und kostengünstig



Qualität made in Bavaria



Mehr zum SteriWhite Air Q
www.einfach-sicherer.de

Wir sind für Sie da!
+49 8105 2083 250

Von der Beratung bis zur Antragsstellung



Deutliche Kritik an Energiepolitik der Bundesregierung:

Baustoffbranche startet „Energie-Notruf“

Der Baustoff-Fachhandel befürchtet neue Lieferengpässe: Die Versorgung der Baustellen mit Material könnte erneut erheblich ins Stocken geraten. Davor warnt der Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB). Die Gründe dafür seien aber weder in Materialknappheit noch bei Schwierigkeiten in der Logistik zu suchen: „Wir stehen unmittelbar vor einem ‚Baustoff-Gap‘: Die explodierenden Energiepreise lassen größere Produktionsausfälle in der Baustoffherstellung als ein sehr wahrscheinliches Szenario erwarten“, sagt Verbandspräsidentin Katharina Metzger.

Der Baustoff-Fachhandel hat daher jetzt einen „Energie-Notruf“ gestartet: In einem Brandbrief übt die Baustoffbranche massive Kritik an der Energiepolitik der Bundesregierung. Ihren Protest richtet sie dabei direkt an Bundeskanzler Olaf Scholz und an das gesamte Bundeskabinett. Der Bund müsse in der Energiepolitik „das Ruder herumreißen“. Adressaten dieser Forderung sind auch der Bundestag sowie Parteispitzen von Koalition und Opposition.

Kritik an Krisenmanagement

In ihrem Protestschreiben warnt BDB-Präsidentin Metzger vor spürbaren Materialengpässen durch Produktionsdrosselungen. „Um einen kompletten Rohbau lahmzulegen, reicht es schon, wenn ein Baustoff fehlt, weil er nicht mehr produziert werden kann. Das fängt schon bei der Dämmung für die Bodenplatte an. Durch kleine Ausfälle kann so der ganze Baufortschritt stoppen. Bauprojekte liegen dann reihenweise brach. Da funktioniert der Bau anders als andere Branchen. Auf dem Spiel stehen dabei dann vor allem aber auch Zehntausende von Arbeitsplätzen. Gehen die aber erst einmal verloren, wird der Bau langfristig nicht mehr auf die Beine kommen – mit allen Konsequenzen für die Neubauziele der Bundesregierung im Wohnungsbau“, so Katharina Metzger. Unternehmen der Baustoffherstellung und des Baustoffhandels drohten schon sehr bald durch die „mangelhafte energiepolitische Krisenbewältigung der Bundesregierung in existenzielle Bedrängnis zu geraten“.

Alle Energiequellen nutzen

Konkret fordert der Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel, alle verfügbaren Energiequellen zu nutzen – auch Kohle und Atomkraft. Darüber hinaus sprach sich Metzger für eine Deckelung der Energiepreise aus: „Eine Preis-Obergrenze für Energie muss her, wie es sie in anderen Ländern schon gibt. Der Höchstpreis für Öl, Gas und

Strom darf maximal 30 Prozent über den Kosten liegen, die im Februar – also vor Beginn des russischen Einmarsches in die Ukraine – aufgerufen wurden“, so Katharina Metzger. Die Forderung der Länder-Energieminister an die Bundesregierung, zügig die steigenden Kosten für Strom, Gas und Wärme zu deckeln, sei ein positives Signal, an das die Branche Erwartungen knüpfe.

Der Staat müsse deutliche Abstriche machen – insbesondere auch dort, wo er auf dem Energiemarkt „kräftig mitverdient“: „Alle gesetzlichen Abgaben und Umlagen müssen bei allen Energieformen drastisch reduziert werden – konsequent“, fordert die BDB-Präsidentin. Gerade das „gewaltige Umlagenpaket“ beim Strom (KWK-Umlage, Offshore-Netzumlage, Umlage nach § 19 StromNEV, Umlage für abschaltbare Lasten) sei „auf Null zu setzen“. Darüber hinaus müssten die Steuer-Schrauben für Energie kräftig zurückgedreht werden. Die Reduzierung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent beim Gas bis März 2024 ist für Metzger ein „erster effektiver Schritt“, der Entlastung bringe.

Ehrliche Information vonnöten

Es sei zudem an der Zeit, die Menschen „ehrlich über die Machbarkeit der Energiewende“ zu informieren. „Es muss Schluss damit sein, Energiewende-Ziele am grünen Tisch zu entwerfen – ohne darauf zu achten, was von den Ressourcen, Kapazitäten und finanziell überhaupt machbar ist. Es geht zum Beispiel ganz konkret darum, wie viele Solarpanels und Wärmepumpen in welcher Zeit produziert und geliefert werden können. Dann geht es darum, wie viel Manpower in Handwerksbetrieben überhaupt da ist, um sie zu installieren. Und natürlich, wie viel die Produktion von regenerativer und erneuerbarer Energie am Ende kostet“, sagt Katharina Metzger. Die Menschen hätten es verdient, „reinen (Öko-)Wein eingeschenkt zu bekommen“.

Bei der Energiepolitik der

Bundesregierung gehe es auch um den Erhalt von Arbeitsplätzen – und damit um den Zusammenhalt in der Gesellschaft. „Energiepolitik ist damit auch Sozialpolitik – mit erheblicher Relevanz fürs gesellschaftliche

Freistaat fördert Kliniken im ländlichen Raum

Ministerpräsident Dr. Söder und Gesundheitsminister Holetschek beim Richtfest des 2. Bauabschnitts am Klinikum Kulmbach

Der Freistaat Bayern treibt die Förderung der stationär-medizinischen Versorgung in ländlichen Regionen voran. Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder betonte anlässlich des Richtfests des zweiten Bauabschnitts am Klinikum Kulmbach: „Krankenhäuser sind Lebenshäuser. Qualität, Regionalität und Menschlichkeit sind in der Medizin entscheidend. Wir sorgen für Infrastruktur und Spitzenmedizin im ländlichen Raum und fördern den gesamten Bau mit 100 Millionen Euro.“

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek ergänzte: „Wir legen den Grundstein für eine zukunftsfeste Krankenhausversorgung der Menschen in Oberfranken. Wir investieren kräftig und unterstützen den zweiten Bauabschnitt am Klinikum Kulmbach mit 66,4 Millionen Euro. Insgesamt hat der Freistaat für die ersten beiden Bauabschnitte der Krankenhausbaumaßnahme in Kulmbach über 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. In Oberfranken ist der zweite Bauabschnitt am Klinikum Kulmbach die zweitgrößte Krankenhausbaumaßnahme. Das ist eine gute Nachricht und ein wichtiger Impuls für die Menschen in der Region.“

Ort der Spitzenmedizin

Brigitte Angermann, die Geschäftsführerin des Klinikum Kulmbach, sagte: „Unser Klinikum in Kulmbach wird nach dem umfangreichen Umbau noch leistungsfähiger sein und den Menschen in der ganzen Region noch bessere Versorgung bieten können. Medizinische Versorgung auf höchstem Niveau auch im ländlichen Bereich war und ist unser Ziel. Das erreichen wir nun auch dank der großen Unterstützung durch den Freistaat Bayern, und das wissen wir sehr zu schätzen. Ein Haus mit hoher Strahlkraft über den Landkreis Kulmbach hinaus sind wir bereits. Die Erweiterung wird das nochmals verstärken. Dabei werden wir unser Motto, im Mittelpunkt der Mensch, nicht aus den Augen verlieren.“

Das Klinikum Kulmbach wird

Klima. Es entsteht kein Vertrauen bei den Menschen, wenn sich Experten unmittelbar nach Regierungsbeschlüssen genötigt sehen, politische Entscheidungen zu kritisieren und deren Korrektur verlangen. Es ist in der Entscheidungsphase wichtig, Experten zu hören – und nicht an Parteitagebeschlüssen zu kleben“, sagt Metzger. Dringend notwendig sei die Korrektur getroffener Maßnahmen sowie ein „Energie-Notfallpaket“ für die Wirtschaft. □



Zehn Häuser reihen die Architekten von Baumschlagers Hutterers Partner in einer Blockrandbebauung im Münchner Wohnquartier „Am Südpark“ aneinander. Sie schufen 389 bezahlbare Mietwohnungen. Wirtschaftlich ist die Ausführung des Neubaus in monolithischer, hochwärmedämmender Ziegelbauweise. Dem erhöhten Schallschutz entlang einer verkehrsreichen Ausfallstraße wurde so ebenfalls Rechnung getragen.

Bild: Sven Rahm

Gute Klimapolitik braucht Technologieoffenheit

Fördermittel: Bayerischer Ziegelindustrie-Verband kritisiert neue Förderrichtlinie

Der Vorstandsvorsitzende des Bayerischen Ziegelindustrie-Verbandes, Johannes Edmüller, zeigt sich angesichts der neuen Bayerischen Förderrichtlinie Holz enttäuscht: „Wir begrüßen ausdrücklich Förderprogramme der Staatsregierung für klimafreundliches und soziales Bauen, gerade in Zeiten wie diesen ist das sehr wichtig. Aber dieses Förderprogramm wird dem erklärten Ziel der Nachhaltigkeit überhaupt nicht gerecht. Edmüller fordert deshalb, „dass alle nachhaltigen, vor allem langlebigen Bauweisen in die Förderung miteinbezogen werden.“

Stein des Anstoßes ist für den Verband der sogenannte Kohlenstoffzuschuss: Jede verbaute Tonne aus Holzwerkstoffen oder anderen definierten kohlenstoffhaltigen Materialien in kommunalen Bauten und Mehrgeschosshäusern wird von der Staatsregierung mit 500 Euro belohnt. Der Knackpunkt: Dies gilt nur für Gebäude, deren Tragwerke aus Holz errichtet wurden. Wird also zum Beispiel ein Ziegelhaus mit ebenso vielen nachwachsenden Materialien gebaut, gibt es dafür keine Förderung. Die Fördersumme kann bis zu 200.000 Euro je Baumaßnahme betragen.

Neue Förderrichtlinie verzerrt Wettbewerb

Doch mit Blick auf die Nachhaltigkeit, moniert Johannes Edmüller im Kern: „Die Politik schafft jetzt Rahmenbedingungen, die eben nicht alle nachhaltigen Bauweisen fördern. Wir als Verband stehen für einen technologieoffenen, fairen Wettbewerb. Auch wir Ziegelhersteller brauchen Holz und Holzwerkstoffe am Bau, genauso wie Ziegel. Jeder Baustoff hat seine Daseinsberechtigung“, unterstreicht der Verbandschef. Doch verzerrt die neue Förderrichtlinie die Wettbewerbsbedingungen einseitig zugunsten eines Baustoffes.

Ziegelhaus mit Holz-Dachstuhl nicht förderwürdig?

Edmüller macht das an einem Beispiel konkret deutlich:

eine gute Ausstattung zurückgreifen. Dennoch ist die Krankenhauslandschaft im Freistaat überschattet von der aktuellen Lage. Die Kliniken können die massiven Preissteigerungen bei Energie- und Sachkosten im Rahmen der bestehenden Vergütungsregelungen nicht kurzfristig abfangen. Der Bund ist bislang untätig geblieben, trotz mehrmaliger Aufforderung der Kliniken und Länder. Das ist fahrlässig! Klar ist: Wir brauchen leistungsfähige Krankenhäuser, um Versorgung der Bevölkerung dauerhaft sicherzustellen.“ □

„Wenn man heute in Bayern in einem Ziegelhaus einen Holz-Dachstuhl einbaut, dann wird dieser mit null Euro gefördert. Hat man aber als Bauherr – nach der neuen Bauförderung – den gleichen Dachstuhl auf einem Holzrahmenhaus errichten lassen, kann man bis zu 200.000 Euro vom Freistaat bekommen. Das ist unlogisch und eindeutig wettbewerbsverzerrend.“ Genauso sieht es mit anderen Materialien aus: Holzdämmung oder OSB-Platte im Holzhaus erhält eine Förderung, im Ziegelhaus nicht.

Am 11. Juli hatten Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber und Bauminister Christian Bernreiter das neue Förderprogramm vorgestellt. Die Staatsregierung stellt dafür über 8 Mio. Euro aus Steuergeldern allein für dieses Jahr bereit. Es subventioniert Bauherren, die ab sofort mehrheitlich mit Bauelementen aus Holz kommunale Gebäude oder mehrgeschossige Wohngebäude neu errichten, ausbauen oder aufstocken.

Auch der Nachhaltigkeit wegen setzen Bauherren, Baufachleute und Investoren schon lange auf mineralische Baustoffe, wie etwa den Ziegel. „Sie profitieren über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes von einer sehr guten CO2-Bilanz, von der Gesundheitsverträglichkeit, niedrigen Heiz- und Unterhaltskosten sowie einer langen Nutzungsdauer von 80 Jahren und mehr“, sagt der Verbandschef.

Ebenso ist der Rohstoff Lehm und Ton regional verfügbar und praktisch unbegrenzt vor Ort vorhanden. Ebenso sind bereits die ersten Ziegel aus Recyclingmaterial im Sinne der Kreislaufwirtschaft entwickelt worden.

Forderung: Förderprogramm noch einmal nachbessern

Edmüller fordert die Bayerische Staatsregierung auf, das neue Förderprogramm grundlegend nachzubessern: „Gute Klimapolitik braucht Technologieoffenheit. Alle nachhaltigen Bauweisen und Baustoffe müssen bei der Vergabe von staatlichen Fördermitteln gleichberechtigt berücksichtigt werden.“ □



HEUTE BAUSCHUTT

MORGEN BAUSTOFF

BAUSTOFF-
RECYCLING:

Aktiver
Klima- &
Umwelt-
schutz

Alte Baustoffe werden zu neuen Rohstoffen, z.B. für den kommunalen Straßen- und Tiefbau. Mehr Infos unter: baustoffrecycling-bayern.de

Baustoff Recycling Bayern e.V.
Telefon: 089 / 20 80 39 - 414
Leopoldstraße 244 · 80807 München



Fürth Spiegelfabrik.



Nürnberg European.

Bild: Wolfgang Schmitt

Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik:

Aufbruch zur urbanen Resilienz

Unter dem Titel „Transformation gestalten - Aufbruch zur urbanen Resilienz“ fand in Berlin der 15. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik statt. Auf dem Programm standen aktuelle Ansätze und Strategien der Stadtentwicklungspolitik sowie Ideen für eine nachhaltige und integrierte Entwicklung von städtischen und ländlichen Räumen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Exkursionen, Rahmenveranstaltungen, eine Projektmesse und Preisverleihungen ergänzten das Kongressprogramm.

Erstmals wurde im Rahmen des Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik der Deutsche Bauherrenpreis 2022 vergeben. Dieser steht traditionell unter dem Motto „Hohe Qualität – tragbare Kosten“. Prämiert wurden zukunftsweisende und innovative Beispiele, die den vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden und übertragbare Lösungen anbieten.



Kempten Sheddachhalle.

Bild: Hermann Rupp

Bayerischer Ministerrat:

Einsatz für zeitgemäßes und bezahlbares Wohnen

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Mit 864 Millionen Euro befindet sich die Wohnraumförderung in Bayern dieses Jahr auf einem Rekordniveau. Die Bayerische Staatsregierung hat darüber hinaus nun weitere Maßnahmen beschlossen, um Wohnen im Freistaat zeitgemäß und bezahlbar zu halten.

Gerade für Studierende, die meist wenig finanziellen Spielraum haben, ist es vor allem in einem Ballungsraum wie München schwer, günstigen Wohnraum zu finden. Nun hat der Freistaat Bayern zusätzliche Unterstützung für die Sanierung der Studentenstadt Freimann in die Wege geleitet. Die größte Studentenwohnanlage Deutschlands befindet sich in der Trägerschaft des eigenständigen Studentenwerks München. Um die Sanierung der Studentenstadt zu beschleunigen, soll laut Kabinettsbeschluss eine Unterstützung durch die BayernHeim GmbH angestoßen werden.

Konkret wird nun geprüft, ob die BayernHeim GmbH zwei Häuser mit insgesamt über 1.000 Studentenapartments übernehmen kann. Für deren Sanierung stellt das Wissenschaftsministerium Mittel in Höhe bis zu 32,4 Millionen Euro zur Verfügung. Das Bauministerium wird die Sanierung zusätzlich im Rahmen der Studentenwohnraumförderung mit rund 40 Millionen Euro unterstützen.

Eine feste und verlässliche Säule bleibt der Staatliche Wohnungsbau. Während aus der Privatwirtschaft zahlreiche Wohnbauprojekte auf den Prüfstand gestellt werden, leisten die Stadtbau GmbH, die Siedlungswerk Nürnberg GmbH und die BayernHeim GmbH laut Staatsregierung hervorragende Arbeit. Letztere habe trotz schwieriger Rahmenbedingungen in der Baubranche bis Ende des zweiten Quartals 2022 41 Projekte mit über 3.700 Wohnungen auf dem Weg gebracht – eine Steigerung gegenüber 2021 von über 500 Wohnungen.

Um Kosten zu sparen und Bauzeiten zu verkürzen, setzt die BayernHeim GmbH auf System-

bauweisen mit einem hohen Vorfertigungsgrad und die Zusammenarbeit mit Generalunternehmern. Ein weiteres Erfolgsrezept ist die enge Kooperation mit privaten Akteuren. Den Schwerpunkt bilden aktuell Entwicklungspartnerschaften, durch die die BayernHeim GmbH zu einem frühen Zeitpunkt als Partnerin für den geförderten Wohnraum feststeht und dadurch frühzeitig Einfluss auf das Projekt nehmen kann, zum Beispiel auf den Anteil geförderter Wohnfläche.

Künftig soll sich die BayernHeim GmbH auch an Projektgesellschaften (Joint Venture) beteiligen. Dadurch könnte sie vom Netzwerk, der Kapazität und den Erfahrungen des Joint-Venture-Partners profitieren und auf Grundstücksteile für geförderten Wohnungsbau schon in einem sehr frühen Stadium und damit noch zu Einstandskonditionen zugreifen. Die bayerische Staatsregierung geht davon aus, dass die drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften bis Ende nächsten Jahres zusätzlich zum aktuellen Bestand von über 16.700 Wohnungen 8.000 zusätzliche Wohnungen in Bestand, Bau oder Planung und Entwicklung haben werden.

Wie der Ministerrat zudem beschloss, soll der seit April 2018 geltende Mieterhöhungsstopp für staatliche Wohnungen und Wohnungen der staatlichen Wohnungsbaugesellschaften über April 2023 hinaus um weitere zwei Jahre bis April 2025 verlängert werden. Ziel ist es, angesichts des angespannten Wohnungsmarktes und der stark gestiegenen Energiepreise und Lebenshaltungskosten eine langfristige Sicherheit für die Mieter zu schaffen.

Auf Basis des Baulandmobilisierungsgesetzes des Bundes hat die

Auszeichnung für bayerische Projekte

Drei bayerische Projekte - Spiegelfabrik Fürth, Sheddach Halle Kempten und EUROPLAN 12 - Wohnanlage mit 132 Wohneinheiten in urbaner Südstadt, Nürnberg wurden ausgezeichnet, MAGGIE aus Regensburg erhielt einen Sonderpreis.

Die auf dem Areal einer ehemaligen Spiegelfabrik entstandenen 58 Wohneinheiten in Fürth wurden in enger Abstimmung mit den zukünftigen Nutzern konzipiert. Mit einem Mix aus gemeinschaftlichem und selbstgenutztem Wohnraum sowie vielfältigen Gemeinschaftseinrichtungen ist ein zeitgemäßes Angebot für unterschiedliche Bewohnergruppen entstanden.

Der Umbau einer denkmalgeschützten Industriehalle zu 46 geförderten Atelierwohnungen in Kempten zeigt, wie innovativ die Weiterentwicklung der Identität eines Ortes mit attraktivem Wohnraum und gemeinschaftlich angelegten Freibereichen sein kann und macht somit Mut zu ungewöhnlichen Lösungsansätzen.

Der kleinteilige Städtebau der 1920er Jahre in der Südstadt von Nürnberg wurde von FABRIK-B Architekten aus Berlin zu einem lebenswerten Quartier mit urbaner Dichte weiterentwickelt und ist damit beispielgebend für die anstehenden Herausforderungen des Stadtumbaus.

Die Einbeziehung der Bewohner sowie der Erhalt der heimlichen Struktur im Rahmen der Sanierung und behutsamen, mate-



Regensburg MAGGIE.



In Kooperation mit Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V. www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Heimischen Rohstoffe: Regionalplanung

Unverzichtbar für Bayerns Rohstoffe

Die Versorgung der Bauwirtschaft mit den „Massenrohstoffen“ Sand und Kies und Naturstein ist für die gesamte Volkswirtschaft unerlässlich und im öffentlichen Interesse. Eine langfristige und vorausschauende Rohstoffsicherung in der Regionalplanung ist Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und der Sicherung von Arbeitsplätzen. Dabei gilt der Grundsatz: je ortsnaher diese gesichert werden, desto nachhaltiger und klimaschonender erfolgt die Versorgung. Im Regionalen Planungsverband werden daher durch die kommunalen Vertreter entsprechende Sicherungsgebiete in der jeweiligen Region ausgewiesen.

Unabhängigkeit von Rohstoffimporten

Mineralische Rohstoffe können nur dort gewonnen werden, wo sie auch vorkommen. In der Regionalplanung werden die standortgebundenen Lagerstätten langfristig gesichert und die Versorgung in Bayern gewährleistet. Bestehende Betriebsstrukturen und Arbeitsplätze, die vor allem dezentral in Bayern liegen, können erhalten und die Unabhängigkeit Bayerns von Importen sichergestellt werden.

Rohstoffvorkommen nicht automatisch vor Konkurrenz geschützt

Die Regionalplanung schützt bedeutende Lagerstätten gegenüber anderen konkurrieren-

den Nutzungen bzw. versucht vermeintliche Nutzungskonflikte gegenüber anderen Belangen in Einklang zu bringen und eine Abwägung auf übergeordneter Ebene herbeizuführen. Im Gegensatz zu anderen Fachplanungen wie z.B. dem Naturschutzrecht oder Wasserrecht existiert im Bereich der Bodenschätze kein Fachplanungsrecht, um diese zu „schützen“.

Regionalplan schafft verpflichtende Vorgaben zur Rohstoffversorgung in Bayern

Den rechtlichen Rahmen dazu gibt das Bayerische Landesplanungsgesetz (2012) mit Art. 6 Abs. 2 Nr. 6 vor, wonach die räumlichen Voraussetzungen für die vorsorgende Sicherung sowie für die geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen geschaffen werden sollen. Diese Vorgabe wird dann im Landesentwicklungsprogramm und den daraus zu entwickelnden Regionalplänen in Bayern umgesetzt.

Das Landesentwicklungsprogramm unterscheidet dabei zwischen bedarfsunabhängigen Rohstoffen (z.B. Bentonit, Kieselerde) und bedarfsabhängigen Rohstoffen (z.B. Sand/Kies, Naturstein), die mit Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den regionalen und überregionalen Bedarf gesichert werden müssen.

Die Vorgaben aus der Regionalplanung müssen verpflichtend in der Bauleitplanung umgesetzt werden. □

rialgerechten Dachaufstockung eines bestehenden Wohnkomplexes aus den 1920er Jahren sind wichtige Faktoren für den Erfolg des Regensburger Projektes MAGGIE (Bauherr: Baugenossenschaft Margaretenau).

Hohe Qualität zu tragbaren Kosten

„In der aktuellen Krisensituation wird bezahlbarer Wohnungsbau angesichts steigender Baukosten, Material- und Fachkräftemangel, explodierender Energiekosten, Zinsanstieg und einer völlig unzureichenden Förderung ungleich schwieriger bis unmöglich wichtiger denn je, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Bauen in ‚hoher Qualität zu tragbaren Kosten‘ weiterhin ermöglichen“, stellte Axel Gedaschko, Präsident des GdW, fest.

Laut Prof. Dr. Eckart Würzner, erster Stellvertreter des

Präsidenten des Deutschen Städtetages, ist Bauen in hoher Qualität und zu bezahlbaren Preisen eine echte Herausforderung geworden. Umso wichtiger seien gute Beispiele, die zeigen: Es geht! „Die Preisträger beweisen, dass mit Kreativität, Mut und gemeinschaftlichem Vorgehen gute Projekte entstehen können. Sie verdienen es daher ausgezeichnet und gewürdigt zu werden. Jetzt brauchen wir viele Nachahmer.“

Bundespreis Stadtgrün

Attraktiver Programmpunkt des Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik war zudem die Verleihung des Bundespreises Stadtgrün 2022, dessen Auslobung unter dem Motto „Klimaanpassung und Lebensqualität“ stand. Über ein Preisgeld in Höhe von jeweils 15.000 Euro durfte sich aus Bayern Tirschenreuth freuen. Als Teil des Stadtumbaukonzepts hat die Stadtverwaltung Tirschenreuth einen bestehenden Grüngürtel sowie Wasserläufe und Seen aufgewertet. Ziel ist es, einen Ring aus zusammenhängenden Wasserflächen zu schaffen. Die neuen öffentlichen Wasser- und Grünflächen nehmen überschüssige

Regenmengen auf und sorgen für Abkühlung und neue Habitate.

Mit einer Anerkennung in Höhe von 5.000 Euro wurde die Stadt Deggendorf bedacht. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels hat sich Deggendorf für einen klimaangepassten Umbau des städtischen Friedhofs entschieden. Die gekieste Flächen wurden durch Schotterrasen ersetzt, der sich weniger stark aufheizt. Durch den Wandel der Bestattungskultur wurden freigewordene Flächen für Baumpflanzungen mit klimaresilienten Baumarten genutzt. Das Friedhofsgelände wurde durch die Umgestaltung von einer überwiegend grauen in eine grüne Fläche verwandelt.

Wie Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, betonte, „helfen uns grüne Städte, heiße Sommer wie diesen besser zu überstehen. Zum einen tragen sie dazu bei, das Klima zu schützen, zum anderen sorgen sie für Erfrischung und saubere Luft. Mit dem Preis Stadtgrün wollen wir Aufmerksamkeit auf die Projekte lenken, die schon heute für weniger CO2 in den urbanen Räumen und für mehr Lebensqualität sorgen.“ DK

Wussten Sie schon?

Wir bauen auch Ihr Feuerwehrhaus

Als Bauherr übertragen Sie uns die Realisierung Ihrer kommunalen Hochbauprojekte wie Kindergärten, Kitas, Schulen, Feuerwehrhäuser, Wohnungen sowie Ihre Tiefbauprojekte wie Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungseinrichtungen. Wir sind immer in Ihrer Nähe. Ihre BayernGrund

Bayern Grund



Klärwerk



Kita / Schule



Wohnen



Feuerwehr



Baumodell

www.bayerngrund.de

Krankenhäuser in der Existenzkrise:

„Signalen müssen Taten folgen“

Appell der bayerischen Landräte an Bundesgesundheitsminister Lauterbach

Die Botschaft von Landrat Thomas Eichinger (Landsberg am Lech) war unmissverständlich: Beim Ausschuss für Gesundheit und Soziales des Bayerischen Landkreistags richtete er mit Blick auf die dramatische Situation der Krankenhäuser einen flammenden Appell an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach. „Viele unserer Häuser kommen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Wir benötigen eine schnelle und finanziell solide Unterstützung durch den Bund für die Aufrechterhaltung der medizinischen Grund- und Regelversorgung“, machte der Ausschussvorsitzende deutlich.

In den zurückliegenden Wochen hatten sich zahlreiche Landrätinnen und Landräte mit entsprechenden Aufrufen an ihre Wahlkreis-Abgeordneten im Bundestag gewandt. In der Folge signalisierte Bundesgesundheitsminister Lauterbach Medienbe-



Landrat Thomas Eichinger.

Bild: Landratsamt Landsberg am Lech

richten zufolge, die Kliniken aufgrund ihrer schwierigen Situation nicht im Stich lassen zu wollen. „Aus Signalen müssen nun Taten folgen. Unsere Häuser in der Fläche werden gebraucht, um die medizinische Grund- und Regelversorgung der Bevölkerung gewährleisten zu können“, stellte Eichinger fest.

Prekäre Lage

„Über Jahre hinweg standen wir unter anderem wegen einer fehlenden auskömmlichen Bundes-Finanzierung unserer Betriebs- und Investitionskosten vor immensen Problemen, die wir durch kommunale Gelder gestemmt haben. Zu Recht, wie die Rolle unserer Häuser zur Bewältigung der Corona-Pandemie gezeigt hat“, fuhr Eichinger fort. Aufgrund von Finanzierungsnot, steigenden Energiekosten und Fachkräftemangel befindet man sich jetzt in einer prekären Lage, die unmittelbare Hilfe durch den Bundesgesundheitsminister erfordere. Flankiert werden müsse dies aber auch von ausreichenden Investitionsmitteln und einer weiterentwickelten Krankenhausplanung durch den Freistaat

Bayern. Die Träger benötigten sowohl finanzielle Mittel als auch die Unterstützung bei der Gründung und Entwicklung von Kooperationen und Verbänden.

An der Ausschusssitzung nahm auch der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Roland Engehausen, teil. Gemeinsam mit weiteren Landeskrankenhausgesellschaften hat er jüngst die Kampagne „Alarmstufe Rot“ gestartet, die auf die massiven wirtschaftlichen Bedrohungen für die Krankenhauslandschaft aufmerksam macht. Ein Infomobil tourt hierzu durch ganz Deutschland. Mit einer Online-Petition (<http://open-petition.de/AlarmstufeRot>) bekräftigen die Krankenhäuser ihre Forderungen an die Politik.

In einer ersten Reaktion auf die Appelle der bayerischen Landräte wies Susann Enders, gesundheitspolitische Sprecherin der FW-Landtagsfraktion darauf hin, dass Kliniken die massiven Preissteigerungen aufgrund der Finanzierungssystematik im Krankenhausentgeltgesetz und in der Bundespflegesatzverordnung weder über die Landesbasisfallwerte noch über entsprechende Ausnahmetatbestände für das Jahr 2022 abfangen können. Steigerungen der Behandlungsentgel-



Susann Enders, MdL.

Bild: Freie Wähler Landtagsfraktion

te seien im Vergleich zum Vorjahr gesetzlich gedeckelt.

Trotz dieser ersten Lage sei die Ampelregierung bislang untätig geblieben: „Es existieren nach wie vor keine Regelungen für ei-

nen Inflationsausgleich sowie eine kurzfristige Kompensation der Mehrkosten. Da die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser derart dramatisch ist, die Gesetzgebungskompetenz für die Betriebskostenfinanzierung aber beim Bund liegt, haben wir eine Bundesratsinitiative unterstützt, mit der die Liquidität der Krankenhäuser rasch gesichert werden soll“, so Enders.

Werkwohnungen für Pflegekräfte

Im Rahmen ihrer Fraktionsklausur hatte die SPD-Fraktion im

Bayerischen Landtag vor kurzem mit einem Gesetzentwurf gefordert, mehr bayerisches Geld für Krankenhausinvestitionen bereitzustellen und damit dem Pflegekräftemangel zu begegnen. Laut Fraktionsvorsitzendem Florian von Brunn „bedeutet eine gute finanzielle Versorgung der Krankenhäuser auch eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten. Krankenhäuser in Bayern sind momentan ebenso wie alle anderen mit gestiegenen Energiekosten konfrontiert. Für notwendige Investitionen – etwa in energetische Sanierung – ist der Freistaat zuständig. Wir als SPD fordern, diese Investitionskosten für Krankenhäuser zu erhöhen, um den Krankenhäusern zu helfen, Geld zu sparen.“

Auch dem Fachkräftemangel könne mit einer Erhöhung

der Investitionskosten begegnet werden, so von Brunn: „Auf meiner Sommertour habe ich viele Kliniken in ganz Bayern besucht. Viele Verantwortliche sagen mir, dass sie gern Werkwohnungen für Pflegekräfte bauen würden, ihnen aber das Geld dafür fehlt.“

„Wenn etwa Pflegekräfte wissen, dass sie zum neuen Job auch eine Wohnung bekommen, haben sie mehr Anreiz, in der jeweiligen Klinik zu arbeiten“, ergänzte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ruth Waldmann. Gerade in Orten mit angespannten Wohnungsmärkten sei es für viele sonst schwierig, bezahlbaren Wohnraum zu finden. „Das gehört zu den dringend notwendigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und hilft, mehr Menschen für die Gesund-

heitsberufe zu finden und langfristig zu halten. Das führt nachhaltig zu einer Verbesserung der Gesundheitsversorgung.“ DK



Florian von Brunn, MdL.

Bild: Lennart Preiss Fotografie, München

Zugangsbeschränkungen, Masken- und Impfpflicht

Eine kurze Übersicht über die Regelungen insbesondere in bayerischen Krankenhäusern

Während in Italien die Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr abgeschafft wird, fährt man in Deutschland mit FFP2-Maske aufs Oktoberfest. Während das amerikanische Äquivalent zum Robert-Koch-Institut (RKI), das Center for Disease Control (CDC), eine generelle Maskenpflicht in Gesundheitseinrichtungen nicht länger empfiehlt, verschärfen sich die Auflagen im deutschen Gesundheitswesen. Ab dem 1.10.2022 und voraussichtlich bis einschließlich 7.4.2023 gibt es eine FFP2-Maskenpflicht für Beschäftigte, Patienten und Besucher beim Betreten von Einrichtungen des Gesundheitswesens. Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 14 Jahren müssen mindestens eine medizinische Maske tragen. Weiterhin gilt eine FFP2-Masken- und Testnachweispflicht für den Zutritt zu Krankenhäusern.

Laut Bayerischem Gesundheitsministerium sind diese Regelungen unabhängig vom Impf- bzw. Genesenenstatus. Das Ministerium führt weiter aus: „Nicht ausgeschlossen ist, dass Einrichtungen aufgrund ihres Hausrechts strengere Vorgaben festlegen, als sie nach der 16. BayIfSMV (Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung, Anm. der Red.) angeordnet sind. Weitergehende Einschränkungen des Besuchsrechts oder zusätzliche Vorsorge- und Schutzmaßnahmen sind dabei vorrangig bei besonders vulnerablen Patientengruppen denkbar. Der Erlass eines generellen Besuchsverbots muss durch die jeweilige Einrichtung in jedem Einzelfall sorgsam abgewogen werden und soll nur verhängt werden, wenn mildere Maßnahmen für den gebotenen Schutz der Patientinnen und Patienten nicht ausreichen. Aber auch dann muss immer noch Raum sein für eine angemessene Handhabung von Sonderfällen, wie etwa den Besuchen schwer krank oder sterbender Menschen.“

Außerhalb Bayerns erregte die Entscheidung des Evangelischen Klinikums Bethel in Bielefeld, nach wie vor 2G+ anzuwenden, einiges Aufsehen. Besucherinnen und Besucher müssen dort, zusätzlich zum Test, entweder genesen oder geimpft sein. Eine von der GZ durchgeführte stichprobenhafte Umfrage bei bayerischen Kliniken hat ergeben, dass die Häuser i.d.R. folgende Zugangsbeschränkung für Besucherinnen und Besucher gewählt haben: Eine getestete Person darf mit FFP2-Maske für eine Stunde einen Patienten / eine Patientin besuchen. Ein Selbsttest wird nicht akzeptiert. In einigen Häusern muss eine feste Bezugsperson benannt werden. Ein tageweiser Wechsel der Besucherin oder des Besuchers ist nicht möglich. Auch sollen Kinder und Jugendliche unter dem 16. Lebensjahr generell auf Besuche in manchen Kliniken verzichten. Grund hierfür sei, den Besucherströmen in Pandemiezeiten zu begegnen und das Personal nicht zusätzlich zu belasten. Durch diese Regelung benach-

teiligt sind Kinder, die Eltern und Geschwister im Krankenhaus somit nicht besuchen dürfen und für die dann ggf. Betreuung organisiert werden muss.

Geburtskliniken

Restriktiver sind tatsächlich Geburtskliniken. Begleitpersonen sind zu Untersuchungen der Schwangeren i.d.R. nicht zugelassen. Ob Gebärende eine Maske tragen müssen, wird von Fall zu Fall entschieden. Auf der Website einer Münchner Klinik ist zu lesen: „Grundsätzlich ist die FFP2-Maske im Kreißaal verpflichtend. Fühlen sich Schwangere dadurch während der Entbindung stark eingeschränkt, besteht die Möglichkeit, sie abzunehmen.“ Besuchen darf auch hier nur eine Person, was kleine Geschwisterkinder automatisch ausschließt. Das Gesundheitsministerium macht vorsorglich darauf aufmerksam, dass es keine „Aufsicht“ über die bayerischen Kliniken hätte und diesen daher auch keine Weisungen oder Ähnliches zum Krankenhausbetrieb erteilen könne.

Die einrichtungsbezogene Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitswesen gilt voraussichtlich bis 31.12.2022. Auf Anfrage, ob die Impfpflicht zu einer Verschlechterung in der medizinischen Versorgung geführt hat, erläutert eine bayerische Klinik: Die medizinische Qualität und Versorgung hat durch die einrichtungsbezogene Impfpflicht keine Beeinträchtigungen am Klinikum erfahren. Der größte Teil

der MA/innen weist einen Impfschutz auf, insbesondere bei ärztlichem Personal und Pflege. Das Klinikum ist in allen Bereichen voll funktionsfähig. Solange die Durchsetzung der Sanktionen bei Nicht-Geimpften noch ausgesetzt ist, besteht hier auch keine Gefährdung durch relevante MA-Verluste. Sollten allerdings insbesondere an Schlüsselpositionen durch die Umsetzung der Sanktionen nennenswert MA/innen ausgeschlossen werden, müssen ggf. elektive Leistungseinschränkungen folgen. Grundsätzlich würde dann eine Konzentration auf Notfallversorgung stattfinden müssen. Eine Beeinträchtigung von supportiven Diensten z.B. durch externe Partner und Fremdanbieter (wie z.B. Reinigung) ist als kritisch anzusehen und wird oft nicht berücksichtigt bei der Diskussion um die Folgen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht.

Da das Gesetz nicht nach Alter differenziert, gilt die einrichtungsbezogene Impfpflicht insbesondere auch für minderjährige Schülerpraktikanten und Auszubildende genauso wie für externe (Gesundheits-) Handwerker, Mitarbeitende in der Verwaltung, in technischen oder IT-Diensten, in der Geschäftsführung, sofern keine klare räumliche Abgrenzung zu den in der Einrichtung bzw. dem Unternehmen behandelten, untergebrachten oder gepflegten Personen vorhanden ist, Friseurinnen und Friseure, die in den betroffenen Einrichtungen zum Haare schneiden kommen, freie Mitarbeitende (z. B. Honorarkräfte, Beraterinnen und Berater o. ä.), Studierenden, zum Beispiel der Humanmedizin, die in einer betroffenen Einrichtung in die Patientenversorgung einbezogen sind oder dort praktische Ausbildungsabschnitte absolvieren. CH

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

Holzwirtschaft:

Warnung vor Rückschritt beim klimafreundlichen Bauen mit Holz

Anlässlich der Bauministerkonferenz erinnert die Deutsche Holzwirtschaft die Bauminister der Länder und die Bundesbauministerin daran, dass das klimafreundliche Bauen mit Holz seinen Beitrag zum Klimaschutz nur leisten kann, wenn die Politik baurechtliche Hemmnisse ausräumt und das nachhaltige Bauen konsequent fördert. Die Politik auf Bundes- und Landesebene habe die Vorteile der Holzbauteile für die zügige Schaffung von Wohnraum und für den Klimaschutz erkannt: So beschloss die Bauministerkonferenz bereits 2019 das Bauen mit Holz in höheren Gebäuden einfacher zu machen und die gesetzlichen Regelungen entsprechend anzupassen.

„Die Bilanz ist drei Jahre nach den Beschlüssen der Bauministerkonferenz ernüchternd“, resümiert Erwin Taglieber, Präsident des Deutschen Holzwirtschaftsrats e.V. (DHWR) über die Bemühungen der Bauminister zum Abbau von Hemmnissen im Baurecht. „Entgegen bisheriger Ankündigungen ist das Bauen mit Holz komplizierter geworden, anstatt dass die Genehmigungen vereinfacht wurden.“

Die von der Bauministerkonferenz im Juni 2021 auf den Weg gebrachte Muster-Holzbaurichtlinie regelte das Bauen mit Holz neu. So kann nach Einführung der Richtlinie in Landesrecht theoretisch in den Gebäudeklassen 4 und 5 bis zur Hochhausgrenze mit Holz gebaut werden. Allerdings bildet die Richtlinie nicht den Stand von Baupraxis, Technik und Wissenschaft ab. So ist zum einen die weit verbreitete und praxiserprobte Holzrahmenbauweise in der Gebäudeklasse 5 nicht geregelt. Dies erschwert insbesondere die Aufstockung von Bestandsgebäuden, für die diese Leichtbauweise prädestiniert ist. Des Weiteren beschreibt die Richtlinie nur einen geringen Teil möglicher Detailausführungen des Holzbaus. Die allermeisten Projekte können nach wie vor nur mit aufwendigeren Einzelfallgenehmigungen realisiert werden. Nach Veröffentlichung der Muster-Holzbaurichtlinie gingen die Baubehörden mehrerer Bundesländer zudem dazu über, Genehmigungen mit von der Richtlinie abweichenden Detailausführungen zu versagen.

Mehr als 5.000 mehrgeschossige Gebäude wurden in den letzten acht Jahren in Deutschland realisiert. Für fast alle Projekte wurden aufwendige Brandschutzgutachten angefertigt, die die Erfüllung aller baurechtlichen Schutzziele bestätigten. Die Muster-Holzbaurichtlinie zwingt

Holzbauprojekten nun in ein einziges praxisfremdes Regelungskorsett, welches das Bauen mit Holz nicht vereinfacht, sondern erschwert.

Holzbaurichtlinie novellieren

Der DHWR fordert die Bauminister der Länder auf, die Muster-Holzbaurichtlinie zu novellieren und die Baupraxis in den Prozess enger einzubinden. Bis dahin sind Einzelfallgenehmigungen weiter zuzulassen. „Erst wenn die Politik die praxiserprobten Bauweisen gleichbehandelt und das klimaschonende Bauen mit Holz den konventionellen Bauweisen baurechtlich ebenbürtig stellt, ist ein wirklich fairer Wettbewerb gewährleistet“, so Taglieber.

Im Hinblick auf die im Gebäudesektor dringend erforderlichen Treibhausgasersparungen sei es sehr zu begrüßen, dass der Bund nachhaltige und klimafreundliche Bauweisen stärker fördern will. „Es war überfällig, die Vergabe von Förderkrediten und staatlichen Zuschüssen an die Erfüllung von Nachhaltigkeitskriterien wie die Ökobilanz zu knüpfen. Unverständlich ist für uns allerdings, dass die Förderzuschüsse für nachhaltige Gebäude gerade jetzt, in einer Phase steigender Materialpreise und Finanzierungskosten, halbiert wurden. Das Ergebnis sehen wir aktuell. Wer jetzt noch baut, baut mit geringeren Effizienzstandards. Das ist das falsche Signal und wird dem Anspruch nach mehr Klimaschutz nicht gerecht“, mahnt der DHWR-Präsident mit Blick auf die Koalitionäre auf Bundesebene.

Über den Deutschen Holzwirtschaftsrat (DHWR)

Am 13. Juli 1949 gründeten zehn Verbände der Holzwirt-

schaft in Wiesbaden den „Holzwirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets“. Der Deut-

Vitales Dorfleben in Grafengehaig

Der Freistaat investiert in die Vitalität der ländlichen Räume Nordostbayerns: Nach rund zwei Jahren Umbauzeit ist im oberfränkischen Grafengehaig im Landkreis Kulmbach aus einem leerstehenden Bestandsgebäude ein vielfältig nutzbares Gemeinschaftshaus entstanden. Mit der Schlüsselübergabe hat die für die ländliche Entwicklung zuständige Agrarministerin Michaela Kaniber dem vitalen Dorfleben in Grafengehaig wieder ein neues Zuhause gegeben.

„Jedes Dorf lebt von dem Miteinander seiner Bürgerinnen und Bürger. Mit dem Dorfgemeinschaftshaus ist es gelungen, einen wunderbaren Ort der Begegnung in der Ortsmitte zu schaffen. Durch die gezielte Nutzung des Leerstands im Ortskern ist auch ein Stück oberfränkische Heimat und prägender Baukultur für kommende Generationen erhalten worden“, sagte die Ministerin bei der Eröffnung. Das Projekt sei daher auch ein besonders gelungenes Beispiel für die Revitalisierung von Ortskernen.

Die Sanierung des Gebäudes in Grafengehaig wurde in der Förderoffensive Nordostbayern über das Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken mit 1,3 Millionen Euro unterstützt. Durch den ebenfalls geförderten Erwerb und Abbruch des Nachbaranwesens konnte zudem Platz für den Neubau eines barrierefreien

kommunalen Mehrfamilienhauses mit fünf Wohneinheiten geschaffen werden. Die Förderoffensive Nordostbayern hat zum Ziel, die Ortskerne in dieser von Leerständen besonders betroffenen Region nachhaltig aufzuwerten und attraktiver zu gestalten. Neben Sanierung und Umbau von Bestandsgebäuden wurden auch Erwerb und Rückbau von Hofstellen oder Gebäuden zur Anlage von Plätzen und Freiräumen für die Dorfgemeinschaft ermöglicht. In einigen Fällen wurden zudem Ersatzbauten für Gemeinschaftszwecke oder Bauflächen für den Wohnungsmarkt geschaffen. Die Förderoffensive Nordostbayern ist ein großer Erfolg. Der Fördersatz von 90 Prozent hat es vielen Gemeinden erst ermöglicht, lang ersehnte Lösungen für Leerstände umzusetzen und so die Ortskerne wiederzubeleben“, so die Ministerin. □

Kritik der IG Bau:

Oft schlechte Energiebilanz bei Ämtern & Co.

Klima-Check für Rathaus, Polizei, Schule & Co.: Öffentliche Gebäude in München, die eine schlechte CO₂-Bilanz haben, sollen mit Hochdruck energetisch saniert werden. Dafür spricht sich die Industriewerkerschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) aus. „In Zeiten extremer Gaspreise kommt es darauf an, dass auch der Staat die Umweltbilanz seiner eigenen Bauten unter die Lupe nimmt. Wir brauchen eine faire und gründliche Bestandsaufnahme, wie viel Energie die öffentlichen Gebäude in der Landeshauptstadt verbrauchen. Dort, wo am meisten verschleudert wird, muss die Sanierung Priorität haben“, erklärt Harald Wulf, Bezirksvorsitzender der IG BAU Oberbayern.

Neue Fenster einzubauen, Fassaden zu dämmen und Dächer neu einzudecken – all das spare langfristig viel Geld. Gleichzeitig seien energieeffiziente Umbauten ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel. „Kommunal- und Landespolitik sollten diese Zukunftsinvestitionen vorantreiben. Es geht darum, dass der Staat seine energiepolitischen Hausaufgaben macht – und beim Thema Sanieren mit gutem Beispiel vorangeht“, betont Wulf.

Wichtiges Signal

Vom Finanzamt bis zum Feuerwehrraum: Es sei ein wichtiges Signal, sich darum zu kümmern, dass öffentliche Gebäude in München nicht zu den Schlusslichtern in puncto Energiebilanz zählen. Verwaltungsgebäude oder Sportstätten gehörten oft den schlechtesten Effizienzklassen – G oder H – an. Das bedeutet, dass sie jährlich mehr als 200 Kilowattstunden Energie pro Quadratmeter verbrauchen. Zum Vergleich: In der Effizienzklasse A, wie er beim Neubau üblich ist, liegt der Jahresenergieverbrauch bei 30 bis 50 kWh. Nach Angaben der Deutschen

Energie-Agentur belaufen sich die Energiekosten öffentlicher Gebäude bundesweit auf sechs Milliarden Euro pro Jahr – davon müssen allein die Kommunen 3,8 Milliarden Euro tragen. Die stark gestiegenen Preise im Zuge des Ukraine-Kriegs sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

Die IG BAU verweist auf Pläne der EU-Kommission. Danach sollen öffentliche Gebäude bis zum Jahr 2027 europaweit mindestens auf die Effizienzklasse F gebracht werden, bis 2030 dann mindestens auf die Klasse E. Das Klimaschutzpaket „Fit for 55“ sieht vor, den gesamten Gebäudesektor bis zum 2050 klimaneutral zu machen. In Deutschland verursacht der Betrieb von Gebäuden derzeit 35 Prozent des Endenergieverbrauchs, so das Umweltbundesamt.

Die Klima-Ziele ließen sich aber nur erreichen, wenn neben den privaten Hausbesitzern und Vermietern auch die öffentliche Hand deutlich mehr als bislang investiere, ist sich Wulf sicher. Das Klima-Sofortprogramm von Bundesbauministerin Geywitz sei dabei ein Schritt in die richtige Richtung. □

Größtes NORMA-Logistikzentrum Deutschlands in Gerolzhofen

Als ein „Wirtschaftsjuwel“ hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann beim Richtfest das neue NORMA-Logistikzentrum in Gerolzhofen bezeichnet. „Mehr als 200 neue Arbeitsplätze sind eine wichtige Stärkung des Standorts“, betonte Herrmann. „Das größte NORMA-Logistikzentrum Deutschlands wird der gesamten Region weit über Gerolzhofen hinaus einen großen Schub geben.“

Herrmann: „Großartige Investition“

Von Gerolzhofen aus sollen zwischen 150 und 160 NORMA-Filialen in ganz Ober- und Unterfranken, Teilen Mittelfrankens und an den Randbereichen von Baden-Württemberg und Hessen mit Waren beliefert werden. Herrmann dankte dem fränkischen Unternehmen „für diese großartige Investition in Höhe von 35 Millionen Euro“. Gleichzeitig versicherte der Minister: „Wir setzen uns in Bayern mit aller Kraft dafür ein, dass unsere Betriebe und Unternehmen auf Erfolgskurs bleiben!“

Höchste Umweltstandards

Begeistert zeigte sich Herrmann von der Umweltfreundlichkeit. „Die rund 34.000 Quadratmeter große Lagerhalle und das knapp 2.000 Quadratmeter große Verwaltungsgebäude werden nach höchsten Umweltstandards mit einem nachhaltigen Regenwasser-Management und einer rund 10.000 Quadratmeter großen Photovoltaik-Anlage gebaut“, lobte Herrmann. „Das ist gerade vor dem Hintergrund der aktuell angespannten Energielage zukunftsweisend.“ □



Aufs Amt gehe ich, wenn ich Beratung brauche.

Schon heute hat die AKDB rund 500 Online-Dienste im Repertoire. Schnell, einfach und sicher. Für Standard-Anliegen muss keiner mehr aufs Amt. Das entlastet Bürger wie Verwaltungsmitarbeiter.

Eines der vielen Topthemen auf dem 5. AKDB Kommunalforum.

www.akdb.de/kommunalforum

AKDB

GAB-Altlastensymposium in Regensburg:

Blick über den Tellerrand

Aktuelle Entwicklungen zu rechtlichen und fachlichen Aspekten der Altlastenbearbeitung, Erfahrungen mit Datenmanagement, das Thema Entsorgung sowie bundesweite Erfahrungen mit der Natürlichen Schadstoffminderung (MNA) standen auf der Agenda des diesjährigen Altlastensymposiums der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) in Regensburg. Als Plattform für den interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch führte das zweitägige Symposium rund 250 Entscheidungsträger und Fachleute aus der wirtschaftlichen, kommunalen und regionalen Praxis, Sanierungspflichtige sowie Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung zusammen.

„Deponieplanung mit Hindernissen – wenn geschützte Arten das Baufeld durchkreuzen“ lautete das Thema eines Vortrags von Claudia Guggenberger, Landratsamt Nürnberger Land (Untere Naturschutzbehörde). Da eine Deponie die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen kann, handelt es sich laut Guggenberger aus naturschutzrechtlicher Sicht um einen „Eingriff in Natur und Landschaft“ im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG). Für die Genehmigung des Vorhabens dieser Dimension sei daher ein Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) zu erstellen, in dem Eingriff und Kompensation bewertet, bilanziert und festgelegt werden. Zusätzlich zur Eingriffsregelung seien die Vorschriften des besonderen Artenschutzes zu berücksichtigen.

Die Prüfung artenschutzrechtlicher Verbote nach dem BNatSchG erfordere bei der Erstellung von Genehmigungsunterlagen entsprechende fachliche Ermittlungs-, Prognose- und Bewertungsansätze. Bei unzureichender Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Belange könne dies zu erheblichen Bauzeitverzögerungen bis hin zu einem Baustopp führen.

Datenmanagement

Mit dem Datenmanagement bei Untersuchungen und Sanierungen von Altlasten befasste sich Dr. Arnulf Sowa, GIBS geologen + ingenieure GmbH & Co. KG. Seinen Ausführungen zufolge kann der Einsatz von Datenbankmanagementsystemen bei der Bearbeitung von Altlasten von großem Vorteil sein. Vor allem bei Großprojekten mit vielen Teilbereichen (z. B. Baufeldfreimachung, Erschließung, Neubebauung) oder bei Projekten, die sich über lange Zeiträume hinziehen (Sanierungsmaßnahmen, Monitoring) zeige sich oft, dass nicht alle Bearbeiter oder Entscheidungsträger über den gleichen Wissensstand verfügen oder spätestens im Laufe der Monate oder Jahre sogar Wissen verloren gegangen sei.

Weiterhin sei mit Datenbanken möglich, umfangreiche zusammenfassende oder statistische Auswertungen vorzunehmen. Als problematisch erachtet Sowa die teilweise fehlende Benutzerfreundlichkeit sowie nicht vorhandene Standards bei den Datenmanagementsystemen. Als positives Beispiel für eine ausge-reifte Datenbank nannte er das Programm INSA der Leitstelle des Bundes für Liegenschaftsstands-dokumentation.

Deponiesanierung

Über eine integrative Deponiesanierung mit energetischer Folgenutzung und grüner Wasserstoffgewinnung informierten Manfred Eberle, R & H Umwelt GmbH und Dieter Gerlach, Stadtwerke Aschaffenburg. So wurde am Standort einer ehemaligen Hausmülldeponie eine modifizierte Oberflächenabdeckung hergestellt, die in Kombination mit einer nahezu vollflächigen Photovoltaikanlage den Niederschlagswasserzutritt zur Deponie weiter minimiert und zugleich mit geregelter Ableitung des Niederschlagswassers und Versickerung im Abstrom der Deponie den zwischenzeitlich nachvollzogenen MNA-Prozess positiv beeinflusst.

Durch die Photovoltaik-Anlage lasse sich über eine Betriebsdauer von mehreren Jahrzehnten grüner Strom „kostenneutral“ gewinnen. Die Stadtwerke Aschaffenburg, so Gerlach, verfolgten ein Konzept der Nutzung dieses grünen Stromes zur Herstellung von grünem Wasserstoff. Dieser solle im Mobilitätssektor (H2-Busse, H2-Müllsammelfahrzeuge, H2-LKW), im Industriesektor (Denitrifikation im Aschaffenburg Wasserwerk) und im Wärmesektor der Stadtwerke Aschaffenburg durch die Nutzung in privaten Brennstoffzellen als BH-KW zum Einsatz kommen.

Das Thema Hochwasser beschäftigte Dr. Rainer König vom Wasserwirtschaftsamt Deggen-dorf und Rainer Zimmermann, Wasserwirtschaftsamt Regensburg. König, der über das Hochwasser 2013 referierte, machte als eine der Hauptursachen für die massiven Schäden im Deg-

gendorfer Raum die im Zuge des Hochwassers aufgeschwommenen und geborstenen Heizöltanks aus, führte das ausgetretene Heizöl doch insbesondere bei den Gebäuden zu massiven Schäden. In der Folge mussten die Gebäude häufig rückgebaut werden. Im Gegensatz dazu erreichten die Stoffkonzentrationen der durch das Absetzen des Heizölfilms entstandenen flüchtigen Mineralölkohlenwasserstoff-Verunreinigungen aufgrund des Abbauverhaltens schon in der verbleibenden Vegetationsperiode eine unbedenkliche Größenordnung. Des Weiteren war ein großflächiger Einfluss des Hochwasserereignisses auf Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe und Schwermetallbelastungen nicht nachweisbar.

Hochwasserschutz

In Regensburg wurden in Anbetracht der besonderen städtebaulichen und denkmalpflegerischen Randbedingungen Lösungsvorschläge für einen Hochwasserschutz im Rahmen eines europaweit ausgeschriebenen städtebaulich-technisch-landschaftsplanerischen Wettbewerbs interdisziplinär entwickelt. 2006 standen laut Zimmermann die konzeptionellen Grundlagen für einen technischen Hochwasserschutz der Stadt Regensburg fest und es folgte der Einstieg in konkrete Projektplanungen. Das Planungsgebiet wurde in 18 Abschnitte eingeteilt und man begann sukzessiv mit der konkreten Planung, Genehmigung und Umsetzung. Die Folge der Bearbeitung orientiert sich dabei im Wesentlichen an einer Prioritäteneinteilung, die das Verhältnis des vorhandenen Schadenspotenzials zu den Baukosten des jeweiligen Abschnittes berücksichtigt. Inzwischen sind neun der 18 Abschnitte fertiggestellt.

Stoffstrommanagement

Aus der Perspektive eines Entsorgers berichtete Tobias Weiler, Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, über das Stoffstrommanagement belasteter Bauabfälle. Die Herausforderungen für den Entsorger bestehe darin, dass alle Entsorgungsmöglichkeiten unterschiedliche Anforderungen an die erforderlichen Materialdeklarationen und vorzulegenden Unterlagen stellen. Im schwachbelasteten Bereich komme gegebenenfalls noch die Beachtung weiterer bundeslandspezifischer Regelwerke zum Tragen. Der Einsatz von Deponieersatzbaustoffen solle dazu beitragen, den Primärrohstoffeinsatz

im Zuge von Deponiebaumaßnahmen zu reduzieren, indem bautechnisch geeignete Abfälle mit vergleichbaren definierten Eigenschaften zum Einsatz kommen. Hierzu gelte es neben der Prüfung des zulässigen Schadstoffgehalts der Abfälle auch die bautechnischen Anforderungen, die für bestimmte Schichtkomponenten im Deponiebau vorgeschrieben sind, zu prüfen.

Sekundärbaustoffe

Stefan Schmidmeyer, Baustoff Recycling Bayern e. V., gab einen Überblick über die „Sekundärbaustoffe: Baustoffe der Zukunft – Herstellung, Qualitätssicherung und Einsatzmöglichkeiten“. Güteüberwachte und zertifizierte Sekundärbaustoffe seien den Primärbaustoffen gleichwertig und könnten diese in vielen Anwendungsbereichen in weit größerem Umfang als bisher substituieren, betonte Schmidmeyer. Die erforderlichen Normen und Regelwerke hinsichtlich der bautechnischen Eigenschaften und der Umweltverträglichkeit von Sekundärbaustoffen zur Anwendung etwa im Straßen- und Wegbau, im Erd- und Tiefbau, im Hochbau sowie im Garten- und Landschaftsbau seien vorhanden und würden kontinuierlich weiterentwickelt. Die Verwendung von Sekundärbaustoffen sichere die Zukunft der Bauwirtschaft, fördere die Nachhaltigkeit beim Bauen und sei aktiver Klima- und Umweltschutz.

Über die Deponiesituation in Bayern berichtete Dirk Hensel-Schikora vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Nach seinen Worten ist die Abfallwirtschaft ein zentrales Element der Daseinsvorsorge. Moderne Deponien und mit ihnen ausreichend verfügbare Beseitigungskapazitäten seien und blieben auch künftig ein unverzichtbarer Baustein einer robusten und intakten Entsorgungsinfrastruktur. Ein Schwerpunktthema bei der Erweiterung oder dem Neubau von Deponien stelle die Kommunikation dar. Um in Bayern eine (pro-)aktive, transparente, frühzeitige und lösungsorientierte Kommunikation von Deponieprojekten zu unterstützen, habe das StMUV Hinweise für Vorhabenträger mit Praxisbeispielen für eine gute Projektkommunikation erstellt (Handlungshilfe „Deponievorhaben – Projektkommunikation“). Als Hilfestellung zur Suche nach Deponiestandorten sei zudem im Februar vergangenen Jahres die Deponie-Info 11 veröffentlicht worden.

MNA-Bearbeitung

Die „Einbindung von MNA in die Altlastenbearbeitung in Bayern – Erfahrungen, Herausforderungen und Anwendungsbereiche“ stellte schließlich Stefan Rüttiger vom Bayerischen Landesamt für Umwelt vor. Nach seinen Angaben erfordere ein MNA (Monitored Natural Attenuation)-Konzept einen hohen Erkundungs- und Untersuchungsaufwand, der allen Beteiligten eine Entscheidungsgrundlage sowie eine möglichst hohe Sicherheit über den erfolgreichen Verlauf eines MNA-Vorhabens liefern soll. In Bayern seien derzeit zwölf Fälle in den einzelnen Phasen der MNA-Bearbeitung beim LfU erfasst. In sechs Fällen sei eine behördliche Entscheidung zur Umsetzung von MNA getroffen worden; diese befänden sich in der MNA-spezifischen Überwachung. Weitere neun Fälle seien in der Planungsphase.

Wie Rüttiger feststellte, seien die Fallkonstellationen sehr unterschiedlich und reichten vom kleinen Ölschaden bis hin zum großen PAK-Schaden mit im Einzelfall größeren Restschadstoffmassen in der ungesättigten Zone. **DK**

Appell von VKU, GdW und AVG Köln:

Kein Brennstoffemissions-Handel für die Abfallwirtschaft!

Auf die negativen Auswirkungen einer drohenden Einbeziehung von Abfällen in den nationalen Emissionshandel nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) haben VKU und GdW sowie der Kölner Entsorger AVG auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin hingewiesen. Angesichts der aktuell hohen finanziellen Belastungen für private Haushalte und Betriebe forderten die Verbände deshalb ein entschlossenes Gegensteuern der Politik.

Im Juli hatte die Bundesregierung den Entwurf einer Novelle des BEHG beschlossen, mit dem auch die CO₂-Emissionen aus der Abfallverbrennung ab 2023 in den nationalen Emissionshandel für Treibhausgase einbezogen werden sollen. Aus Verbandssicht besitzt ein Emissionshandel für Siedlungsmüll allerdings keine belegbare Lenkungswirkung im Sinne des Klimaschutzgesetzes. Viele Abfälle wie etwa häusliche Restabfälle, Abfälle aus dem Gesundheitswesen oder schadstoffbelastete Abfälle müssten im Interesse einer schadlosen Entsorgung thermisch behandelt werden. Eine Ausweichmöglichkeit auf andere „Brennstoffe“ gebe es für die Müllverbrennungsanlagen nicht, ihre vorrangige Aufgabe sei vielmehr die Gewährleistung von Entsorgungssicherheit. Vor diesem Hintergrund müsse die Politik auf die CO₂-Bepreisung der Siedlungsabfallwirtschaft verzichten.

Während es bei der CO₂-Bepreisung von Gas oder Öl darum gehe, unter anderem die Elektromobilität im Verkehrssektor oder Wärmepumpen im Gebäudebereich zu fördern, könnten Abfälle nicht durch andere Energieträger ersetzt werden, betonten VKU, GdW und AVG. Abfälle würden nicht „produziert“, um Energie zu erzeugen, sondern fielen bei Produktion und Konsum an und müssten ordnungsgemäß und schadlos entsorgt werden. Die bei der energetischen Verwertung erfolgende Energienutzung mache Abfälle nicht zu „Brennstoffen“ wie

Gas oder Öl. Mit anderen Worten: „Öl kann in der Erde bleiben, Abfall aber nicht in der Tonne.“

Im Gesetzesentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz wird mit zusätzlichen Verbraucherkosten von 900 Millionen Euro allein für 2023 gerechnet. Diese Belastung würde, der sogenannten BEHG-Preistreppe folgend, von Jahr zu Jahr weiter steigen.

Falscher Zeitpunkt

„Knapp 1 Milliarde Euro Mehrbelastung durch Ausweitung des BEHG auf Siedlungsabfälle – das ist sachlich falsch und kommt zum völlig falschen Zeitpunkt“, machte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing deutlich. Die Bundesregierung könne nicht einerseits ein drittes Entlastungspaket schnüren und gleichzeitig zusätzliche Belastungen gerade für die Mieterinnen und Mieter beschließen. Gerade diese wären besonders betroffen, da sie kaum Einfluss auf ihre Abfallgebühren nehmen können.

Mit der BEHG-Ausweitung würde zudem ein nationaler Sonderweg beschritten werden, so Liebing. „Es entstünde ein starker wirtschaftlicher Druck, Abfälle zur Verbrennung oder gar zur Deponierung ins Ausland zu bringen. Durch die Verdrängung von Siedlungsabfällen ins Ausland würde sich Deutschland die eigene Klimabilanz schönrechnen, ohne wirklich etwas für den Klimaschutz erreicht zu haben. Was wir brauchen, ist eine europäische Lösung und keine deutschen Alleingänge.“ **DK**

Viele Haushalte in Bayern noch ohne Biotonne

Die veröffentlichte Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage von Klaus Adelt MdL (Drs. 18 / 23872) zeigt aus Sicht des VBS einmal mehr bestehende Defizite bei der Erfassung von Bioabfällen in Bayern auf. Dies unterstreiche, dass ein konsequenter Vollzug des Kreislaufwirtschaftsgesetzes notwendig ist.

Der VBS kritisiert, dass die seit Januar 2015 bestehende Verpflichtung, Bioabfälle getrennt zu erfassen, in manchen bayerischen Kommunen nicht konsequent umgesetzt bzw. gezielt umgangen wird. Die Landtagsanfrage von Klaus Adelt zeige, dass die Landkreise Altötting und die Stadt Rosenheim noch immer kein Erfassungssystem für Bioabfälle haben. In anderen Gebietskörperschaften werde verlangt, dass die Bürger ihren Bioabfall zu zentralen Sammelpunkten bringen. Manche Städte und Kreise böten nur eine freiwillige Biotonne an, die von den Bürgern extra bestellt werden muss.

Die Staatsregierung sollte laut VBS einen einheitlichen Vollzug sicherstellen und Schlupflöcher verhindern, mit denen Kommunen geltendes Bundesrecht umgehen können, denn: „Bioabfälle getrennt zu sammeln ist echter Ressourcen- und Klimaschutz, denn aus einer Tonne Bioabfall lassen sich 350-450 Kilogramm Kompost gewinnen, der Kunstdünger ersetzen kann. Zudem können durchschnittlich 110 Kubikmeter Biogas aus einer Tonne Bioabfall gewonnen werden, welches auch fehlendes russisches Gas ersetzen kann“, so VBS-Präsident Stefan Böhme. **DK**

Aktuell haben etwa 85 % der Einwohner Bayerns eine Biotonne. Mit 56,5 Kilogramm Bioabfall pro Jahr liegt Bayern unter dem Bundesdurchschnitt von 60 kg je Einwohner und Jahr. Bemerkenswert ist, dass in Schleswig-Holstein und Hessen jeweils über 90 kg je Einwohner und Jahr an Bioabfällen getrennt erfasst werden. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die nahezu flächendeckende Einführung der Biotonne in diesen beiden Bundesländern. Hingegen sammelt ein bayerischer Landkreis, dessen Bürgern lediglich ein Bringsystem aus Containern und Wertstoffhöfen für Bioabfälle zur Verfügung gestellt wird, damit nicht einmal 10 kg je Einwohner und Jahr. „So sollte man nicht mit wertvollen Ressourcen umgehen“ unterstreicht VBS-Präsident Stefan Böhme. „Ist das Sammelsystem zu unkomfortabel, landen große Teile des besser verwertbaren Bioabfalls im Restmüll und damit in den ohnehin knappen Kapazitäten der Müllverbrennungsanlagen.“

Jährlich werden bundesweit knapp fünf Millionen Tonnen Bioabfälle getrennt gesammelt. Laut Umweltbundesamt liegt der Anteil an Bioabfällen im Restmüll bei knapp 40 Prozent. **DK**

Helfer im Dienste der Natur:

Naturwacht Donau-Ries feiert 30-jähriges Jubiläum

Alljährlich findet im September der Erfahrungsaustausch der Naturwächter, d.h. eine Zusammenkunft aller 12 für den Landkreis Donau-Ries ehrenamtlich tätigen Naturwächter und Mitgliedern der unteren Naturbehörde, statt. In diesem Jahr gab es Grund zur Freude. Die Naturwacht Donau-Ries konnte ihr 30-jähriges Bestehen feiern. Im Rahmen einer Exkursion im vor kurzen erst eröffneten botanischen Obstlehrgarten in Wemding konnten die Mitglieder der Naturwacht einen guten Einblick über den Anbau heimischer Obstsorten gewinnen und ihr Fachwissen zur Hecken- und Baumpflege erweitern.

Anschließend wurde im Rahmen einer kleinen Feierstunde im Gasthaus „Zur Wallfahrt“ die Ehrungen der Gründungsmitglieder der Naturwacht vorge-

nommen. Landrat Stefan Rößle leitete seine Laudatio mit den Worten ein: „Dieses Jubiläum wäre ohne Menschen wie Sie nicht möglich. Durch Ihren Ein-

satz, Ihre Zuverlässigkeit und Ihrem enormen Durchhaltevermögen bilden Sie eine wesentliche Stütze für den Erhalt der heimischen Natur.“

Engagement vor Ort

Bereits im Jahr 1992 wurde im Landkreis erkannt, dass es für eine gute und zukunftsorientierte Arbeit im Naturschutz engagierte Menschen vor Ort braucht. Aus diesem Grund wurde, nachdem man sich auf Kreisebene zur Einrichtung einer Natur-

wacht entschlossen hat, offiziell mit Richtlinie vom 23.03.1992 der Grundstein für die Naturwacht Donau-Ries gelegt. Dass es sich zu einem echten Erfolgsmodell entwickelt, war damals noch nicht absehbar. Die in der Richtlinie enthaltenen Aufgaben sind auch im Jahr im 2022 immer noch zutreffend, vielleicht sogar sind sie aktueller denn je.

So wurden in den vergangenen beiden Jahren aufgrund der Pandemie verstärkt die schönsten Flecken des Landkreises zur Erholung und Entspannung aufgesucht. In dieser Zeit waren auch die Naturwächter vor Ort gefordert, um Besucher auf den offiziellen Wegen zu halten, auf Schutzgebietsschilder hinzuweisen und auch die Hundehalter anzumahnen den Hund an der Leine zu führen. Gerade in dieser Zeit wurden unzählige Aufklärungsgespräche geführt, um Verständnis für die Anforderungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu wecken.

Naturwächter als wichtiger Baustein

Alle unsere Naturwächter sind für uns als Behörde ein äußerst wichtiger Baustein, um erfolgreich Naturschutz betreiben zu können. Vor allem durch die jahrelangen Gebietskenntnisse und Präsenz vor Ort können erste Lösungsansätze rasch und unkompliziert umgesetzt werden, so Thomas Fischer der Leiter der unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt.

Als Dank und Anerkennung für ihr 30-jähriges Wirken im Sinne des Naturschutzes überreichte Landrat Stefan Rößle den Jubilaren Heinrich Behringer (Monheim, Rögling, Tagmersheim), Herwig Kienberger (Oettingen,



V.l.: Landrat Stefan Rößle, Herwig Kienberger, Werner Schnell, Ludwig Pfister, Hilde Raul, Paul Strobl, Heinrich Behringer, Thomas Fischer (untere Naturschutzbehörde). Bild: Simon Christof, UNB

Auhausen, Megesheim), Ludwig Pfister (Kaisheim, Buchdorf, Daiting, Marxheim), Hilde Raul (Mertingen), Paul Strobl (Rain, Münster, Holzheim), Werner Schnell (Nördlingen, Reimlingen, Deiningen, Wechingen) eine Urkunde des Landkreises Donau-Ries und ein kleines Präsent.

Zwei Gründungsmitglieder haben sich entschlossen, den Staffelfstab der Naturwacht an einen Nachfolger weiterzugeben und wurden verabschiedet. Eine davon ist Hilde Raul, die in ihrer Heimatgemeinde Mertingen seit 1992 auch als Biberberaterin tätig war. Sie eignete sich über Jahre hinweg umfangreiches Wissen über die Natur an, das sie auch gerne an die Bevölkerung weitergab. So führte sie auch regelmäßig Naturbegeisterter durch das Naturschutzgebiet „Mertinger Hölle“ und ist als gute Seele des „Höllhäuschens“ bekannt.

Auch Heinrich Behringer hat sich entschieden, sich in den verdienten Ruhestand zu verabschieden. Seine Zuständigkeit beschränkte sich auf das Gebiet der Stadt Monheim sowie die Gemeinden Rögling und Tagmersheim. Behringer deckt mit seinem breit gefächerten Fachwissen zum Naturschutz nicht nur Fragestellungen rund um den Biber ab, sondern konnte auch als Wespen- und Bachmuschelberater hilfreiche artenschutzfachliche Hinweise weitergeben.

Nachdem auch einige Bewerbungen für die Nachbesetzungen der Naturwächterstellen bei der unteren Naturschutzbehörde eingegangen sind, ist Landkreischef Stefan Rößle auch überzeugt und optimistisch, dass auch zukünftig die Naturwacht eine wesentliche Rolle in Sachen Naturschutz im Landkreis Donau-Ries spielen wird. □

Wiesenmeisterschaft 2022:

Preise für artenreiche Wiesenbewirtschaftung verliehen

Das artenreiche Grünland ist für die Erhaltung vieler selten gewordener Wiesenpflanzen und davon abhängiger Insekten und Nahrungsketten von enormer Bedeutung. Bei der Wiesenmeisterschaft werden bereits seit 2009 besonders engagierte Bäuerinnen und Bauern für den Erhalt artenreicher Wiesen und Weiden ausgezeichnet. In diesem Jahr fand die Wiesenmeisterschaft im Gebiet der Ökomodelregion Waginger See - Rupertwinkel, einem Gemeindeverbund in den Landkreisen Traunstein und Berchtesgadener Land, statt. Bei einer Festveranstaltung in Teisendorf wurden 23 landwirtschaftliche Betriebe für ihre vorbildliche artenreiche Wiesenbewirtschaftung von Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber ausgezeichnet.

Staatsministerin Michaela Kaniber, Bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sagte bei der Preisverleihung in Teisendorf (Landkreis Berchtesgadener Land): „Ein Quadratmeter extensiv bewirtschaftete Wiese kann bis zu 89 Pflanzenarten beheimaten. Damit gehören Wiesen neben dem tropischen Regenwald zu den artenreichsten Biotopen weltweit. Die Staatsregierung fördert daher den Erhalt artenreicher Grünlandflächen. Denn flächenstarker Artenschutz braucht Freiwilligkeit. Mit dem Kulturlandschaftsprogramme und dem Vertragsnaturschutzprogramm haben wir als Staatsregierung in den vergangenen Jahren wichtige Impulse gegeben und werden in der neuen Förderperiode ab 2023 noch bessere Rahmenbedingungen schaffen. Wir haben dazu bewährte Maßnahmen sehr praxisnah weiterentwickelt und neue Maßnahmen eingeführt.“

Der Ehrenvorsitzende des BN, Hubert Weiger, dankte den Preisträgern und allen Teilnehmern und lobte „die gute Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Naturschutz, von Ökobetrieben und konventionell wirtschaftenden Betrieben“ als Voraussetzung für die Sicherung der Artenvielfalt. Er unterstrich: „Die Erhaltung von artenreichen Wiesen und Weidestandorten und deren Weiterbewirtschaftung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Erhaltung der Artenvielfalt und Gestaltung der Kulturlandschaft.“

23 Betriebe haben sich in diesem Jahr an dem Gemeinschaftspro-

jekt von BUND Naturschutz in Bayern (BN) und Bayerischer Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) beteiligt. Alle 23 Wiesen wurden zunächst nach einem Punktesystem für Artenvielfalt, Kulturlandschaftswert und nach landwirtschaftlichen Kriterien wie Futterertrag und landwirtschaftliches Nutzungskonzept bewertet. Eine Fachjury mit Expertinnen und Experten aus Naturschutz und Landwirtschaft hatte die Wiesen begutachtet, jetzt wurden die Gewinner für ihre vorbildliche artenreiche Wiesenbewirtschaftung geehrt.

Multitalente

In Ihrer Begrüßung sagte Beate Rutkowski, stellvertretende Landesvorsitzende des BUND Naturschutz: „Wiesen und Weiden haben als ‚Multitalente‘ eine herausragende Bedeutung für die Biodiversität und dem Schutz von Boden, Klima und Wasser. Für die arbeitsaufwändige Pflege der Wiesen, Futterwerbung, Viehtrieb oder Weidemanagement brauchen die Bauernfamilien eine gute Agrarförderung, die noch ausgebaut werden muss.“

Stephan Sedlmayer, Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft, dankte allen Wiesenmeistern für ihren besonderen Einsatz: „Die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft stellt laufend zuverlässige Daten und Methoden für die Beratung in der Praxis zur Verfügung. Finanziell werden die Landwirte in Bayern mit einem bundesweit herausragenden Angebot an Agrarumwelt-

maßnahmen für freiwillige Umweltleistungen honoriert.“

Die Preisträger

Den 1. Preis, einen Gutschein für einen Aufenthalt im Biohotel im Wert von 500 Euro, der von den Veranstaltern zur Verfügung gestellt wurde, erhält die Familie Matthias und Rosemarie Winkler aus Ollering in der Gemeinde Tittmoning. Sie bewirtschaften einen ökologisch geführten Milchviehbetrieb im Vollerwerb. Die knapp einen Hektar große Glatthaferwiese „Etz“ überzeugte die Jury durch ihren großen Artenreichtum und schöne Übergänge zum Waldrand. Die Steillage mit abwechselnd trockenen und feuchten Standorten fordert den Einsatz von Motor- und Handsense. Kennzeichnende Arten sind dort z.B. Heilziest, Wiesen-Flockenblume, Wiesen-Pippau oder Rauer Löwenzahn.

Mit dem 2. Preis wurde Rupert Koch aus Guggenberg mit einem Gutschein für einen Aufenthalt im Biohotel im Wert von 300 Euro ausgezeichnet. Er führt seinen Milchviehbetrieb im Nebenerwerb nach EU-Biorichtlinien. Seine über drei Hektar große artenreiche Mähweide ist ein hochwertiger Komplex-Lebensraum mit eingelagerten Quellnischen und angrenzendem Schluchtwald. Kennzeichnende Arten: u.a. Wiesen-Flockenblume, Kohldistel, Wiesen-Pippau, Sumpf-Vergissmeinnicht und Wiesen-Bocksbart. Als Besonderheit sind größere Vorkommen vom Breitblättrigen Knabenkraut zu verzeichnen.

Den 3. Preis hat Martin Rausch aus Tengling, der einen Acker-mischbetrieb im Nebenerwerb mit Kalbinnen-Endmast bewirtschaftet, erhalten. Die drei Hektar große, zum Teil kleinseggenreiche Feuchtwiese am Tachingener See wird erst nach dem 15. Juni gemäht und im Spätsommer noch einmal beweidet. Kennzeichnende Arten der großflächig zu Röhricht/Weidengebüsch übergehenden Wiese sind u.a. Bach-Neißenwurz, Kuckuckslichtnelke, Mädesüß und Gelbkliee. Er erhält ein Preisgeld von 100 Euro, bereitgestellt von der Unteren Naturschutzbehörde im Landkreis Traunstein.

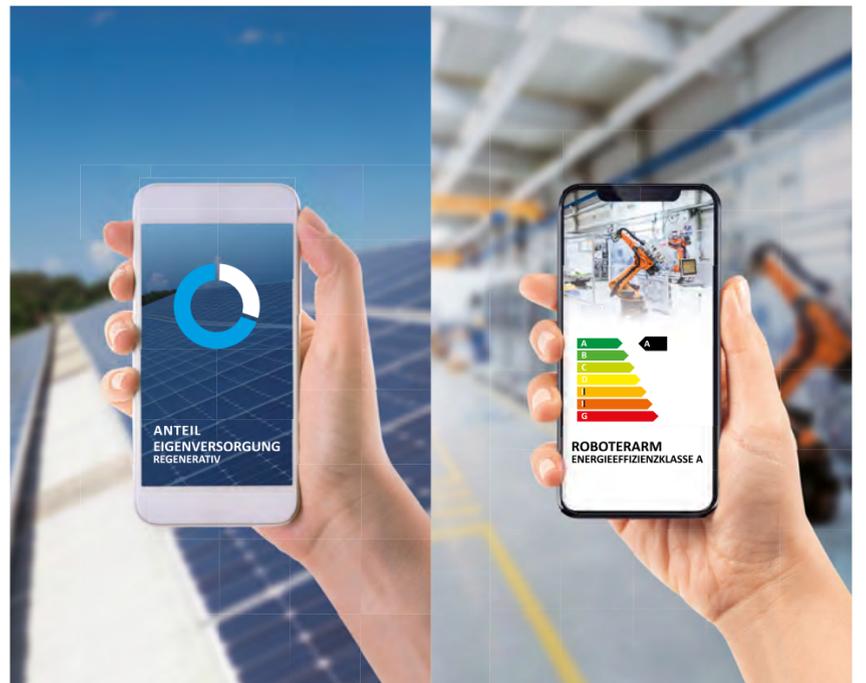
Auch die Gewinner des 4. Preises, das Ehepaar Anja und Roman Freimuth aus Petting, dürfen sich über einen Geldpreis von 100 Euro freuen. Sie halten im Nebenerwerb graue Gehörnte Heidschnucken, mit denen sie den Surspeicherdamm in einer Nutzungsvereinbarung mit dem Wasserwirtschaftsamt Traunstein bewirtschaften. Kennzeichnende Arten der 1,4 Hektar großen Glatthaferwiese in steiler Hanglage sind u.a. verschiedene Glockenblumenarten, Witwenblume, Margerite und Schlüsselblume. Auch verschiedene Orchideen kommen vor. □

Nachwachsende Rohstoffe sind das Gebot der Stunde

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert ab sofort wieder die Errichtung industrieller Bioökonomie-Produktionsanlagen, die nachwachsende Rohstoffe verarbeiten und einen hohen Klimaschutzeffekt haben. Es ist bereits der zweite Förderaufruf im Förderprogramm BayBioökonomie-Scale-Up, Bewerbungen sind bis 10. November möglich.

Förderfähig sind beispielsweise Produktionsanlagen für biobasierte Produkte wie etwa Kunststoffe aus Holz, Chemikalien aus Nebenprodukten der Landwirtschaft oder Produkte aus Reststoffströmen der Lebensmittelindustrie. Das Förderprogramm wendet sich an Unternehmen, die in Bayern solche Ideen realisieren und in Produktionsanlagen zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe investieren wollen. Die Verfahren müssen bereits in größeren Maßstab erprobt sein und einen deutlich positiven Klimaeffekt aufweisen.

Informationen unter www.stmwi.bayern.de/foerderungen/biooekonomie-scale-up/ □



WIR FÖRDERN ENERGIESCHAFFEN UND ENERGIESPAREN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 089 / 21 24 – 10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

Lfa Förderbank
Bayern



Die Vertreter der Bayerischen Forstwirtschaft präsentieren ihre gemeinsame Botschaft am Waldtag Bayern 2022. V.l.: Dr. Christian Wippermann, Bayer. Forstverein, Robert Bocksberger, Bayer. Staatsforsten, Jürgen Kircher, Forstverwaltung Stadt Augsburg, Urban Treutlein, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Joachim Schwarzer, Forsttechnikerverband, Bernd Lauterbach, Bund Deutscher Forstleute, Cornelia Hesse, Bayer. Gemeindetag, Prof. Dr. Manfred Schölch, Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft, Josef Ziegler, Bayer. Waldbesitzerverband, Johann Koch, Bayer. Bauernverband und Verein für forstl. Standortserkundung, Viktoria Gindele van Kempen, Familienbetriebe Land und Forst, Simon Tangerding, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Isabelle Jarisch, Sprecherin der VBF, Dr. Peter Pröbstle, Verband der höheren Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten in Bayern e.V. und Andreas Schlegel, IG Bauen-Agrar-Umwelt.

Bild: C.Josten/ZWFH

„Wer braucht den Wald?“

Multifunktionale Wälder für Mensch, Natur, Klima ... und Zukunft!

Beim diesjährigen Waldtag Bayern der Vertreter der Bayerischen Forstwirtschaft (VBF) wurde die Frage „Wer braucht den Wald?“ umfassend bearbeitet und beantwortet. Zunächst durch vier Impulsreferate und in einer Podiumsdiskussion. Später am konkreten Objekt im Siebentischwald der Stadt Augsburg. Die Vortragenden zeigten an verschiedenen Beispielen, welche wertvollen Leistungen unsere Wälder für Menschen, Natur und den Klimaschutz bringen. In der Diskussion wurde aber auch von Urban Treutlein vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung Landwirtschaft und Forsten klar herausgestellt, dass der Klimawandel unsere Wälder an vielen Orten in Bayern aufs Ärgste bedroht und sehr schnell gehandelt werden muss, damit unsere Wälder auch in Zukunft überleben und ihre wertvollen Leistungen für alle bereitstellen können. Veranstalter des Waldtages Bayern sind die Vertreter der Bayerischen Forstwirtschaft, ein bundesweit einmaliger Zusammenschluss von 20 bayerischen Forstverbänden und -organisationen in Kooperation mit dem Zentrum Wald-Forst-Holz Weihenstephan.

„Multifunktionalität bedeutet viele Ansprüche auf einer Fläche zu vereinen und die Bereitstellung dieser Ökosystemleistungen nimmt eine immer wichtigere Rolle in der Waldbewirtschaftung ein. Das braucht Fachwissen, Kommunikation, Zusammenhalt und auch Kompromissbereitschaft“, so läutete Isabelle Jarisch, Sprecherin der VBF, die Veranstaltung im Kleinen Goldenen Saal in Augsburg.

Die Stadt Augsburg ist mit ihrem Waldbesitz von 7.679 ha der größte kommunale Waldbesitzer in Bayern. Oberbürgermeisterin Eva Weber ging in ihrem Grußwort direkt auf das Thema der Veranstaltung ein: „Wer braucht den Wald? – das kann ich für Augsburg klar beantworten: Die gesamte Stadt Augsburg braucht ihren Stadtwald!“ Er versorge die Augsburgerinnen und Augsburger mit frischem, sauberem Trinkwasser, böte jährlich circa drei Mio. Besucherinnen und Besuchern Ruhe und Naherholung und filtere 10.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr aus der Luft. Der innerhalb der Stadtgrenzen liegende Teil von ca. 2.000 Hektar ist Naturschutzgebiet, mache ein Viertel der Stadtfläche grün und beherberge eine unglaubliche Vielfalt an Tier und Pflanzenarten. „Wir sind stolz auf unseren Stadtwald“, so Weber.

Baubranche braucht Holz

Anne Niemann, Architektin an der Technischen Universität München (TUM), referierte über den Rohstoff Holz im Klimawandel. Ihre Botschaft ist: „Die Baubranche braucht Holz!“ Holz ist der einzige nachwachsende Baustoff. Die nachhaltige Forstwirtschaft ermöglicht, dass nachhaltig mehr Holz als bisher im Bau verwendet werden kann. Holz zu verbauen maximiert die Klimaschutzleistung der Forstwirtschaft. Der im Holz gespeicherte Kohlenstoff wird über Jahrzehnte der Atmosphäre entzogen und gleichzeitig wird der Einsatz emissionsinten-

siver Baustoffe wie Zement und Stahl verringert. Die naturnahe Bewirtschaftung der Wälder und der Klimawandel führen dazu, dass in der Zukunft weniger Fichtenholz und mehr Buchenholz geerntet werden kann. Verschiedene Holzarten müssen im Bau intelligent eingesetzt werden. Als Beispiel zeigte sie ein innovatives Parkhaus aus Buchenholz.

Wald und Gesundheit

Dr. Gisela Immich von der Ludwig-Maximilians-Universität München interessiert sich dafür, wie Wald und Gesundheit zusammenhängen. Zahlreiche Studien belegen die gesundheitsförderliche Wirkung von Waldaufenthalten. „Je höher der Stress desto höher die heilsame Wirkung“, betonte Immich. Während das Thema in Deutschland in den letzten Jahren zum Megathema avancierte, legte in Bayern schon vor rund 150 Jahren Sebastian Kneipp den Grundstein für „verordnete“ Walderholung. Der gesundheitsförderliche oder waldtherapeutische Waldaufenthalt wird in Bayern mittlerweile in 13 neu zertifizierten Kur- und Heilwäldern angeboten. Jede interessierte Kommune, Gesundheitseinrichtung oder jeder Waldeigentümer kann sich auf den Weg machen, einen eigenen Kur- und Heilwald ausweisen zu lassen. Für eine engere Verzahnung zwischen Erholungsnutzung und Forstwirtschaft fordert Immich eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den „grünen“ und „weißen“ Berufen, auch auf politischer Ebene.

Kleinstadtwälder und Stadtoasen

Monika Egerer, Professorin für Urbane Produktive Ökosysteme an der TUM stellte das Konzept Stadtoasen vor. Sie meint: „Miniwälder in der Größe von Tennisplätzen werden oft unterschätzt.“ Kleinstadtwälder und Grünflächen tragen zu lo-

kalen Klimaschutz bei, indem sie Ökosystemleistungen wie Temperaturregulierung, Lärminderung und Lebensraum für Tiere und Pflanzen erbringen. Sie verbessern auch das Wohlbefinden der Stadtbewohner, indem sie Raum für Entspannung, Erholung und soziale Kontakte bieten. Egerers Forschungsprojekt verbindet qualitative Sozialwissenschaften mit quantitativen Naturwissenschaften und untersucht 60 unterschiedlich große Gebiete in der Stadt München auf deren gesundheitsfördernde Wirkung. Das laufende Projekt möchte Informationen für die zukünftige Stadtplanung liefern.

Schwieriges Management von Ökosystemleistungen

Ökosystemleistungen (ÖSL) sind als direkte und indirekte Beiträge von Ökosystemen zum menschlichen Wohlergehen definiert. In seinem Forschungsprojekt wendet Christoph Schulz von der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft das Konzept der ÖSL auf den Augsburger Kommunalwald an. Bis zu 13 ÖSL stellt der zentrumsnahe Wald gleichzeitig vielen Menschen bereit. Für den gesamten Augsburger Kommunalwald quantifizierte und lokalisierte das Projekt insgesamt 15 ÖSL. Seine Hypothese ist jedoch: „Das Management wird schwieriger.“ Sowohl Umweltänderungen wie der Klimawandel als auch gesellschaftliche Veränderungen erhöhen die Anforderungen an Waldbesitzer und Forstleute zur optimalen Bereitstellung der ÖSL.

Gemeinsame Botschaft

Die vielfältigen Leistungen des Waldes werden in Zeiten globaler Krisen und mit dem fortschreitenden Klimawandel immer wichtiger. Gleichzeitig greifen die Folgen des Klimawandels unsere Wälder an und machen sie immer fragiler. Als Zusammenschluss forstlicher Verbände und Organisationen liegen den Vertretern der Bayerischen Forstwirtschaft Erhalt und nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder am Herzen, gerade auch um die Ökosystemleistungen langfristig zu sichern. Sie fordern:

- langfristige Strategien zur Sicherung des Nachwuchses an Fachkräften
- eine holzbasierte Bioökonomie, vor allem Bauen mit heimischem Holz
- aktive Klimaanpassung der Wälder durch Mischwald und klimatolerante Baumarten
- eine gegenseitige Akzeptanz verschiedener Ansprüche an

den Wald

- mehr qualifizierte Fachleute mit Ortskenntnis
- sowie politische, finanzielle und gesellschaftliche Unterstützung des Forstsektors

Ausführliche Positionen und Forderungen sind in der „Gemeinsamen Botschaft“ zum Waldtag Bayern 2022 nachzulesen.

Honorierung von Ökosystemleistungen

Ein wichtiges Thema der Podiumsdiskussion war die Honorierung der Ökosystemleistungen. Es wird allgemein anerkannt, dass der Wald viele wertvolle Leistungen erbringt. Waldbesitzerpräsident Josef Ziegler stellte fest, dass dies durchaus eine gute Nachricht für Waldbesitzende sei. Problematisch findet er jedoch, dass davon nur eine Leistung – die Holzernte – finanziell honoriert würde. Dem Kämmerer Roland Barth war es wichtig

zu betonen, dass die vielfältigen Ökosystemleistungen im Augsburger Auwald nicht zum Nulltarif zu haben sind. Es bedeutet viel Arbeit, diese zu erreichen und zu erhalten. Rund eine halbe Mio. Euro ist der Stadt Augsburg ihr Auwald jedes Jahr wert. Damit neben der Holznutzung weitere Ökosystemleistungen finanziell in Wert gesetzt werden können, arbeitet die Bundesregierung derzeit an einem Förderprogramm.

Urban Treutlein meinte, dass es eine echte Wertschätzung für Waldbesitzende bedeute, wenn sie in der Bewirtschaftung ihrer Waldflächen durch ein zusätzliches Förderprogramm honoriert würden. Allerdings könnten Flächenprämien allein den Wald nicht retten, die Förderung der Anpassung der Wälder an den Klimawandel sei noch wichtiger. Ziegler hob in diesem Zusammenhang hervor, dass der Klimawandel insbesondere durch die Nutzung fossiler Energiequellen

entstanden ist und der Wald und die Waldbesitzenden nun darunter leiden müssen. Wichtig für ihn sei die Verursacher des Klimawandels, also alle Emittenten, an den Kosten der Maßnahmen zur Schadensbehebung zu beteiligen.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt für den Klimaschutz ist das klimafreundliche Verhalten sowohl jedes Einzelnen als auch der politisch Verantwortlichen. Entscheidungen für mehr Klimaschutz hängen häufig direkt von emotionaler Betroffenheit ab. Darin waren sich Gisela Immich und Monika Egerer einig – und dies fange beim Walderlebnis an. Um hier weiterzukommen sei der Schulterschluss mit den Waldbesitzenden wichtig. Anne Niemann betonte außerdem, dass von Seiten der Architekten und Planer seit langem vor Holz argumentiert würde, Kommunen und Auftraggeber aber auch in der Pflicht seien, sich zu informieren und Klimaschutz umzusetzen. □



Landrätin Tanja Schweiger (5. von rechts) konnte zur Eröffnungsfeier eine Reihe von Ehrengästen und Projektverantwortliche begrüßen.

Bild: Hans-Christian Wagner

Landkreis Regensburg:

Eröffnungsfeier für den neuen Kreisbauhof

Der neue Kreisbauhof ist fertig. Mit einem Tag der offenen Tür stellte der Landkreis das 20-Mio.-Euro-Projekt der breiten Öffentlichkeit vor. Zur offiziellen Einweihungsfeier, die im Rahmen dieses Aktionstages stattfand, konnte Landrätin Tanja Schweiger eine Reihe von Ehrengästen aus Politik und Wirtschaft begrüßen. Wie die Landrätin in ihrer Festansprache betonte, verfüge der Kreisbauhof mit den neuen Gebäuden und Ausstattungen jetzt wieder über einen modernen und zukunftsfähigen Standort. Mit weiteren Kooperations-Nutzungen, wie dem Kreisjugendring, dem Gartenpfliegertrupp, dem Kompostzug der Abfallwirtschaft, sowie dem ebenfalls neu errichteten Feuerwehrsimulationshaus habe eine viele Synergieeffekte einschließende Investition realisiert werden können. Ihr Dank gelte den Gemeinden Barbing und Mintraching, die mit einem interkommunalen Gewerbegebiet den Weg für diesen Standort geebnet hätten.

Unter den zahlreichen Gästen waren neben MdL Sylvia Stierstorfer, Kreisbrandrat Wolfgang Scheuerer, Architekt Joachim Gutthann auch Altlandrat Herbert Mirbeth und der frühere Landrats-Stellvertreter Otto Gascher. Auch Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger stattete der Veranstaltung einen kurzen Besuch ab und gratulierte dem Landkreis zu diesem zukunftsweisenden Projekt. Viele Besucher konnten sich durch die fachkundigen Erläuterungen der Bauhofmitarbeiter von der Funktionalität und vom durchdachten Gesamtkonzept des gesamten neuen Gebäudekomplexes überzeugen.

Verwendete Baustoffe

Der Baustoff Holz wurde beim Bauhofneubau vor allem beim Obergeschoss des Verwaltungsgebäudes, bei den Dachkonstruktionen der Hallen, den Hallenwänden und im Fassadenbereich eingesetzt. Die tragenden Stützen und Sockelbereiche der Hallen, die Umfassungswände der Waschküche und der Kfz-Werkstatt, sowie das Erdgeschoss des Verwaltungsgebäudes und das Feuerwehr-Übungsgebäude wurden in Stahlbeton ausgeführt.

Wasserhaushalt/Ökologie

Das gesamte anfallende Oberflächenwasser, sowohl von den Dächern als auch von den befestigten Flächen, wird über extra

vorbereitete Sickerflächen und Rigolen in den Untergrund eingeleitet. Durch Ölabscheideanlagen und Schlammfänge wird gewährleistet, dass verschmutztes Oberflächenwasser oder Waschwasser nicht in den Untergrund gelangt. Die Pflanzflächen werden als Blühflächen angelegt.

Geothermische Grundwassernutzung

Es wurden zwei Entnahmehäuser (je 2,0 l/s) mit einem Durchmesser von je 40 Zentimetern geschaffen. Über Sickerflächen wird das entnommene Brunnenwasser wieder versickert.

Energie

Die Gebäude des neuen Kreisbauhofes wurden auf der Grundlage der Energieeinsparverordnung 2016 geplant, wobei das Obergeschoss des Verwaltungsgebäudes nach KfW 70 Standard ausgeführt wurde. Die Erzeugung der notwendigen Wärmemenge erfolgt zu 70 Prozent mit einer Grundwasserwärmepumpe. Zum Betreiben des Hochtemperaturnetzes (Lüftung, Lufterhitzer in den Hallen und Warmwasserbereitung Verwaltung) und zur Deckung von Spitzenlasten wird ein Pelletkessel genutzt.

Die Dachflächen der Hallen und des Verwaltungsgebäudes sind mit PV-Anlagen ausgestattet. Die Gesamtleistung der auf den Hallendächern installierten PV-Anlagen beträgt 369 Kilowatt-Peak (kwp).

Im Rahmen der Außenanlagenarbeiten wurden Leerrohre und Zugschächte für die nachträgliche Errichtung einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge umgesetzt.

Neben dem Bauhof sind in den neuen Gebäuden untergebracht:

- Kreisfeuerwehr mit einem Büroraum, einem Lagerraum und zwei Stellplätzen, Feuerwehr-Übungsgebäude (Simulationshaus) mit acht Übungsflächen, drei Simulationsräumen für Rauch, Hitze, Brand und zwei Übungsbalkone
- Kompostzug der Landkreis-Abfallwirtschaft mit einem Lkw-Stellplatz und einem Materiallager
- Gartenpfliegertrupp des Landkreises – Sachgebiet Gartenbau und Landspflege mit einem Lkw-Stellplatz, einem Materiallager und einem Raum für Kleinfahrzeuge
- Kreisjugendring mit zwei Büroräumen

Die Grundstücksgröße (alle bebauten und unbebauten Flächen) beträgt 18.568 m²; davon sind 12.335 m² bebaute Grundflächen. Die Grundfläche der Gebäude beträgt 3.844 m², der Bruttorauminhalt/umbauter Raum bemisst sich auf gesamt 33.960 m³ und die Reservefläche auf 11.900 m².

Ökologische Ausgleichsflächen

Für das Gewerbegebiet mussten aufgrund des Bebauungsplanentwurfs 2,7 Hektar ökologische Ausgleichsflächen geschaffen werden. Die Maßnahmen konnten auf Grundstücken durchgeführt werden, die durch die Gemeinde Pfakofen bei Rogging erworben wurden. Dort werden großflächige Retentionsräume zur Verbesserung des Hochwasserschutzes verwirklicht, die aus Rückhaltegräben und Feuchtwiesen bestehen. Die Kosten belaufen sich – laut Landschaftspflegeverband, der die ökologischen Ausgleichsmaßnahmen abwickeln wird – auf rund 360.000 Euro. □

Deutscher Landschaftspflegetag in Eckernförde:

Wasser – Leben – Klimaschutz

Biodiversität und Klima lassen sich nur dann erfolgreich schützen, wenn Maßnahmen auf regionaler Ebene angepackt und umgesetzt werden. Vor diesem Hintergrund diskutierten beim Deutschen Landschaftspflegetag in Eckernförde über 200 Teilnehmer Möglichkeiten, wie durch eine praxisnahe Förderung Klima- und Artenschutz in die Fläche gebracht werden kann.

„Unsere einzigartigen Kulturlandschaften zu bewahren bedeutet, angepasst mit ihnen umzugehen, in regionalen Kreisläufen mit ihnen auskömmlich zu wirtschaften. In Deutschland sind in zwei Drittel der Fläche 190 Landschaftspflegeorganisationen aktiv. Unsere Verbände sind nicht nur Ideengeber, von ihnen gehen die entscheidenden Impulse für die notwendige Umsetzung von Maßnahmen vor Ort aus. Voraussetzung hierfür sind aber praxisorientierte Förderprogramme, die Landschaftspflege in Kooperation von landwirtschaftlichen Betrieben und Kommunen attraktiv macht“, erklärte Maria Noichl, bayerische Europaabgeordnete und neu gewählte Vorsitzende des Deutschen Verbands für Landschaftspflege.

Josef Göppel
posthum Ehrenvorsitzender

Noichl trat die Nachfolge des im April 2022 überraschend verstorbenen, bisherigen Vorsit-

zenden Josef Göppel an, der posthum zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde. „Josef Göppel ist der Vater der Landschaftspflegebewegung, ein Vordenker des kooperativen Naturschutzes in Deutschland und Europa. Er hat Landwirtschaft, Naturschutz und Kommunen an einen Tisch gebracht und trotz mancher Widerstände die Landschaftspflegeverbände zum Erfolgsmodell gemacht. Wir verdanken ihm viel und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren“, unterstrich die DVL-Vorsitzende.

„Der DVL und seine Landschaftspflegeverbände sind wichtige Partner bei der nachhaltigen Gestaltung unserer Kulturlandschaft. Sie sind mit ihrem Netzwerk ‚Kümmerer‘ in den Regionen vor Ort und zugleich Ideengeber für innovative Lösungsansätze und Partner bei der praktischen Umsetzung. Ihre tägliche Arbeit ist es, Schutz und Nutzung gerade unserer Agrarlandschaft erfolgreich zu verbinden. Ihre Ideen und Vorschläge sind wichtige Ansätze“, unter-

strich Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, MdB.

Im Anschluss wurden im Rahmen von Fachforen die Potenziale der solaren Energieerzeugung in der Agrarlandschaft für Klima- und Artenschutz sowie die Hemmnisse und Möglichkeiten der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zum Erreichen der Gemeinwohlziele erörtert. Auch wurde die Bedeutung der Ressource Wasser und der Umgang mit deren Knappheit diskutiert. Dabei ging man u. a. der Frage nach, wie durch angepasste Nutzung Wasserqualität gewährleistet werden kann.

Umsetzungskonzept zur Wasserrahmenrichtlinie

Wie Martina Prielmeier, LPV Regensburg, ausführte, habe der Landschaftspflegeverband bereits ein Umsetzungskonzept zur Wasserrahmenrichtlinie über die Nebengewässer der Großen Laber erstellt: Paringer Graben, Allersdorfer Bach, Erlbach, Deggenbacher Bach, Röhrbach und Zergmooser Bach. Das Projekt werde vom LPV Regensburg im Auftrag der Kommunen Schierling, Pfakofen, Aufhausen, Sünching und Mötzing betreut. Da Gewässer nicht an Landkreisgrenzen halt machen, richte das Konzept auch

in die Landkreise Kelheim und Straubing-Bogen hinein. Die Umsetzung finde in enger Zusammenarbeit mit dem Wasserwirtschaftsamt Regensburg, dem Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz, dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regensburg und den Unteren Naturschutzbehörden statt.

Durch den ständigen engen Kontakt mit den Kommunen konnte Prielmeier zufolge bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen aus dem Umsetzungskonzept verwirklicht werden, vieles davon auch als Ausgleichsmaßnahmen für die Kommunen. Wichtige Instrumente dabei seien Flächenankauf bzw. Flächentausch in ökologisch sensiblen Bereichen, gewässerbegleitende Pufferstreifen (10 bis 30 Meter), ein Biotopverbund zur Schaffung gewässerbegleitender Lebensräume oder Retentionsflächen in Überschwemmungsbereichen.

Erneuerbare Energien und Biodiversitätsschutz

Mit Blick auf die Potenziale der solaren Energieerzeugung in der Agrarlandschaft für Klima- und Artenschutz wies Prof. Dr. Markus Reinke, Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, Lehrstuhl für Landschaftsplanung, Landschaftsökologie und Umweltsicherung, darauf hin, dass auch im Landkreis Freising der Ausbau Erneuerbarer Energien und zugleich der Biodiversitätsschutz engagiert weiterverfolgt werden. Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) kämen dabei eine hohe Bedeutung zu, denn Oberbayern

sei aufgrund der hohen Globalstrahlung für PV-Anlagen besonders gut geeignet.

Nach Schätzungen des Landkreises und der Energieversorger sind rund 800 Hektar Photovoltaikflächen in den nächsten Jahren nötig, um die Ausbauziele für Erneuerbare Energien im Jahr 2030 zu erreichen. Dies entspricht etwa einem Prozent der Gesamtfläche des Landkreises Freising. Es gehe darum, diese 800 Hektar Photovoltaik möglichst umweltverträglich zu bauen. Dazu gehöre etwa die Prüfung, ob dies etwa auch in wiedervernässten Flächen des Freisinger Moores sinnvoll wäre, betonte Reinke.

Nach seiner Einschätzung stellen PV-Freiflächenanlagen bei einer guten Ausführung und einem naturschutzfachlich soliden Nutzungsmanagement keineswegs einen monofunktionalen Flächenentzug für die Energiegewinnung dar; vielmehr ergäben sich im Rahmen einer multifunktionalen Nutzung Potenziale, die Energieerzeugung mit der Schaffung von Biodiversität und neuen Habitatstrukturen für Tierarten etc. zu kombinieren.

Experten seien sich einig, dass etwa auf Brachflächen oder an Lärmschutzwänden der Aufbau von Photovoltaik einen Zusatznutzen generieren kann. Besonders profitieren könnten auch Sonderkulturen wie Hopfen, Obst- oder Beerenplantagen, so der Wissenschaftler. Setze man die einzelnen Zeilen einer Freiflächen-PV-Anlage etwas weiter auseinander, wäre das Entstehen eines Lebensraums für „sonnenhungrige“ Eidechsen denk-

bar. Wichtig sei die Gewissheit, dass Natur und Landschaft trotz der Energieproduktion geschützt werden.



DVL-Vorsitzende Maria Noichl MdB.
Bild: Sebastian Libuda

Ausgezeichnete „Innovative Projekte“

Für ihre herausragenden Leistungen zum Erhalt und zur Entwicklung der Kulturlandschaften wurden im Rahmen des Deutschen Landschaftspflegetags unter anderem zwei Projekte ausgezeichnet. Der erste Preis der Kategorie „Innovative Projekte“ ging an die Lokale Aktion Kuno e. V. (Schleswig-Holstein) für das Projekt „Grünlandwirtschaft Moor“. Über den zweiten Preis durfte sich die Informationskampagne „NATURA 2000 | Lebensraum für Mensch und Natur“ des Landschaftspflegeverbandes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Sachsen) freuen. **DK**

Sieger des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“

Die Landessieger des 27. Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ stehen fest. Nach Angaben des StMELF gehen die Goldmedaillen an Huglfing (Landkreis Weilheim-Schongau), Meinheim (Landkreis Weilburg-Gunzenhausen) und Zedtwitz (Gemeinde Feilitzsch, Landkreis Hof). Die drei Golddörfer werden Bayern im nächsten Jahr beim Bundesentscheid vertreten.

Eine Silbermedaille erhalten Auernhofen (Gemeinde Simmershofen, Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim), die Gemeinde Bodenwöhr (Schwandorf), die Gemeinde Ehingen am Ries (Donau-Ries), die Gemeinde Fuchsstadt (Bad Kissingen), die Gemeinde Kollnburg (Regen), der Markt Mitwitz (Kronach), sowie der Markt Thurnau (Kulmbach). Fünf weitere Kommunen werden mit

Bronze ausgezeichnet: Jägerwirth (Markt Fürstentzell, Landkreis Passau), Kehlbach (Gemeinde Steinbach am Wald, Landkreis Kronach), Schönberg (Gemeinde Rottenbuch, Landkreis Weilheim-Schongau), Gemeinde Schorndorf (Landkreis Cham), und Gemeinde Wipfeld (Landkreis Schweinfurt).

Darüber hinaus werden fünf Sonderpreise verliehen. Den Sonderpreis des Bayerischen Land-



Staatsministerin Michaela Kaniber.
Bild: Hauke Seyfarth/StMELF

wirtschaftsministeriums erhält Kehlbach (Gemeinde Steinbach am Wald, Landkreis Kronach) für das Bewahren seines Erscheinungsbildes als „Wald-Hufendorf“. Der Sonderpreis des Bayerischen Landesverbands für Gartenbau und Landespflege e.V. wird Bodenwöhr (Schwandorf) für den grünen Friedhof mit Geburtsbäumen und Urnengräbern zuteil. Der Sonderpreis des Verbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e.V. geht an Auernhofen (Gemeinde Simmershofen, Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim) für die hochwertige Gestaltung des Dorfkerns. Mit dem Sonderpreis der Bayerischen Architektenkammer wird der Markt Thurnau (Landkreis Kulmbach) für verantwortliches Weiterbauen im Bestand sowie die qualitative Sanierung und Nutzung des Schlossbereiches ausgezeichnet. Der Sonderpreis des Bayerischen Jugendrings geht an Kollnburg (Landkreis Regen) für die beständige Förderung der Jugendarbeit und ihres Einsatzes für soziale Belange.

Bedeutendste Bürgerinitiative

Staatsministerin Michaela Kaniber wird allen 15 Siegerdörfern ihre Preise am 29. Oktober in Veitshöchheim bei einer Abschlussfeier überreichen. Insgesamt hatten sich am Wettbewerb, der alle drei Jahre stattfindet, 168 Dörfer aus dem gesamten Freistaat beteiligt. Der Dorfwettbewerb ist nach Kanibers Worten „die bedeutendste Bürgerinitiative Bayerns“, die seit Jahrzehnten wirkungsvoll dazu beitrage, die Lebensqualität in den Gemeinden zu verbessern. **DK**



Tag der Kommunen in Moosburg

Rund um das Thema „Rinnensanierung leicht gemacht“ ging es beim Tag der Kommunen im oberbayerischen Moosburg a. d. Isar. Knapp 40 Teilnehmer, überwiegend Bauhofleiter und Bürgermeister aus allen Teilen Bayerns, wohnten der Praxisvorführung der Firma Schlamp Kommunalienleistungen bei. Unterstützt wurde diese von ihren Partnern Schwarz & Sohn sowie der Juralith Baustoff-GmbH. Unser Bild zeigt von links: Thomas Schlamp (Schlump Kommunalienleistungen GmbH), Johannes Baumann (Firma Schwarz & Sohn) und Markus Greimel (Juralith Baustoff-GmbH). Ein ausführlicher Bericht folgt in Ausgabe 23 der Bayerischen Gemeindezeitung. **Text und Bild: DK**



Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwasch-

geräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Fair, fair, fair sind alle unsere Kleider

3. Fair Trade Werkstatt der Metropolregion Nürnberg setzt Akzente: 80 Teilnehmende wollen die nachhaltige öffentliche Beschaffung weiter ausbauen

Ob im Bauhof, im Klärwerk oder auf Grünanlagen – nachhaltige Arbeitskleidung für kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist auf dem Vormarsch. Das zeigte die Erfassung nachhaltiger Beschaffungen, an der sich für das Haushaltsjahr 2021 insgesamt 35 Städte, Gemeinden und Landkreise beteiligten und in der Textilien eine wichtige Rolle spielen. Mit der Frage „Wie können wir gemeinsam die öffentliche Beschaffung noch nachhaltiger gestalten?“ befassten sich rund 80 Teilnehmende aus Kommunalverwaltungen, kommunalen Eigenbetrieben und Agenda-Gruppen der Region im September in der Gastgeberstadt Nürnberg.

„Nürnberg ist seit 12 Jahren Fairtrade Stadt und seit Anfang 2020 aktiv beim Pakt für nachhaltige Beschaffung dabei. Mit diesem Pakt setzen die Kommunen der Metropolregion Nürnberg ein Zeichen für den Fairen Handel und nachhaltige Beschaffung. Im letzten Jahr haben 35 Kommunen nachweislich 8,8 Millionen Euro nach sozialen und ökologischen Kriterien nachhaltig eingekauft.“, so Britta Walthelm, Geschäftsführerin Forum Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung der Metropolregion Nürnberg und Referentin für Umwelt und Gesundheit der Stadt Nürnberg. Geehrt wurden bei der Fair Trade Werkstatt die Kommunen, die bei der Erfassung im kommunalen Vergleich besonders erfolgreich abgeschnitten haben: die Stadt Fürth, Markt Roßtal sowie die Städte Nürnberg und Neumarkt i.d.OPf.

In Markt Roßtal ist faire Arbeitskleidung bei rund 25 kommunalen Mitarbeitenden im Bauhof, im Klärwerk und im Wasserwerk sowie bei dem Liegenschaftshausmeister im Einsatz. Die Gemeinde wählte einen Hersteller aus, der Mitglied in der Stiftung Fair Wear Foundation (FWF) ist. Diese Stiftung wird von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Handels- sowie Herstellerorganisationen getragen. Ziel ist, die Arbeitsbedingungen in Unternehmen der Textilindustrie, vor allem Nähbetrieben, weltweit zu verbessern.

270 Mitarbeitende der Stadt Fürth in der Abfallwirtschaft, dem Grünflächenamt und Tiefbauamt tragen nachhaltig beschaffte Arbeitskleidung. Die Produkte sind mit dem staatlichen Siegel Grüner Knopf ausgezeichnet. Der Baumwollanteil der Kleidung beträgt über 50 Prozent, die Baumwolle stammt aus dem Fairtrade Baumwollprogramm über das die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bäuerinnen und Bauern verbessert werden. Bei der Beschaffung wurde außerdem die ökologische Nachhaltigkeit des Unternehmens einbezogen, etwa für CO2-Neutralität oder die Zertifizierung mit einem Umweltmanagementsystem. Die Stadt Nürnberg hat Arbeitskleidung für rund 300 Beschäftigte der Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg (SUN) beschafft. Die Kleidung wurde als Mietmodell ausgeschrieben, so dass ein externer Anbieter die regelmäßige Wäsche und Pflege der Kleidung übernimmt. Als Mindestkriterien wurde bei der Beschaffung zum einen auf schadstofffreie Textilien durch den Standard 100 von OEKO-TEX gesetzt sowie auf die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation. Im Rahmen der Wertungskriterien wurden zudem höherwertige Gütesiegel mit zusätzlichen Punkten positiv berücksichtigt.

Faire Kleidung seit 2019

Wegbereitend für den Einsatz nachhaltiger Textilbeschaffung war die Stadt Neumarkt i.d.OPf., die bereits seit 2019 auf fair produzierte Arbeitskleidung setzte und sich seit vielen Jahren für den Fairen Handel als erste Fair-

trade Town in Bayern einsetzte. Die Werkstatt bot ein abwechslungsreiches Programm aus Workshops und Infoständen, unter anderem zu fairem Stadtmarketing, nachhaltigem Veranstaltungsmanagement und Wegen zu einer klimaneutralen Verwaltung. Ermöglicht wurde die Veranstaltung durch die Projektförderung von Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt mit Mitteln

des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Auch die Veranstaltungspartner Fairtrade Deutschland und das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung in Bayern gestalteten den Tag aktiv mit.

Highlight 2023

Das nächste Veranstaltungshighlight steht bereits fest – beim 3. Fair Trade Gipfel der Metropolregion am 05. Oktober 2023 in der Stadt Fürth wird Bilanz zu vier Jahren Pakt zur nachhaltigen Beschaffung gezogen. Am gleichen Tag wird in Fürth die bundesweite Auszeichnung ‚Hauptstadt des Fairen Handels‘ von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt verliehen, da aktuell die Stadt den Titel trägt. □

Stadt Bamberg bald 80.000 Einwohner

Ein Grund für den Bevölkerungsanstieg ist auch die hohe Belegungszahl des Ankerzentrums. OB Starke fordert deshalb eine gleichmäßigere Verteilung der Geflüchteten.

Die Stadt Bamberg bewegt sich mit großen Schritten auf die 80.000-Einwohner-Marke zu. Hatte das Bayerische Landesamt für Statistik zum 31. Dezember 2021 noch 77.749 Einwohner und Einwohnerinnen in der Welt erbostadt verortet, so errechnete es nun für den Stichtag 30. Juni 2022 eine Einwohnerzahl von 79.034 Menschen. Das ist der höchste Wert in der Geschichte der Stadt und entspricht einer Zunahme von 1.285 Personen innerhalb eines halben Jahres.

Wie die Verteilung der Geschlechter zeigt, ist die Stadt Bamberg weiblich geprägt, denn es leben aktuell gut 2.300 Frauen (gesamt 40.676) mehr in der Stadt als Männer (38.358). „Bei aller Freude darüber, dass wir die magische Marke von 80.000 Einwohnern wohl bald knacken werden, mahnt uns diese Entwicklung auch, mit unserer Infrastruktur Schritt zu halten, gerade was die Versorgung mit Kita-Plätzen und günstigem Wohnraum betrifft. Hier machen wir unsere Hausaufgaben“, sagt OB Andreas Starke, der vor einer Euphorie warnt und zu „einem realistischen Blick auf die Zahlen“ rät.

OB: „Beobachten die Entwicklung mit Sorge“

Wie kommt es zu dem signifikanten Anstieg in der ersten Hälfte des Jahres? Die Leiterin des Einwohnermeldeamtes, Karoline Zapf, nennt drei Gründe dafür: Erstens sind unter den Neubürger:innen auch die Geflüchteten aus der Ukraine erfasst, die nach dem Kriegsausbruch ih-

re Heimat verlassen und in Bamberg eine Unterkunft gefunden haben. Zweitens macht sich hier der Ausklang der Corona-Pandemie bemerkbar, der vor allem für eine verstärkte Rückkehr der Studierenden gesorgt hat. Und drittens haben auch die Belegungszahlen des Ankerzentrums Oberfranken im Sommer zugenommen. „Diese Entwicklung beobachten wir allerdings mit Sorge, denn mittlerweile lebt in Oberfranken jeder vierte Flüchtling in Bamberg. Das führt auch zu sozialen Spannungen“, erklärt Starke und fordert hier eine gleichmäßigere Verteilung auf alle Kommunen gemäß der Asylverfahrensverordnung.

Der Oberbürgermeister nutzte eine Videokonferenz am Anfang der Woche, um der Regierungspräsidentin sowie den beteiligten oberfränkischen Landräten die „besondere Situation und die erheblichen Belastungen der Stadt Bamberg zu schildern“.

Hintergrund: Die amtlichen Einwohner-Zahlen

Zweimal im Jahr veröffentlicht das Bayerische Landesamt für Statistik die amtlichen Einwohner-Zahlen der bayerischen Kommunen. Es stützt sich dabei auf die Daten der letzten offiziellen Bevölkerungszählung und aktualisiert diese auf Grund der von den Kommunen gemeldeten Zuzüge, Abgänge, Geburten und Todesfälle. Die aktuelle Grundlage bildet noch der Zensus 2011. Die mit dem neuen Zensus 2022 erhobenen Daten werden voraussichtlich ab 2023 zur Verfügung stehen. □

Fairness in der Kaffeetasse

Zum „internationalen Tag des Kaffees“ werben die Bezirks-Cafés für fairen Handel

Beim Bezirk Unterfranken guckt man gerne über den Rand der Kaffeetasse hinaus. Der „Internationale Tag des Kaffees“ ist für das Café Balthasar in Schloss Werneck sowie für das Bistro am Sommerberg in Lohr am Main daher ein Pflichttermin in Sachen fairer Handel. Am Dienstag, 4. Oktober, wurden in den beiden beliebten Gastro-Betrieben ausschließlich Fairtrade-Kaffeebohnen verwendet – egal ob es dabei um den klassischen Filterkaffee ging oder um Spezialitäten wie Espresso oder Cappuccino.

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel sieht in der Unterstützung fairen Handels ein wirkungsvolles Instrument zur Armutsbekämpfung: „Dank der garantierten Mindestpreise können die

Produzentinnen und Produzenten im globalen Süden von ihrer Arbeit menschenwürdig leben.“ Das Engagement des Bezirks zeigt sich auch darin, dass Unterfranken der erste Bezirk Deutsch-

lands war, der offiziell als „Fairtrade-Region“ anerkannt wurde.

Achtzig Prozent des Kaffees werde von 25 Millionen Kleinbauernfamilien produziert, die weniger als zehn Hektar Land besäßen, so Dotzel weiter. Viele lebten von weniger als zwei US-Dollar pro Tag und seien mit vielen Problemen konfrontiert, von denen man sich in Europa kaum ein Bild mache. Fairtrade helfe den Kleinbauern, sich aus dieser Not zu befreien.

Bei Fairtrade schließen sich die Kleinbauern zu Kooperativen zusammen. Dadurch bündeln sie Know-how, investieren gemeinsam und verbessern ihre Verhandlungsposition. Dadurch erzielen sie stabile Mindestpreise

und verschaffen sich Spielräume für Investitionen.

Fair gehandelter Kaffee seit fünf Jahren

Dabei war der Bezirk Unterfranken in Sachen fairer Handel schon seiner Zeit voraus: seit fünf Jahren wird in den Küchen der Kliniken in der Trägerschaft des Bezirks in Lohr am Main, Würzburg, Werneck und Münnerstadt sowie in der sogenannten Versorgungszentrale auf dem Heuchelhof, die die Dr. Karl-Kroiß-Schule, die Schulvorbereitende Einrichtung und das Körperbehindertenzentrum beliefert, fair gehandelter Kaffee verwendet. (mm)

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Die Klosterdorfsgemeinde Speinshart mit 1.132 Einwohnern, eine typisch ländlich geprägte Gemeinde mit zehn Dörfern und drei Weilern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Das Amt des ehrenamtlichen Bürgermeisters habe ich am 1.5.1996 mit 33 Jahren angetreten. Jetzt bin ich im 27. Bürgermeisterjahr und habe dabei immer noch viel Freude und Begeisterung. Zudem darf ich seit Juni 2014 das Amt des stellvertretenden Landrats des Landkreises Neustadt an der Waldnaab ausüben.



Albert Nickl

Erster Bürgermeister der Gemeinde Speinshart

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich bin gelernter Bankkaufmann und habe in meiner Bürgermeisterzeit bis 30.06.2020 in Teilzeit als Sparkassenfachwirt gearbeitet.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

In der Kommunalpolitik kann man etwas bewegen und gestalten. Zudem kann man den Bürgerinnen und Bürgern oftmals direkt vor Ort helfen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Von Jugend an war ich schon immer an der Politik interessiert. Mit 16 Jahren bin ich der Jungen Union beigetreten und habe zur Wahl als Bürgermeister bereits sechs Jahre den mitgliederstärksten JU-Kreisverband Bayerns geführt. Zudem war ich vor der Wahl zum Bürgermeister bereits sechs Jahre im Gemeinderat und Sprecher der CSU-Fraktion. Ferner wurde ich 1990 als jüngster Kreisrat des Landkreises Neustadt a.d.W. gewählt und gleich zum Geschäftsführer der CSU-Kreisfraktion berufen. Sowohl in meinem Beruf als Bankkaufmann als auch in kommunalpolitischen Funktionen habe ich viel gelernt und Kontakte geknüpft die mich zur Arbeit des Bürgermeisters hingeführt und diese auch erleichtert haben.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Fortführung der bereits begonnenen Kanalisation und der baldige Bau einer Kläranlage damit die Abwässer der Gemeinde Speinshart erstmals vollbiologisch gereinigt wurden. Diese Investition mit Anschluss von acht Ortschaften an die neu zu erbauende Kläranlage war zugleich die größte gemeindliche Investition der Klosterdorfsgemeinde Speinshart in ihrer gesamten Geschichte.

Der eingeleiteten und von vielen zunächst mit Skepsis beurteilten Dorferneuerung Speinshart zum Durchbruch zu verhelfen und zu einer ganzheitlichen Dorferneuerung für die ganze Gemeinde zu machen. Hilfe zur Selbsthilfe zu verstehen und sie intensiv zu nutzen und viele Bürger zu überzeugen auch mitzumachen. Die Herkulesaufgabe der Sanierung des Klosters Speinshart, welche kurz vor meinem Antritt mit dem ersten Bauabschnitt gestartet wurde, gut zu begleiten und mitzuhelfen, dass auch die weiteren Bauabschnitte erfolgreich umgesetzt werden können. Gemeindepolitik für die gesamte Gemeinde zu machen, das heißt in allen Teilen der Gemeinde etwas zu machen und damit alle Ortschaften auch voran zu bringen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Die Fortentwicklung der Begegnungsstätte Kloster Speinshart zu einem Begegnungs- und Wissenschaftszentrum Kl. Speinshart als Ort des

Glaubens, der Kultur und Begegnung zu einem Ort weiter zu entwickeln, an dem sich Wissenschaftler aus der ganzen Welt treffen, austauschen, fortbilden und neue Entwicklungen einleiten. Künstliche Intelligenz ist die Zukunft, und wir wollen dass etwas von dieser Zukunft künftig auch in Speinshart geschmiedet wird.

Grundschule und Kindergarten sind ständige Aufgaben, sie modern und zukunftsorientiert auszustatten und sie optimal zu begleiten hat oberste Priorität. Denn beide Einrichtungen prägen die jungen Menschen und

sind entscheidend, dass sie später erfolgreich im Leben bestehen. Wohlfühlbereiche im Kinder- und Jugendalter begünstigen eine spätere Standortentscheidung der jungen Menschen für unsere Heimat.

Der Energieumbau fordert insbesondere auch die Flächengemeinden den alternativen Energien eine Chance zu geben. Ebenso hat Energiesparen und die energetische Sanierung aller gemeindlichen Gebäude hohe Priorität.

Glasfaser in alle Haushaltungen zu bringen und die Funkversorgung noch zu optimieren, denn beide Systeme müssen optimal funktionieren und sind somit wichtige Standortvorteile für unsere Gemeinde.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Durch die Coronazeit ist eine gewisse Müdigkeit vieler Menschen im Vereins- und ehrenamtlichen Bereich eingetreten. Eine Schwerpunktaufgabe ist für uns, die Menschen wieder zu motivieren und damit das gesellschaftliche und kulturelle Leben wieder zu aktivieren. Die Coronazeit hat uns auch gezeigt, wie wertvoll ein funktionierendes Gesellschaftsleben ist. Aktivitäten die selbst mitgestaltet und geprägt werden, haben sowohl für die Besucher als auch die Veranstalter mehr innere Qualität.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Alle Aufgaben mit Herz und Leidenschaft zu machen. Die Bürgerschaft spürt das.

Nicht nur reden, sondern etwas tun, denn die Bürgerinnen und Bürger merken auch schnell ob es nur Show ist, oder ob es ernst gemeint ist und Arbeit dahinter steckt.

Über den Tellerrand hinausschauen, nicht jede Gemeinde muss alles haben, entscheidend ist, das eine Region zusammenwächst und miteinander möglichst viel zu bieten hat.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Bei allen Entscheidungen immer das Gespräch mit den direkt Betroffenen suchen. Themenveranstaltungen oder Ortsteilversammlungen bieten dabei wichtige Einbindungsmöglichkeiten. Bereits frühzeitig bei den Entscheidungsfindungen offen zu informieren und möglichst viele Informationen transparent machen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Sie wird auch die Kommunalpolitik verändern und Verwaltungsvorgänge spürbar erleichtern. Damit haben wir auch die Chance, die Bürger noch mehr und aktueller zu informieren und sie einzubinden.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Immer optimistisch sein, dann kann man auch viel erreichen.

Allen Menschen recht getan ist eine Kunst die niemand kann.

Hartnäckigkeit lohnt sich.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Das ist nicht mein Ziel, mein Ziel ist unsere Klosterdorfsgemeinde zu einer sehr lebendigen, lebens- und liebenswerten Heimat fort zu entwickeln. □



Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel wirbt für fair gehandelten Kaffee.

Bild: Bezirk Unterfranken



Christine Borst, Kraillings Bürgermeisterin a.D. und Frauenbeauftragte der KPV der CSU, (5.v.l.) hat die Initiative „Starke Kommunalpolitikerinnen braucht das Land“ ins Leben gerufen. Gemeinsam mit Expertinnen der EAF Berlin wird ein Konzept entwickelt, um Engagierten den Sprung in die Kommunalpolitik zu erleichtern. Unser Bild zeigt v.l. Philine Blees, Stadträtin Stadt Immenstadt i. Allgäu, Konstantin Berghaus, KPV, und Sebastian Franz, KPV-Geschäftsführer, Stv. Generalsekretärin der CSU, Tanja Schorer-Dremel, MdL, Christine Borst, Dr. Helga Lukoschat und Manuela Möller, beide EAF Berlin, Gerlinde Sigl, Bürgermeisterin a.D. Lengdorf, Kathrin Alte, Bürgermeisterin Anzing und der persönliche Referent der Generalsekretäre, Thomas Mittermeier.

Bild: CH

Bundesweites Aktionsprogramm Kommune:

Frauen in die Politik!

Entwicklungsregion Hesselberg ist einzige bayerische Partnerregion

Frauen in die Politik! Das ist das Ziel des Ende 2021 gestarteten Aktionsprogramms Kommune. Denn insbesondere in der Kommunalpolitik entscheiden noch immer viel zu wenig Frauen über die Geschicke ihrer Gemeinde, ihrer Stadt oder ihres Landkreises. Gerade in der Kommunalpolitik, wo die Demokratie ihre Basis hat, sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. In den kommunalen Vertretungen liegt der bundesweite Frauenanteil bei etwa 27 Prozent, bei den Bürgermeisterinnen um die zehn Prozent und bei den Landrätinnen sogar nur bei 9,5 Prozent (Stand 2019). Dabei sind für die Entwicklung zukunftsfähiger Kommunalpolitik auch insbesondere die Sichtweisen, Erfahrungen und Kompetenzen von Frauen gefragt.

Zehn deutsche Modellregionen, darunter die Entwicklungsregion Hesselberg (Landkreis Ansbach/Mittelfranken) als ein-

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK FINANZ

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 56 vom 01.01.2022

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

zige Partnerregion aus dem Freistaat Bayern, haben sich genau das zum Ziel gesetzt und wollen den Anteil von Frauen in den kommunalen Vertretungen (Stadt- und Gemeinderäte sowie Kreistage) sowie der haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Landrätinnen nachhaltig erhöhen. Daher nimmt das überregionale und überparteiliche Aktionsprogramm nicht nur Frauen in den Blick, sondern will auch dazu beitragen, strukturelle Veränderungen anzustoßen, die sich positiv auf die Teilhabe von Frauen und die Akzeptanz und Attraktivität von Kommunalpolitik insgesamt auswirken können. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den ländlichen Regionen. In zwei Durchgängen werden jeweils zehn Regionen ausgewählt und über eineinhalb Jahre beraten und begleitet. Der erste Turnus findet von Januar 2022 bis Sommer 2023 statt, der zweite von Januar 2023 bis Sommer 2024.

Für Einsteigerinnen und Mandatsträgerinnen

Das regionale Mentoring-Programm richtet sich an politisch interessierte Einsteigerinnen oder frisch gewählte Mandatsträgerinnen und will sie auf ihrem Weg in die Politik stärken. Dazu zählt die Begleitung einer erfahrenen Politikerin oder Politiker ebenso wie die Unterstützung durch Mentoren, die aufgrund ihrer Erfahrungen und Kontakte Mut machen, sich politisch zu engagieren und selbstbewusst in den Routinen der Politik zu bewegen.

Gefördert wird das Programm mit seinen gezielten Förder- und Vernetzungsaktivitäten vom Bundesgleichstellungsministerium, durchgeführt wird es von der EAF Berlin – Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin in Kooperation mit dem Deutschen LandFrauenverband. Als Unterstützer fungieren Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städtetag sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsbeauftragten.

Die ausgewählte Region Hesselberg besteht aus insgesamt 19 Gemeinden, die zuvor bereits Teil der sogenannten Entwicklungsgesellschaft der Region Hesselberg waren. Diese arbeitet überregional an Zukunftsthemen für

die Region. Eines dieser Themen ist nun auch die Gewinnung von mehr Frauen für die Kommunalpolitik, denn der Frauenanteil in den dortigen Kommunalgremien liegt mit 18 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Laut Dürrwangens Erstem Bürgermeister Jürgen Konsolke will die Partnerregion Hesselberg mit ihrer Teilnahme die Menschen in der Region mit und ohne Amt für diese vielschichtige Thematik sensibilisieren und ein Problembewusstsein schaffen. „Wir wollen mit Mandatsträgerinnen ins Gespräch kommen, aus ihren Erfahrungen lernen und Möglichkeiten zur Vernetzung und zum Austausch schaffen und verstetigen. Dabei freuen wir uns besonders auf neue Impulse von außen und einen hoffentlich regen Austausch mit den anderen Regionen“, berichtet Konsolke.

Eine erste Gelegenheit hierzu gab es im Sommer im Rahmen eines vom Deutschen LandFrauenverband organisierten Werkstattgesprächs. Nachdem im Frühjahr die Lenkungsgruppe erstmals in Präsenz zusammenkam und im Rahmen der offiziellen Auftaktveranstaltung einen Aktionsplan für die Region Hesselberg erarbeitete, wurden in Herrieden sowohl interessierte Frauen und Männer als auch erfahrene Politiker sowie Mandats- und Entscheidungsträger der Region eingeladen und aufgefordert, über das Thema „Gute Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik schaffen“ nachzudenken und zu diskutieren.

Attraktive und flexible Rahmenbedingungen

Rund 20 Teilnehmer tauschten sich unter der Leitung der Trainerin und Helene-Weber-Preisträgerin Dorothea Maisch intensiv über die Rahmenbedingungen von Frauen in der Kommunalpolitik allgemein und im Raum Hesselberg aus. In Übungen und Gesprächen ging es insbesondere um die Frage, was die vielen engagierten Frauen vor Ort von einer aktiven Teilnahme am politischen Leben abhält, sind doch bei einem Blick in den vorpolitischen Raum (z.B. Sportvereine, Freiwillige Feuerwehr, Elternräte) zahlreiche engagierte Frauen zu finden. Damit diese auch den Sprung ins kommunalpolitische Engagement wagen, müssen die Rahmenbedingungen jedoch attraktiver und flexibler gestaltet werden, etwa durch mehr hybride Sitzungen oder Kinderbetreuungsmöglichkeiten, laute der Tenor.

Paritätische Besetzung von Wahllisten

Gleichzeitig sollten engagierte Frauen gezielt angesprochen und durch Frauennetzwerke gestärkt

GZ PINOS WELT

Haben Sie es gelesen? Die Bayerische Gemeindezeitung veranstaltet nach langer, allzu langer Zeit mal wieder ein Schafkopfturnier! In normalen Zeiten gehört ein zünftiger Schafkopf essentiell zur bayerischen Mentalität – jedenfalls zur altbayerischen. Kaum eine Behörde, Verein oder größere Firma, die früher nicht wenigstens einmal im Jahr ein Schafkopfturnier veranstaltet hätte. Eine Gelegenheit zum geselligen Kennenlernen und zur Herausbildung einer ganz eigenen Hierarchie. Schließlich ist der Sieger so eines Turniers eine Art ungekrönter König und auch sonst gilt: Je besser man abschneidet, desto höher das Sozialprestige. Der Bürgermeister fiebert schon dem Turnier entgegen. Schließlich konnte er seine Meisterschaft in dieser Königsklasse der Kartenspiele jetzt zwei Jahre nur mit dem Kämmerer, dem Kreisbrandmeister und dem



nachhaltigen Brennstoff anzuerkennen, bis hin zur Forderung, Holzfeueranlagen zu verbieten und die Wälder so zu bewirtschaften, dass daraus kein Feuerholz mehr gewonnen werden kann. Zunächst eine unsachliche Vorbemerkung: Niemand, der zum Genuss fähig ist, kann einem Verbot von Holzfeuer das Wort reden. Was gibt es Schöneres, als die wärmende Hitze eines Kachelofens zu spüren, die in die verfrorenen Glieder eintaucht und nur wohlige Wohlfühlen hinterlässt. Vom Duft ganz zu schweigen!

Holz zu verbrennen, um damit Energie zu erzeugen, ist so alt wie die auf Feuer basierende Menschheitsgeschichte selbst. Schließlich ist davon auszugehen, dass Prometheus den Sterblichen einen brennenden Holzsplit übergeben hat und keinen Sonnenkollektor made in China. Und natürlich hatte das Verfeuern von Holz Auswirkungen auf die Umwelt. Das zeigen schon älteste Funde der Metallverhüttung. Ganze Wälder wurden gerodet, um Bauholz für Schiffe zu gewinnen oder Stützbalken für Erz- oder Salzgruben. Erz muss geschmolzen, Sole gekocht werden – wieder Holz.

Aber heutzutage werden Wälder nachhaltig bewirtschaftet und der Waldbestand wächst, trotz Nutzung. Gut, verbranntes Holz rußt und beim Verbrennen wird das CO₂ auf einen Schlag frei, das sich beim Wachsen der Bäume erst wieder zäh einlagern muss. Aber welche Art von Energieerzeugung hat keine nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt? Nur zwei von einer ganzen Reihe von Aspekten: Sonnenkollektoren brauchen Seltene Erden, Windräder bedeuten jede Menge Schrott, wenn die Lebensdauer abgelaufen ist.

Meines Erachtens sollte man, statt auf das alarmistische Geschrei von Berufs-Ökos zu hören, mal alle Formen der Energiegewinnung einem Umweltverträglichkeitstest unterziehen und dann gegeneinander abwägen. Denn keine wird ohne Vor- und Nachteile sein. Und dann auch noch Mensch bleiben und genießen, wie es uns Alfons von Kastilien hinterlassen hat: „Vier gute Dinge sind in der Welt – altes Holz, um Feuer zu machen, alter Wein, um ihn am Feuer zu trinken, alte Bücher, um darin zu lesen und alte Freunde, um ihnen zu vertrauen.“

Ihr Pino

werden. Hierbei dürfe auch die Zielgruppe der Kandidaten nicht vergessen werden. Frauen (und auch Männer), die sich bereits für eine Wahl haben aufstellen lassen und keinen Platz bekommen haben, sollten ebenfalls einbezogen werden. Sie seien bereits mutige und engagierte Menschen, die bis zur nächsten Wahl aufgebaut und unterstützt werden könnten. Denn auch in der Kommunalpolitik deutet sich angesichts des demografischen Wandels ein Generationenwech-

sel an und letztlich gehe es somit auch um die Frage der Nachwuchssicherung – für die öffentliche Verwaltung ebenso wie für die Parteien. Auch das Thema der paritätischen Besetzung von Wahllisten wurde intensiv erörtert und von den Teilnehmern als ein wirksames Hilfsmittel eingestuft, um den Frauenanteil zu steigern.

Wie Familie, Beruf und Politik unter einen Hut zu bekommen sind und welche Veränderungen es lokal braucht, um

diesen Balanceakt zu vereinfachen, war Gegenstand einer abschließenden Diskussionsrunde. Über ihre Erfahrungen berichteten Edith Stumpf (Bürgermeisterin der Gemeinde Mönchsroth), Christine Reitelshöfer (Deutscher LandFrauenverband), Lisa Renz-Hübner (Bundestagskandidatin der Grünen für Ansbach), Stefan Horndasch (stellvertretender Landrat Ansbach), sowie Sophia Kraft (ehemalige Stadträtin in Leipzig und Mentorin in der Region Hesselberg). **DK**

Schwabentag in Aichach:

Wiege der Wittelsbacher

Beim Schwabentag standen Aichach und die Wittelsbacher im Mittelpunkt. Unter dem Motto „Aichach - Wiege der Wittelsbacher“ erwartete die zahlreichen Besucher mittelalterliches Lagerleben, regionale Spezialitäten, Führungen, ein Bühnenprogramm und Mitmachaktionen für Kinder. Außerdem konnten bis Mitternacht kostenlos Museen und Ausstellungen besichtigt werden, denn die beliebte Museumsnacht wurde auf den Schwabentag vorverlegt.

Im Jahr 1347, vor 675 Jahren, verließ Kaiser Ludwig der Bayer „unser Stadt Aichach“ das Stadtrecht. Grund genug, der Stadt Aichach in diesem Jahr ein besonderes Fest zu widmen. Nach der Eröffnung von Bürgermeister Klaus Habermann erwartete die Besucher zur Schwabentag-Museumsnacht nicht nur die neue Ausstellung „Aichach – Wiege der Wittelsbacher“ im FeuerHaus, sondern auch mittelalterliches Lagerleben mit Ritterspektakel, ein historischer Markt und Kulinarik, ein Bauernmarkt mit regionalen Spezialitäten, Führungen für Jung und Alt, ein hochwertiges musikalisches Bühnenprogramm sowie zahlreiche Mitmachaktionen für Kinder.

Geöffnet hatten auch alle Aichacher Museen: das Stadtmuseum, das Wittelsbacher Museum, das FeuerHaus und das Sisi-Schloss. Es gab jeweils Führungen und kleine Kinderprogramme. Auch das Aichacher „Grubet“ wurde bei der Schwabentag-Museumsnacht wieder eingebunden. Dort konnte das archäologische Freigelände unter fachkundiger Führung (neu) entdeckt werden.

Direkt am Rathaus fanden die Besucher einen Info-Bereich mit Ständen der Stadt Aichach und des Bezirks Schwaben vor. Die Trachtenkultur-Beraterin des Bezirks, Monika Hoede, gab Einblicke in historische Handwerkstechniken und Christoph Lambert, Leiter der Beratungsstelle für Volksmusik, gab mit seiner Kapelle „Massanari“ bayerisch-schwäbische Tanzmusik zum Besten. Darüber hinaus gab es die Gelegenheit, sich am Bezirksstand mit Bezirksheimatpfleger Christoph Lang auszutauschen und mehr über den Bezirk Schwaben zu erfahren.

Der Schwabentag findet seit 2008 jährlich an wechselnden Orten in Schwaben statt. Er richtet sich vorrangig an die schwäbischen Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen erfahren, welche Vielfalt und Werte die schwäbische Heimat über die eigene Region hinaus bereithält. Ausrichter sind Städte und Gemeinden in Kooperation mit dem Bezirk Schwaben.

Unter dem Motto „Seelische und körperliche Gesundheit“ wird 2023 Dillingen Gastgeber des Schwabentags sein. Die Große Kreisstadt an der Donau trägt den Ehrentitel „Stadt der Caritas“, der zum Ausdruck bringt, welchen Stellenwert Inklusion und Teilhabe für die Stadt besitzen. **DK**

Geschichte bewahren

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich überreichte den Denkmalpreis 2022 für die Instandsetzung der 200 Jahre alten Schmiede in Moosthenning

Für die vorbildliche Instandsetzung der ehemaligen Schmiede in Moosthenning (Landkreis Dingolfing-Landau) verlieh Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich den mit 7.500 Euro dotierten Denkmalpreis des Bezirks Niederbayern an Sonja und Elmar Spanner im Festsaal des Bezirksklinikums Mainkofen. Der Beschluss, das Ehepaar für ihre Verdienste auszuzeichnen, war in der Sitzung des Kultur-, Jugend- und Sportausschusses am 21. Juli unter dem Vorsitz von Bezirkstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl getroffen worden.

„Bau-Denkmal in unseren Städten und Gemeinden prägen das Bild unserer Heimat und schaffen damit Identität“, so der Bezirkstagspräsident. Aus diesem Grund verbeerte der Bezirk seit 2002 den Denkmalpreis an Hauseigentümer, die ihr denkmalgeschütztes Gebäude besonders vorbildlich instandgesetzt haben. Das Ehepaar Spanner habe mit der Sanierung der Moosthenninger Schmiede die Spuren alten Handwerks erhalten, das seit

Jahrhunderten die Geschichte prägen, bekräftigte Heinrich und ergänzte: „Sie haben ein Stück Niederbayern erhalten!“

Wiederverwendung ist nachhaltig

„Statt abzureißen und neu zu bauen, wäre es für unsere Umwelt wesentlich besser, das, was noch wiederverwendet werden kann, zu erhalten“, betonte Heinrich und verwies damit auf den

Nachhaltigkeitsgedanken. Wie schwierig und aufwändig die Instandsetzung des Moosthenninger Schmied-Anwesens war, erläuterte Bezirksheimatpfleger Dr. Maximilian Seefelder. Besonders sei, dass mit dem Wohngebäude auch die authentische Schmiede samt Ausstattung erhalten sei und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde.

Nach jahrelangem Leerstand der Moosthenninger Schmiede (Baujahr 1818) erbte Elmar Spanner das Anwesen. Gemeinsam mit seiner Frau Sonja entschied er sich für die Instandsetzung des für die Ortsgeschichte bedeutenden Gebäudes – mit dem

Ziel, das Haus nach der Sanierung selbst zu bewohnen. Um die Kosten für die Instandsetzung der alten Schmiede zu decken, waren neben öffentlichen Zuschüssen auch erhebliche Eigenmittel nötig. Daher verkaufte das Ehepaar Spanner ihr bisheriges Wohnhaus. Mit der Befundung, dem Planungs- und Instandhaltungskonzept wurde das renommierte Regensburger Büro für Denkmalpflege und Architektur von Monika Dietrich betraut.

Obwohl die Werkstatt seit dem Tod des Großvaters 1969 nicht mehr in Betrieb war, sei die Schmiede voll funktionsfähig, so Spanner. In absehbarer Zeit solle die Moosthenninger Schmiede als Handwerksmuseum des Orts beispielsweise für Schulklassen und andere Interessierte geöffnet werden. – sb –



Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (2. v. r.) und Bezirkstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl (3. v. r.) mit Elmar Spanner (vorne links, dahinter Anton Kargel, Bürgermeister von Moosthenning); rechts im Bild: Johann Simeth, Mitglied des Gemeinderats. Bild: Bezirk Niederbayern, Bäter

Startschuss für neue Förderperiode:

INTERREG Bayern-Tschechien

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa – dieses Ziel verfolgt das Programm INTERREG Bayern-Tschechien. Für neue grenzübergreifende Projekte aus Bayern und Tschechien startet die Bewerbungsphase. Bis Dezember 2022 können die Projekte eingereicht werden; das Programm läuft bis 2027.

Es werden in den fünf Bereichen „Angewandte Forschung und Wissenstransfer“, „Anpassung an den Klimawandel und Umweltschutz“, „Kultur und nachhaltiger Tourismus“ und „Bessere Interreg Governance“ neue Projekte aus der bayerisch-tschechischen Region gesucht. Bis zum 14. Dezember sind Projektpartner aus folgenden Landkreisen und kreisfreien Städten aufgerufen, ihre grenzübergreifenden Konzepte

einzureichen: Amberg-Weizsach, Bayreuth, Cham, Deggendorf, Freyung-Grafenau, Hof, Kronach, Kulmbach, Neustadt an der Waldnaab, Passau, Regen, Regensburg, Schwandorf, Straubing-Bogen, Tirschenreuth, Wunsiedel im Fichtelgebirge sowie die Städte Amberg, Bayreuth, Hof, Passau, Regensburg, Straubing und Weiden in der Oberpfalz.

Weitere Informationen gibt es auf der Homepage: www.by-cz.eu.

Bayerische Wahlergebnisse

Bei den Landratswahlen in Kronach ist der bisherige Amtsinhaber Klaus Löffler (CSU) mit 96,4 Prozent der gültigen Stimmen als Landkreischef bestätigt worden. Es gab keine Gegenkandidaten. Etwa 54.000 Wahlberechtigte waren aufgerufen, ihre Stimme abzugeben.

Am Ende lag die Wahlbeteiligung bei lediglich 26,2 Prozent. 2016 hatte sie noch 52,9 Prozent betragen.

Auch Jürgen Mögele von der CSU hat bei der Bürgermeisterwahl in Gessertshausen (Landkreis Augsburg) sein Amt verteidigt. Obwohl sein einziger Herausforderer Michael Weh von einem breiten Bündnis aus SPD, Grünen, Freien Wählern und ÖDP getragen wurde, konnte dieser lediglich 40,2 Prozent auf sich vereinen. Amtsinhaber Mögele erreichte 59,8 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 61,1 Prozent. DK

Vorschau auf GZ 20

In unserer Ausgabe Nr. 20/2022, die am 20. Oktober 2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser - Abwasser
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Energie: Erzeugung - Beschaffung - Speicherung
- Öffentliche Beleuchtung - Straßenbeleuchtung
- Fachliteratur für Kommunen
- Kommunale Rechtsfragen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer **ZUSATZVERSORGUNG**

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
www.erlus.com

 Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsbs.de
www.etsbs.de

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung

erdgas schwaben
 sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**
 Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Martha Müller · 0711/900357-72 · windimwald@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
 Tel. 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
 Fahnen
 Masten
 Roll-Ups
 Bekleidung
 uvm.

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!

 DSGVO ext. DSB
 ext. ISB
 LSI-Siegel
 CISIS12
 Schulungen
 eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

insidas
 INFORMATIONSSICHERHEIT DATENSCHUTZ
 Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet? Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit. Tel.: 0871 205494-0 oder vertrieb@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
 Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de **schweitzer**
 Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
 Kommunales Leasing
 für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de


Kommunalfahrzeuge

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

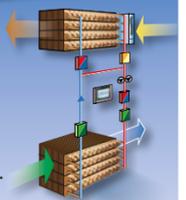
Multifunktionale Wärmerückgewinnung

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ein Schritt der Energiepreiserhöhung voraus

Betriebskostenkontrolle für Ihre Lüftungsanlagen

- Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- Maximale Hygiene - keim- u. schadstoffübertragungsfrei
- Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand



Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de 

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led

 bahnhofstraße 8
 91233 neunkirchen a. sand
 telefon: 09123/99 812 99
 telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
 Vertragshandel für 
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!